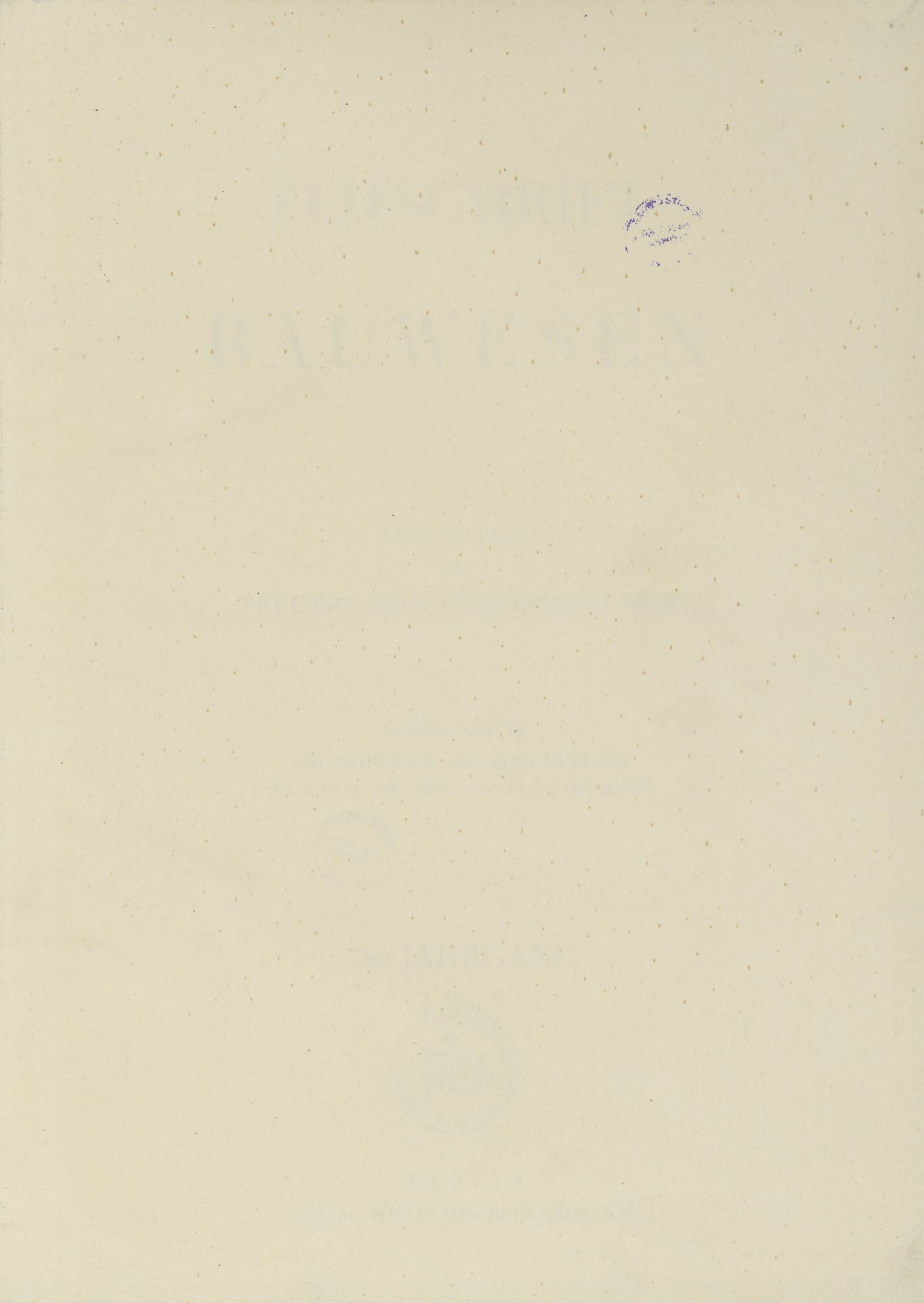
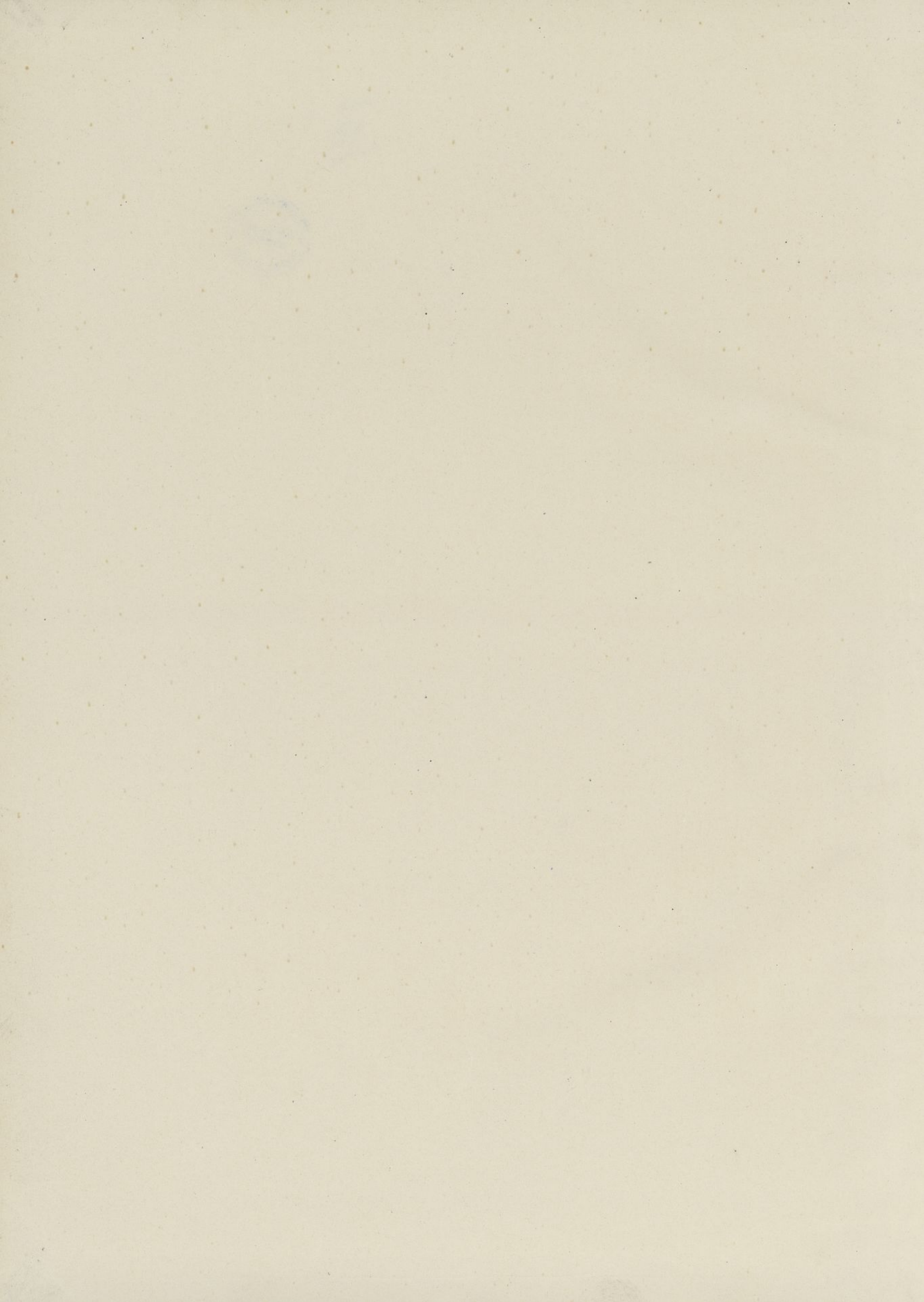






ZEITSCHRIFT

FÜR

BAUWESEN

HERAUSGEGEBEN
IM
PREUSSISCHEN FINANZMINISTERIUM

SCHRIFTLEITER:
INGENIEURBAU RICHARD BERGIUS
HOCHBAU DR.-ING. GUSTAV LAMPMANN



78. JAHRGANG
1928



BERLIN
VERLAG VON GUIDO HACKEBEIL A.-G.


POLITECHNIKA
BIBLIOTEKA
GŁÓWNA
WROCŁAWSKA

BIBLIOTHEK DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE
BRESLAU

Inhalts-Verzeichnis des 78. Jahrgangs, 1928.

I. Namenverzeichnis.

II. Ortsverzeichnis.

III. Sachverzeichnis.

Druckfehler-Berichtigungen.

Tafel 2, neben Seite 180, obere Abbildung, lies westlicher statt restlicher Seitenbühne.

Seite 272, rechte Spalte, fünfte Zeile von unten, lies Elsaesser statt Elsässer.

GUIDO HACKEBEIL A.-G., BERLIN S 14





Zeitschrift für Bauwesen, 78. Jahrg. 1928. Heft 1 und 2.

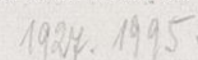
Polizeibauten. Remscheid.

ZEITSCHRIFT FÜR BAUWESEN

HERAUSGEGEBEN IM PREUSSISCHEN FINANZMINISTERIUM

SCHRIFTLEITER: INGENIEURBAU RICHARD BERGIUS · HOCHBAU Dr.-Ing. GUSTAV LAMPMANN

78. JAHRGANG — BERLIN, JANUAR/FEBRUAR 1928 — HEFT 1 UND 2





BAUHERR: PR. MINISTERIUM DES INNERN.
BAUAUSFÜHRUNG: PR. STAATSHOCHBAUVERWALTUNG.



SONDERHEFT: PREUSSISCHE POLIZEIUNTERKÜNFTE.

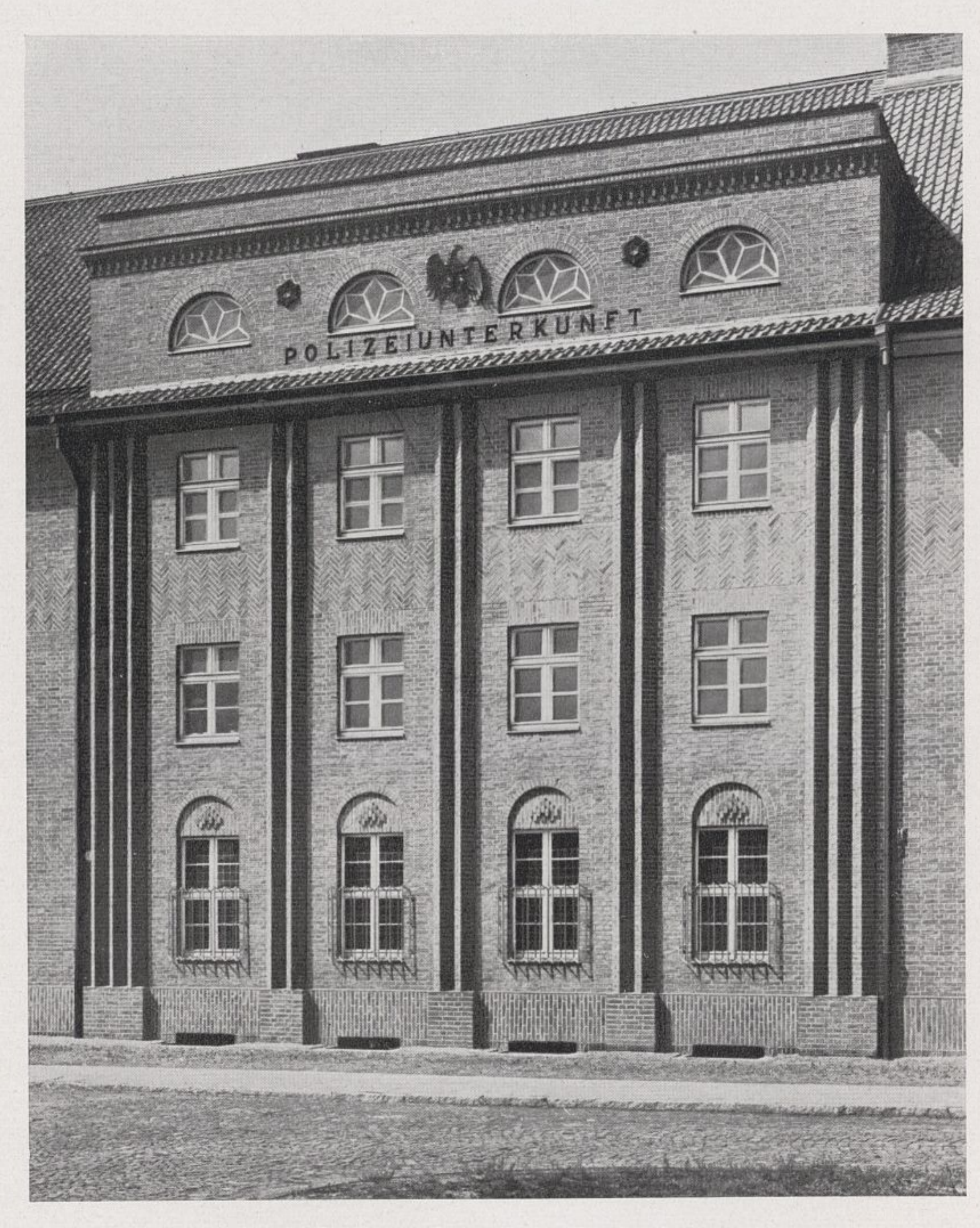


Abb. 1. Duisburg. Bereitschaftsgebäude, Straßenseite.

Polizeibauten.

Von Ministerialrat Dammeier.

(Hierzu eine Farbdrucktafel.)

Bevor im folgenden die Tätigkeit der preußischen Bauverwaltung auf dem Gebiete des neueren Polizeibauwesens behandelt wird, sei einiges über Entstehung und Aufbau der jetzigen Polizei gesagt.

In der Vorkriegszeit gab es staatliche Polizei nur in wenigen Großstädten. Unter einem Polizeipräsidium stand das Kommando der Schutzmannschaft mit seinen Polizeirevieren als den örtlichen Organen des Verwaltungs- und Außendienstes. Schon vor dem Kriege bestand die Absicht weiterer Verstaatlichung der Polizei, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo der Umfang der zu schützenden wirtschaftlichen Belange sich mit den kommunalen Grenzen nicht mehr deckte.

Der den unglücklichen Krieg abschließende Friedensvertrag gab dem Verstaatlichungsgedanken neuen Antrieb. Die gewaltige Heeresverminderung führte zwangsläufig zur Verstärkung und zu strafferem Zusammenschluß der polizeilichen Exekutivorgane. Der Versailler Vertrag verbot die bisherige Ergänzung der Polizei aus dem Heere. So ergab sich die Notwendigkeit zur Schaffung eines einheitlichen Polizeiberufsbeamtentums, so entstand die heutige Schutzpolizei, in der ersten Zeit Sicherheitspolizei genannt, die stets einsatzbereit in der Lage sein mußte, die öffentliche Ruhe und Sicherheit in den Städten auch in solchen schweren Störungsfällen herzustellen, in denen vor dem Kriege im Notfall die über das ganze Staatsgebiet verteilte militärische Macht eingreifen konnte. Auch die Regelung des gewaltig anwachsenden Straßenverkehrs erforderte Kräfte in einem früher nicht geahnten Umfange. Demgemäß ist die Polizei bereits in einigen 50 Städten Preußens verstaatlicht worden.

In Städten von geringerer Bedeutung bleibt die kommunale Polizei weiter bestehen. Der Schutz der Landkreise wird durch die staatliche Landjägerei wahrgenommen.

Zu den Kosten der staatlichen Polizei der Länder leistet das Reich wechselnde Zuschüsse, die z. B. für Preußen im Jahre 1926 rd. 125 Millionen RM betragen haben. Ebenso sind die Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung nach dem Polizeikostengesetz von 1908 und 1924 zu anteiliger Kostenübernahme verpflichtet.

Der jetzige Aufbau der staatlichen Polizei ist im wesentlichen folgender:

Die Polizeiverwaltungen tragen je nach Umfang und Art die Bezeichnung „Polizeipräsidium“ oder „Staatliche Polizeiverwaltung“. Man unterscheidet den Verwaltungs- und den Vollzugsdienst, letzterer wird wahrgenommen von der Kriminal- und der Schutzpolizei. Diese wieder zerfällt in:

1. Die geschlossen untergebrachten Polizeibereitschaften, zurzeit etwa 200, in der ersten Zeit Hundertschaften genannt,
2. die Polizeireviere,

beide einem „Kommando der Schutzpolizei“ unterstellt und nach Bedarf in Inspektionen zusammengefaßt.

Die Polizeireviere und die von ihnen nach Bedarf gestellten besonderen Polizeiwachen scheiden als Bauaufgaben hier aus, da sie meist in angemieteten Räumen untergebracht werden.

Polizeischulen und ähnliche Einrichtungen bleiben hier ebenfalls außer Betracht, da ihr ausgedehnter Raumbedarf stets durch Um- und Ausbau vorhandener ehemaliger Heeresbauanlagen befriedigt werden konnte.

Als Neubauaufgaben verblieben:

1. Polizeidienstgebäude (Polizeipräsidien und Polizeiämter) zur Unterbringung der eigentlichen Verwaltung, sowie der Kriminalpolizei und des Kommandos der Schutzpolizei;
2. Polizeiunterkünfte zur Unterbringung der geschlossenen Polizeibereitschaften mit allem Zubehör sowie der Dienst- und Betriebsräume für das kraftfahrtechnische Sonderpersonal.

Die eingangs geschilderten Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß nach dem Kriege neue Polizeidienstgebäude wie Polizeiunterkünfte in größerer Zahl von der preußischen Hochbauverwaltung errichtet werden mußten.

Ein erster Ueberblick über das Geschaffene wurde auf der großen Polizeiausstellung Berlin 1926 in einer Sonderausstellung von Zeichnungen und Modellen geboten (Zentralblatt der Bauverwaltung S. 441 ff.). Eine eingehende Darstellung der neueren Polizeidienstgebäude (Ziffer 1) soll einem späteren Aufsatz vorbehalten bleiben. Die Besonderheit der Polizeiunterkünfte (Ziffer 2) als neuartige Bauaufgaben mag es rechtfertigen, daß mit ihrer Besprechung hier begonnen wird.

POLIZEIUNTERKÜNFTE.

I. Erstmalige Unterbringung. Heereskasernen.

Schwierig war oft die erstmalige bauliche Unterbringung der neuen staatlichen Schutzpolizei, zumal fast immer großer Wert auf Beschleunigung gelegt wurde. Man griff naturgemäß zunächst auf vorhandene Bauanlagen zurück, in erster Linie auf ehemalige Heereskasernen. Waren solche nicht vorhanden oder nicht mehr verfügbar, wurden kommunale Gebäude, z. B. Schulen, in Anspruch genommen, oder es wurden aus Privathand Gebäude ermietet oder gekauft, wie z. B. Industrieanlagen, Erholungsheime, größere Gaststätten u. dgl., sogar Kegelbahnen mußten herhalten. Ging auch das nicht an, mußte zu mehr oder minder behelfsmäßiger Unterbringung in alten Kriegsbaracken oder ähnlichen Bauten geschritten werden.

Ein großer Teil solcher Bauanlagen, nach den Bedürfnissen der Schutzpolizei um- und ausgebaut, dient heute als endgültige Unterkunft; das gilt besonders von den ehemaligen Heereskasernen. Manche Unterkunft aber mußte wegen allzu großer baulicher Mängel oder weil eine Gemeinde ihre kommunalen Gebäude zurückforderte, aufgegeben werden. So entstand eine stattliche Reihe großer Um-, Erweiterungs- und Neubauten.

In den alten Heereskasernen fehlten vor allem Familienwohnungen und Kraftwagenhallen mit den nötigen Ausbessereien. Die sehr breiten und tiefen Mannschaftsstuben waren zu dauernder Unterbringung unverheirateter wie verheirateter Polizeiberufsbeamten nicht ohne weiteres geeignet. Außerdem waren die meisten Räume im Zustand schlimmer Verwahrlosung. Während der Kriegsjahre war naturgemäß wenig oder nichts für die Bauunterhaltung getan; die wechselnde Belegung mit

deutschen Kriegsformationen aller Art war der Erhaltung wenig förderlich; schlimmer waren die Revolutionswochen, noch schlimmer die Feindbesetzung. Die Franzosen rissen u. a. die vorhandenen Aborteinrichtungen heraus und legten die bekannten Fußbodenlöcher an, deren Zweckmäßigkeit für die primitiven Sitten des Kriegsvolks allerdings nicht geleugnet werden soll. Oefen und Installationen aller Art pflegten nach dem Abzug mehr oder minder unbrauchbar zu sein. Einige völlig verwanzte Kasernen mußten mit erheblichen Kosten von unten bis oben desinfiziert werden. Es sah oft schlimm aus. So mußten einer Belegung mit Schutzpolizei stets sehr umfangreiche Bauarbeiten vorausgehen.

Diese Bautätigkeit wurde in den ersten Jahren teils von der Reichs-, teils von der preußischen Bauverwaltung ausgeübt, eine Teilung der Zuständigkeit, die sich aus mehreren Gründen auf die Dauer als praktisch unhaltbar erwies. Das Reich stützte seinen Anspruch auf die Tatsache seines Besitzes der ehemaligen Heereskasernen, Preußen beanspruchte, gestützt auf das sogenannte Heimfallgesetz von 1873, deren Rückgabe, soweit sie bis dahin preußisch waren. Nach langwierigen Verhandlungen wurde endlich 1926 eine Einigung dahin erzielt, daß künftig alle für Polizeizwecke benutzten Heeresbauten allein von der preußischen Bauverwaltung betreut werden sollen. So erwuchs der letzteren vermehrte Arbeit, zumal im gleichen Jahre zahlreiche Orte des bisher besetzten Gebiets, vor allem Düsseldorf, Köln und Bonn, geräumt wurden und die staatliche Polizei beschleunigt einrücken sollte.

Seitdem ist so manche Kaserne zu einer zweckmäßigen und durch Anwendung frischer Farbigkeit ansprechenden Unterkunft ausgebaut worden. Dabei ergab sich, daß eine Kaserne etwa halb soviel Schutzpolizeibeamte mit allem Raumzubehör faßt, wie früher Soldaten mit dem entsprechenden Zubehör. Das Raumbedürfnis der jetzigen Reichswehr im Vergleich mit dem alten Heere ist übrigens ungefähr dasselbe. Solche Kasernenunterkünfte haben vor den Unterkunftsneubauten den Vorteil geräumiger Beamtenwohnstuben, weil mit dem vorhandenen Raum für diese Stuben nicht so gegeizt zu werden brauchte und auch gar nicht so sparsam umgegangen werden konnte, wie es die Raumbedarfsordnung für Neubauten vorschreibt. Naturgemäß konnte andererseits bei Neubauten manches praktischer und betriebssparsamer eingerichtet werden.

II. Bauprogramm einer Polizeiunterkunft.

Die geschlossen untergebrachte Schutzpolizei wird in Polizeibereitschaften eingeteilt, von denen ein Teil beritten ist. Eine Bereitschaft hat 3 Polizeioffiziere und etwas über 100 Polizeiwachtmeister (etwa 85 Wachtmeister, 15 Oberwachtmeister, 1 Hauptwachtmeister) und gliedert sich in drei Züge. Ein berittener Zug hat 36 Pferde, dazu kommen noch einige Zugpferde. Ein Teil der Fußbereitschaft hat Fahrräder. Von der geschlossenen Unterbringung sind die Verheirateten ausgenommen, die etwa 20—25 vH der Kopfstärke auszumachen pflegen. Für einen Teil der Verheirateten werden Wohnungen, sog. Bereitschaftswohnungen, im unmittelbaren Anschluß an die Unterkunft errichtet. Zum Verständnis des Dienstbetriebes sei bemerkt, daß je ein Drittel der Beamten auf Außendienst abwesend ist, ein weiteres Drittel in der Unterkunft in Bereitschaft zu sein hat und das letzte Drittel ruht.

Das Bauprogramm verlangte in der Hauptsache:

A. Für die Beamten:
1. Wohnräume der Unverheirateten,
2. Wasch-, Brause- und Aborträume,
3. die Räume der Verpflegung (Küche, Speisesaal),
4. Wohlfahrtsräume (Kantine, Spiel- und Lesezimmer),
5. Unterrichtsräume,
6. Räume für Leibesübungen,
7. Flickstuben der Schuhmacher und Schneider,
8. Krankenstuben,
9. Kammerräume für Bekleidung, Waffen usw.
10. Geschäftszimmer,
11. Offiziersräume,
12. Aufenthaltsräume der Kraftfahrbereitschaft,
13. Räume für den Fernsprech- und Funkdienst,
14. Fahrradräume,
15. Räume für die Unterkunftswache.

B. Familienwohnungen.

C. Für die Pferde:
1. Pferdestall, Krankenstall,
2. Beschlagschmiede,
3. Pferdewagenschuppen,
4. Reithalle.

D. Für die Kraftfahrzeuge und Ausbessereien:
1. Kraftwagenhalle,
2. Ausbessereien für Fahrräder und Wirtschaftsgegenstände, für Waffen und für Kraftfahrzeuge.

E. Außenanlagen.
1. Uebungsplätze zur dienstlichen Ausbildung und allgemeinen Körperschulung,
2. Reitplatz,
3. Tankanlage,
4. Dungstätte,
5. Munitionsschuppen,
6. Hundezwinger
u. dgl.

Für die meisten dieser Erfordernisse waren mehr oder minder genaue Abmessungen und sonstige nähere Bestimmungen in der vom Ministerium des Innern 1923 herausgegebenen „Raumbedarfsordnung (Raum-B. O.) für die geschlossen untergebrachte Schutzpolizei Preußens“ niedergelegt. Diese Raum-B. O. hat im Laufe der Jahre unter Mitwirkung der Hochbauabteilung des Finanzministeriums manche Aenderung und viele Ergänzungen erfahren. Zurzeit ist eine Neufassung in Arbeit, die die letzten Erfahrungen und die abschließenden Ergebnisse der langjährigen Verhandlungen mit der interalliierten Kontrollkommission berücksichtigt und die früheren Programmforderungen schärfer faßt, z. T. erweitert. Man muß also bei der praktischen Wertung der hier gebrachten Ausführungsbeispiele stets im Auge behalten, daß diese immer nur den jeweiligen Stand der Raum-B. O. spiegeln und manchmal den jetzt maßgebenden Vorschriften schon nicht mehr entsprechen.

Bei den Neubauten wurden die unter A aufgeführten Räume mit Ausnahme von A 6 (Räume für Leibesübungen) stets in einem Hauptgebäude, dem sogenannten Bereitschaftsgebäude, vereinigt. Dieser Anordnung wurde gegenüber einer Auflösung in mehrere Einzelbauten der Vorzug gegeben, weil der Bau in Ausführung und Unterhaltung billiger wurde, weil sich ferner auch die Beheizung in Anlage und Betrieb günstiger stellte und es endlich auch bequem schien, wenn die Beamten Wohnung, Verpflegung, Unterricht usw. im gleichen Hause empfingen. Für die Mehrzahl der Familienwohnungen wurden besondere Gebäude errichtet. Die für die Pferde bestimmten Räume wurden nach Möglichkeit zusammengelegt. Die Räume des Kraftfahrbetriebes und der Ausbessereien pflegen, schon der einheitlich zentralen Beheizung wegen, eine zusammenhängende Baugruppe zu bilden; mit ihnen wurden aus später dargelegten Gründen die Räume für Leibesübungen vereinigt.

III. Ueber die bauliche Behandlung der Räume.

Eine ausführliche Besprechung würde ungebührlich lang werden, sie erübrigt sich auch insofern, als die in Vorbereitung befindliche neue Raum-B. O. sich sehr eingehend über die einzelnen Raumprogrammpunkte verbreitet. Die Aufgabe der folgenden Zeilen soll daher u. a. nur sein, den Zweck der Räume zu erläutern und anzugeben, wie und nach welchen Gesichtspunkten sie dem Gesamtorganismus eingeordnet wurden.

Auf technische Einzelheiten wird nur soweit eingegangen, als sie für den vorliegenden Fall charakteristisch schienen und die Erfahrung gelehrt hat, daß sie nicht zu den technischen Selbstverständlichkeiten gehören. Auch wird mitgeteilt, wie sich manche Einrichtung allmählich entwickelt hat und an welchen Orten gewisse Sachen ausgeführt sind, um sich gegebenenfalls über die dort gemachten Erfahrungen unterrichten zu können. Von einheitlichen Grundsätzen in der technischen Ausbildung von Fußböden, Wänden, Gebrauchseinrichtungen usw. konnte bei der Neuheit der Bauaufgaben noch nicht durchweg die Rede sein. Die technischen Vorschriften der Garnisongebäudeordnung des alten Heeres, die sonst eine Grundlage hätten bieten können, sind durch technische Neuerungen zum Teil überholt. Es wurden daher absichtlich verschiedene Ausführungsarten für gleiche Bedürfnisse verwendet, um Erfahrungen zu sammeln. Verfehlt ist jede Bauweise, die nicht mit der starken Beanspruchung durch robuste Männlichkeit rechnet.

Soweit dieser Abschnitt für die Gestaltung künftiger Bauten eine Bedeutung haben soll, kann es nur die einer anregenden Beispielsammlung, nicht einer Norm sein.

Das Bereitschaftsgebäude, meist drei, seltener vier Hauptgeschosse enthaltend und ganz unterkellert, ist stets zweibündig, also mit Mittelflur angelegt, um an Bau- und Beheizungskosten zu sparen und zugleich einen großen Bodenraum zu erhalten, durch dessen Ausbau ein später auftretender Raumbedarf befriedigt werden kann. Es gliedert sich meist in einen die Gemeinschaftsräume aufnehmenden Mittelteil und in die Seitenteile mit den Wohnräumen der unverheirateten Wachtmeister. Im Erdgeschoß des Mittelteils liegen stets Speisesaal, Spiel- und Lesezimmer, Küche und Kantine mit Zubehör. Der Fußboden dieser Räume pflegt um 50 cm gesenkt zu sein, um statt der sonst üblichen Geschoßhöhe von 3,20 m von Fußboden zu Fußboden ein erwünschtes Mehr zu gewinnen. Der Mittelflur ist stets zum Speisesaal hinzugenommen, um Raum und eine unmittelbare Verbindung mit Küche und Kantine zu gewinnen.

Die in den Abbildungen 2 bis 5 dargestellten Grundrisse der Unterkunft Barmen geben die vollständige Raumanordnung eines Hauptgebäudes für zwei Bereitschaften, wie sie im wesentlichen bei allen Unterkunftsneubauten wiederkehrt. Ueber das übliche hinaus gehen hier die zahlreichen, für die Unterbringung einer Polizeiinspektion verlangten Geschäftszimmer. Von der Gesamtgrundfläche der Hauptgeschosse entfallen bei allen Neubaugrundrissen etwa 45 bis 50 vH auf eigentlichen Beamtenwohnraum, wenn Flure und Treppenhäuser außer Ansatz bleiben.

Als Flurbeläge wurden verwendet: Eichener und buchener Stabfußboden in Asphalt (Hamborn), Terrazzo (Hindenburg), Terrazzoplatten (Hamborn), Klinkerplatten (Remscheid, Duisburg), Solnhofer Platten (Bochum, Waldenburg), Xylolith-Platten (Barmen). Bei Buche ist Vorsicht geboten, da sie bekanntlich der Gefahr des Werfens bei Neubaufeuchtigkeit oder bei späterer Berührung mit Wasser unterliegt.

Treppenstufen überall aus besonders widerstandsfähigem Kunststein oder Klinkerplatten (Remscheid) und ohne Schutzschienen. An Stufen wie an Podesten sind Abschlußwangen zweckmäßig, um ein seitliches Herunterlaufen des Reinigungswassers zu verhindern.

Für die Wände in Fluren und Treppenhäusern und die Leibungen der üblichen Blendrahmentüren eignet sich besonders der im Westen beliebte rauhe Kieselwaschputz oder ein sogenannter Steinputz wegen verhältnismäßiger Unempfindlichkeit gegen Beschädigung und Abwaschbarkeit bei Beschmutzung. Bei gewöhnlichem Kalkputz ist Oelfarbenanstrich zweckmäßig. Denkbar solideste Befestigung der Türblendrahmen ist notwendig. Pfeilervorlagen sind möglichst zu vermeiden, im übrigen sind alle senkrechten Kanten durch Eisen zu sichern oder stark abzurunden.

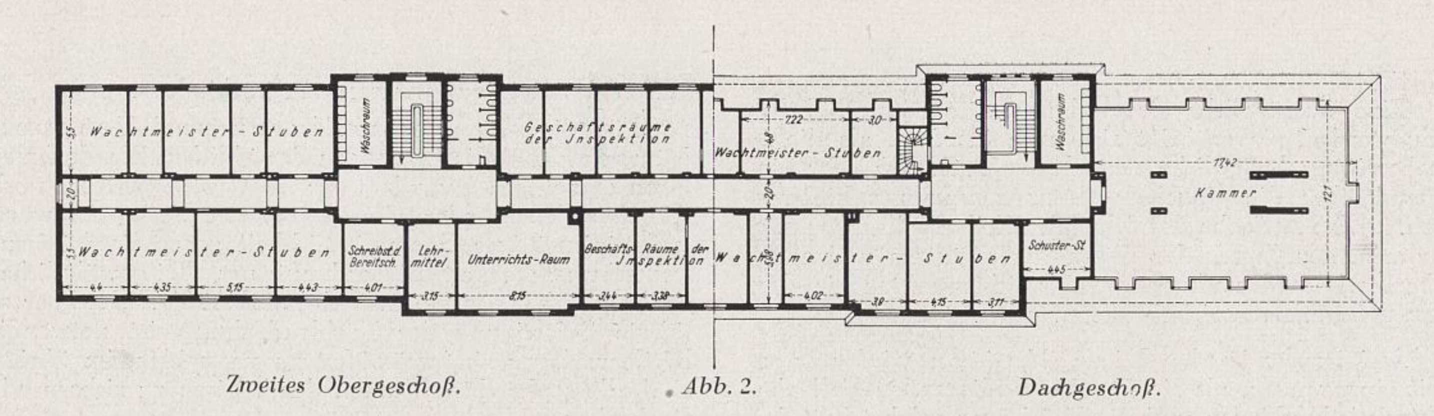
Heizung: Warmwasserheizung. Nur bei dem ersten Unterkunftsneubau Dortmund und der zerstreuten Bauanlage in Suhl sind noch Einzelöfen verwendet worden. Die in Dortmund, wie auch bei den zahlreichen Unterkünften in den ehemaligen Heereskasernen gemachten Erfahrungen haben aber gezeigt, daß der Verschleiß der Einzelöfen infolge allzu robuster Bedienung und Behandlung ein derartig schneller ist und daß die Fußböden usw. durch das Kohlentragen und Ofenbedienen so leiden, daß eine Lokalheizung den Bauunterhaltungsetat ungemein belastet. Die Frage des Brennstoffverbrauchs ist ja zugunsten der Zentralheizung theoretisch längst entschieden; praktisch muß aber hier noch mehr als bei anderen Staatsgebäuden damit gerechnet werden, daß durch unnötiges Fensteröffnen und Fensteraufstehenlassen Wärme verschwendet wird, und es wird Sache der Unterkunftsverwaltungsbeamten und der zuständigen Baubeamten sein, hier besonders scharfe Aufsicht zu üben und die Beamten zu verständiger Heizkörperregulierung zu erziehen. Die Zentralheizanlagen wurden in der bei Staatsbauten üblichen Weise in einzelne Systeme mit besonderen Vor- und Rückläufen zerlegt; so bilden in der Regel der Mittelbau mit seinen Gemeinschaftsräumen und die beiden Flügel mit den Wachtmeisterstuben je ein System, manchmal noch einmal unterteilt, wenn z. B. die Langseiten nach Norden und Süden liegen. Die wirtschaftliche Handhabung dieser technischen Einrichtungen bedingt natürlich einen sachverständigen Heizer; die Wichtigkeit eines solchen wird noch nicht überall richtig eingeschätzt.

In der ersten Zeit der Ungewißheit über Aufbau und künftige Organisation der Schutzpolizei und in der Erinnerung an die Schrecknisse der Kohlenknappheit erschien es zweckmäßig, die zentral geheizten Hauptgebäude außerdem noch mit allen für etwaige Ofenheizung nötigen gemauerten Rauchrohren auszustatten, um u. a. die Möglichkeit späterer Einrichtung von Familienwohnungen mit Lokalheizung offenzuhalten. In dieser Weise ist bei den meisten hier behandelten Neubauten verfahren worden. Bei den Neubauanlagen in Bochum und Buer wurden die Mehrkosten der vielen Rauchrohre nicht mehr aufgewendet aus der Erwägung heraus, daß bei etwaiger Aufgabe der Gebäude als Polizeiunterkunft eine Verwendung zu irgendwelchen anderen Verwaltungs- oder Geschäftszwecken das Gegebene sei, weil eine solche Zweckbestimmung einen geringeren inneren Umbau erfordern würde, als eine Verwendung zu Wohnzwecken. Die genannten Rauchrohre wurden übrigens niemals über Dach geführt, sondern in Dachbodenhöhe vermauert.

Die wenigen im Bereitschaftsgebäude angelegten Familienwohnungen wurden in einigen Fällen aus Gründen technischer Einfachheit an die Zentralheizung angeschlossen, in der Regel haben sie Ofenheizung.

Alarmvorrichtung: Elektrische Klingelanlagen mit kräftigen Glocken an geeigneten Flurstellen oder auch eine Sirene an der Hoffront, meist von der Torwache aus zu betätigen, alarmieren im Bedarfsfalle die ganze Bereitschaft.

Es werde nun auf einzelne Räume und Raumgruppen näher eingegangen.



Zweites Obergeschoß. Abb. 2. Dachgeschoß.

Abb. 3. Erstes Obergeschoß.

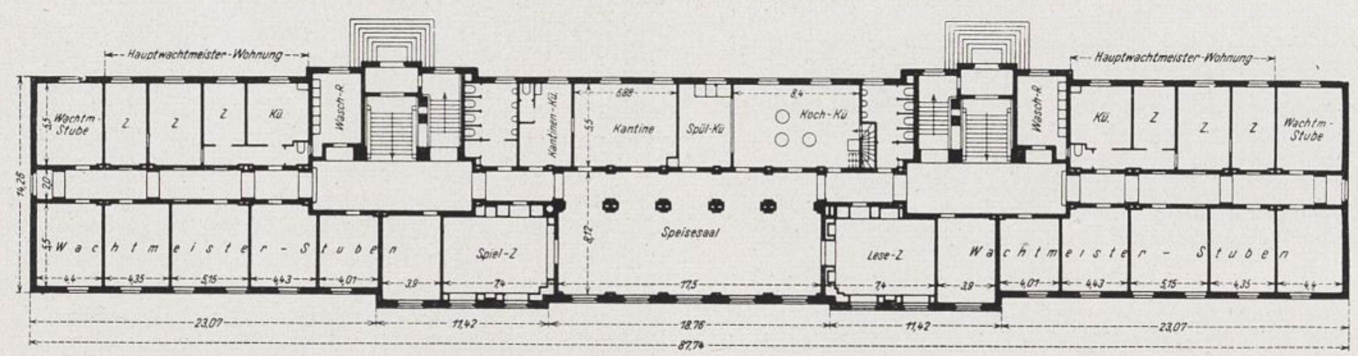


Abb. 4. Erdgeschoß.

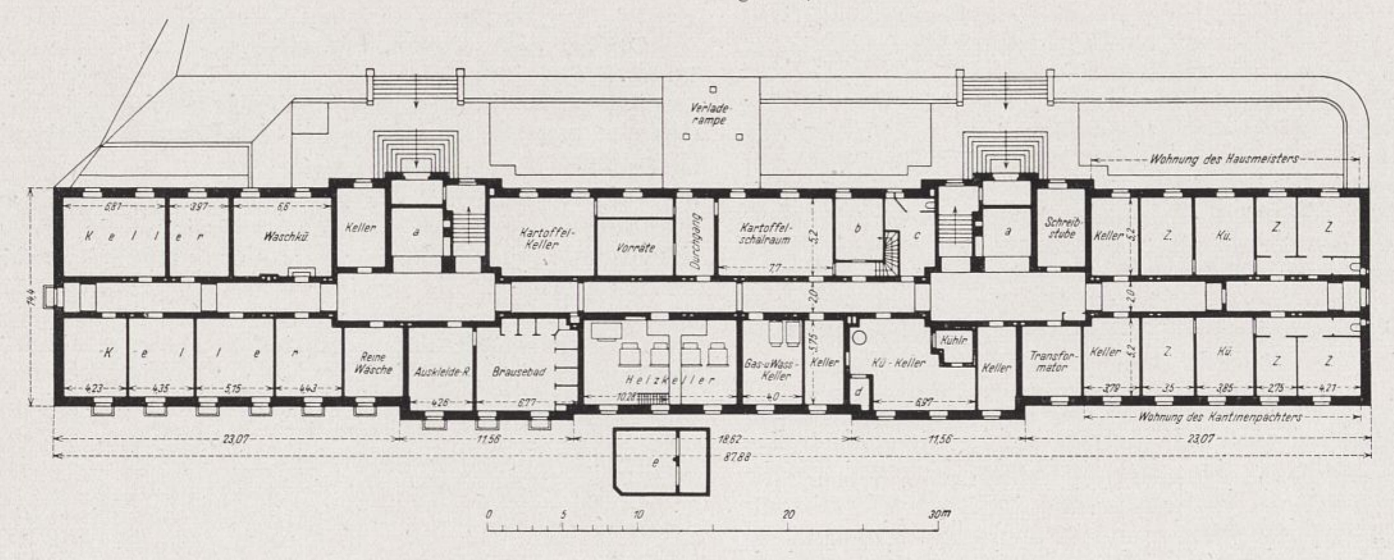


Abb. 5. Kellergeschoß.

Abb. 2 bis 5. Barmen. Bereitschaftsgebäude. Grundrisse.

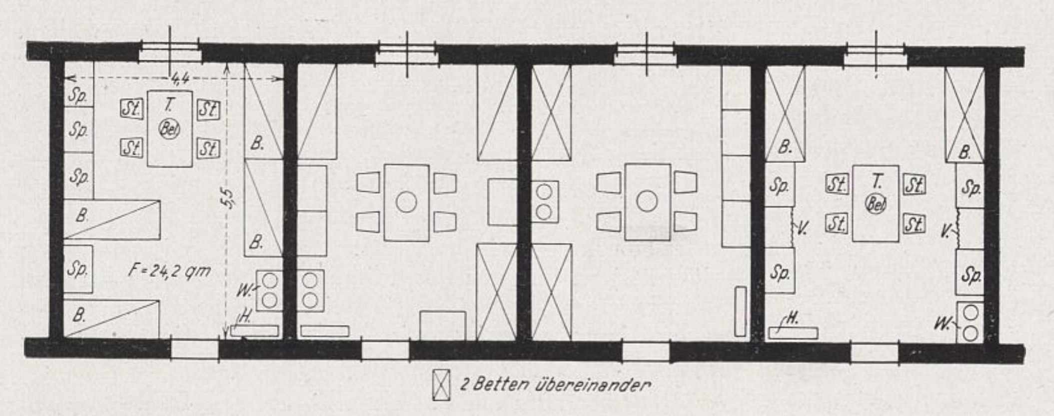


Abb. 6. Normalstuben für vier Wachtmeister.

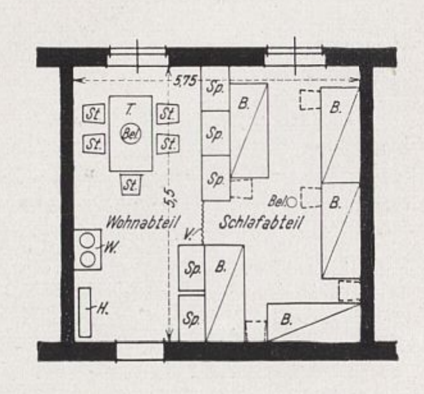


Abb. 7. Normalstube für fünf Wachtmeister.

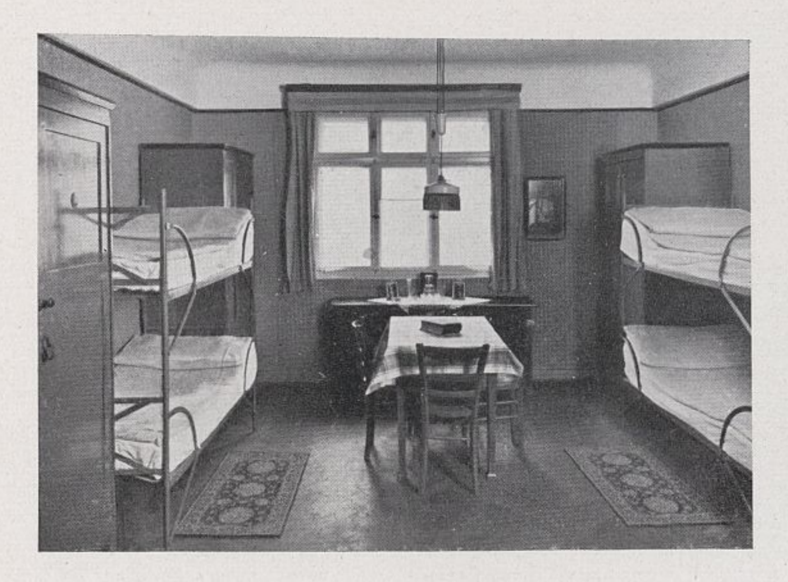


Abb. 8. Remscheid. Stube für vier Wachtmeister.

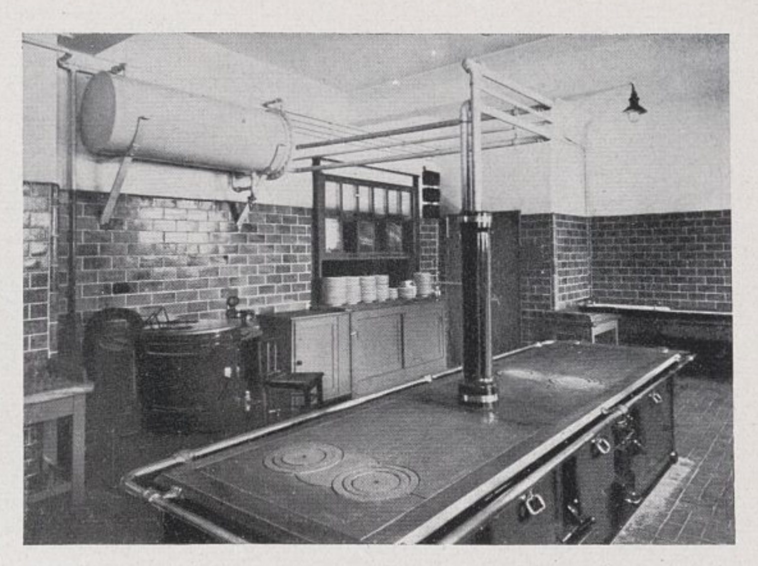


Abb. 9. Remscheid. Kochküche.

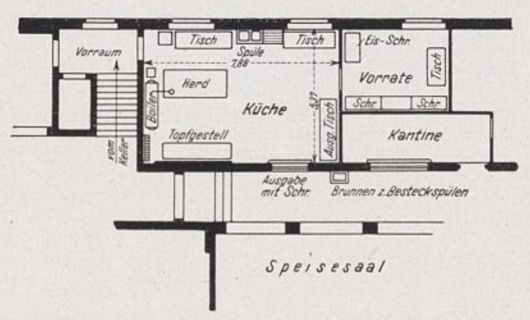


Abb. 10. Duisburg. Einrichtung der Küche.

Zu A.

1. Wohnräume der unverheirateten Wachtmeister.

Es war bei ihrer Schaffung zu beachten, daß es sich um die Unterbringung von Berufsbeamten handelt, die ihre Ausbildung auf einer Polizeischule schon hinter sich haben und dann mindestens fünf Jahre in der Unterkunft bleiben. Auf ihren Stuben müssen sich die Beamten für den Polizeidienst und — für den Fall des Austritts nach zwölfjähriger Dienstzeit — für einen späteren Lebensberuf weiterbilden können (Abb. 8).

Es werden zugebilligt den Wachtmeistern 6 qm, den in erheblich geringerer Zahl vorhandenen Oberwachtmeistern bis 12 qm Wohnraum je Kopf. Der sehr bescheidene Raum von 6 qm beweist die Sparsamkeit, mit der bei der Bemessung der Raumgebühr vorgegangen wurde.

In der ersten Zeit wurden Normalstuben gebaut für vier Wachtmeister oder zwei Oberwachtmeister zu 4,4 m Breite × 5,5 m Tiefe = rd. 24 qm mit einem dreiteiligen Fenster. Die Grundrißskizzen (Abb. 6) lassen erkennen, daß eine nicht zu beengte Unterbringung der zuständigen Einrichtungsstücke nur möglich ist, wenn je zwei Betten übereinander angeordnet werden, was denn auch meistens geschehen ist. Da aber diese an frühere Kasernengewohnheit erinnernde Einrichtung von Amts wegen nicht vorgeschrieben werden sollte, wurden bei den letzten Bauten Normalstuben für fünf Wachtmeister oder drei Oberwachtmeister zu 5,75 m Breite × 5,5 m Tiefe mit zwei zweiflügligen Fenstern angelegt, welche die stets beliebte Raumteilung in eine Wohn- und eine Schlafhälfte zulassen (Abb. 7). Wo es die Grundrißanordnung ohne Zwang erlaubte, wurden auch einige kleinere Stuben für ein oder zwei ältere Beamte vorgesehen.

Die lichten Raumhöhen schwanken zwischen 2,85 und 3,0 m.

Als Fußböden wurden verwendet: Eichener oder buchener Stabboden in Asphalt, Steinholzestrich (Hindenburg), Xylolith-Platten (Barmen), Linoleum (Bochum). Die ursprünglichen Bedenken gegen Linoleum schwanden, als die Beamten statt der benagelten Sohlen sogenannte Patentsohlen mit bündig eingepreßten Nägeln bekamen.

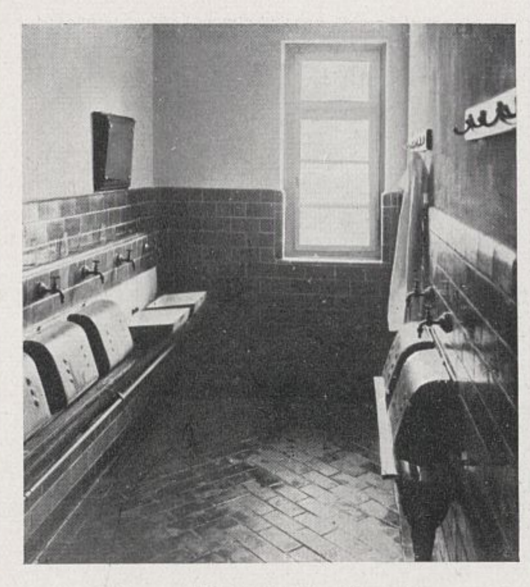
Die Wände wurden mit Leimfarbe gestrichen, aus praktischen Gründen getupft, gewischt oder gewickelt, manchmal auf Unterlage von Makulatur (praktisch wegen Nagellöcher); in einzelnen Fällen wurden günstig eingekaufte, nicht zu dünne Tapeten ohne Makulatur auf den Putz geklebt; Tapete auf Makulatur kam der Kosten wegen nicht zur Anwendung.

Fenster durchweg Doppelfenster mit etwa 1 m hoher Brüstung und ohne Kippflügel, da man bei der geringen Höhe der Fenster von etwa 1,6 m unschwer an die Oberflügel herankommen kann.

Die Heizkörper für die Warmwasserheizung stehen fast stets gegenüber der Fensterwand, um Wärmeverluste und Einfriergefahr bei geöffneten Fenstern zu vermeiden und die Anlagekosten herabzumindern. An einigen Bauten (Remscheid, Hindenburg, Waldenburg) wurden die Regelvorrichtungen nach außen in den Flur verlegt, um durch Aufsichtsorgane die Heizung abstellen oder einschränken zu können, wenn die Belegschaft dienstlich abwesend ist und die Stuben dann verschlossen sind.

2. Waschräume, Brauseräume, Aborträume.

Die Anordnung besonderer Waschräume (Abb. 11 bis 13) wurde als wesentlich zur Sauberhaltung und Schonung der Wohnstuben beitragend allgemein durchgeführt. Es sind die verschiedensten Systeme angewendet, sie lassen sich etwa wie folgt ordnen:



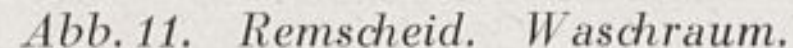






Abb. 11. Remscheid. Waschraum. *Abb. 12. Hamborn a. Rh. Waschraum.* *Abb. 13. Duisburg. Waschraum.*

a) Für lose Schüsseln: Jeder Beamte stellt seine eigene Waschschüssel auf einen langen zinkblechbeschlagenen Tisch und kippt das Abwasser in eine dahinterliegende breite Rinne (Abb. 14). Ein Wasserhahn genügt für zwei Schüsseln.

Oder: Tische und Hähne ähnlich wie vor, aber mit Zinktrichter und Ablauf für jede einzelne Schüssel (Hindenburg, Abb. 18).

b) Durchgehender massiver Abflußbottich (Duisburg, Abb. 13), ähnlich auch in Bottrop, darüber Kopfbrausen, zugleich zum Wäschewaschen benützbar.

c) Waschtischbecken mit Ablauf, entweder Fayencebecken in eine Terrazzotischplatte eingelassen (Waldenburg, Abb. 17), oder aus emailliertem Gußeisen in einem Stück mit der Tischplatte (Barmen, Abb. 16).

d) Freistehende, doppelseitige Reihenanlage mit feststehenden Schalen aus emailliertem Gußeisen (Hamborn, Abb. 18).

e) Einfache (Bochum) oder doppelseitige (Hamborn) Reihenanlage mit gußeisernen Kippschalen in breiter gußeiserner Ablaufrinne nach Abbildung 12.

f) Einfache Reihenanlage mit gußeisernen Kippbecken über schmaler Ablaufrinne (Remscheid, nach Abbildung 11).

Für vier bis fünf Beamte ist ein Becken zuständig. Eine wasserabweisende Wandbekleidung aus glasierten oder gesinterten Platten einfachster Art ist wirtschaftlich.

B r a u s e r ä u m e: Bei den meisten Neubauten wurden einzelne Stände durch massive Zwischenwände abgeteilt. Man hat Kopfbrausen, Sitzbrausen und Fußbadewannen angelegt. Mischbatterien für warmes und kaltes Wasser. Neben dem Brauseraum ein Umkleideraum.

Die A b o r t r ä u m e wurden grundsätzlich im Hause angelegt. Pißstände zum Teil als einfache Bodenrinnen, meist aber als Fayencebecken, ohne trennende Zwischenwände. Abortsitze in Einzelzellen mit freistehenden Fayenceklosetts, meist ohne Deckel und mit hölzernen Sitzbacken. Dazu ein gemeinsames Handwaschbecken.

3. R ä u m e d e r V e r p f l e g u n g.

Die Kocheinrichtung bestand bei den ersten Anlagen nach dem Vorbild der alten Heereskasernen aus den bekannten freistehenden doppelwandigen Kochkesseln mit Unterfeuerung oder Dampferhitzung für Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, und aus einwandigen Kaffeekesseln. Zum Braten und Backen diente ein kleiner Kochherd oder ein Gasbratofen (Etagenbratofen). Da aber ein zusammengekochtes Essen als geeignete tägliche Kost nicht angesehen und mehr Abwechslung gefordert wird, so sind bei den neueren Anlagen die freistehenden Kochkessel nach Zahl und Größe zugunsten größerer Herde in den Hintergrund getreten und es wird dann etwa nur noch ein Kessel für die Bereitung von Kaffee und vielleicht ein zweiter für Kartoffeln, Gemüse und die weniger häufigen Fälle zusammengekochten Essens verwendet. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen dürfen die Kessel nicht größer genommen werden, als für den Durchschnittsbetrieb nötig, manchmal wurden sie zu groß gewählt. Die doppelwandigen Kochkessel sind nur dann wirtschaftlich, wenn ihr Fassungsraum voll ausgenutzt werden kann; das ist aber bei 100 bis 200 Teilnehmern, sobald diese der üblichen Diensteinteilung entsprechend in drei Partien essen, im allgemeinen nicht der Fall. Es dauert nämlich oft über zwei Stunden, bis die sämtlichen Beamten abgefertigt sind; so lange Zeit können aber Fleisch und Kartoffeln nicht im Heißwasser- oder gar Dampfbad gehalten werden, ohne an Geschmack zu verlieren und zu Brei zu zerkochen. Wird aber auch bei solchen Kochkesseln in drei Partien gekocht, so wird Heizmaterial oder Dampf verschwendet, weil es für den Brennstoffverbrauch gleich ist, ob die Kessel ganz oder nur zu einem Drittel gefüllt sind.

In Duisburg ist, allerdings für nur eine Bereitschaft, reiner Herdbetrieb eingerichtet, der sich auch betriebswirtschaftlich sehr zu bewähren scheint. Die Abb. 10 zeigt die Einrichtung im Grundriß. Sie läßt auch erkennen, daß eine nur mit größerem Herd ausgestattete Küche viel mehr

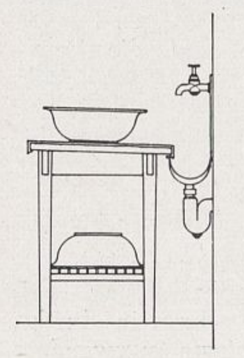


Abb. 14. Skizze a.

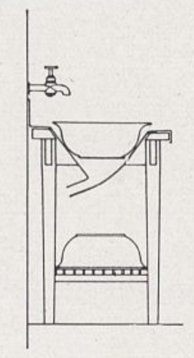


Abb. 15. Skizze b.



Abb. 16. Barmen. Waschraum.

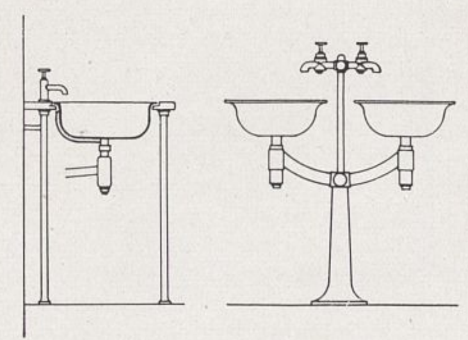


Abb. 17. Skizze c. *Abb. 18. Skizze d.*



Abb. 19. Hamborn a. Rh. Speisesaal mit Blick ins Spielzimmer.



Abb. 20. Hamborn a. Rh. Speisesaal.



Abb. 21. Barmen. Speisesaal.

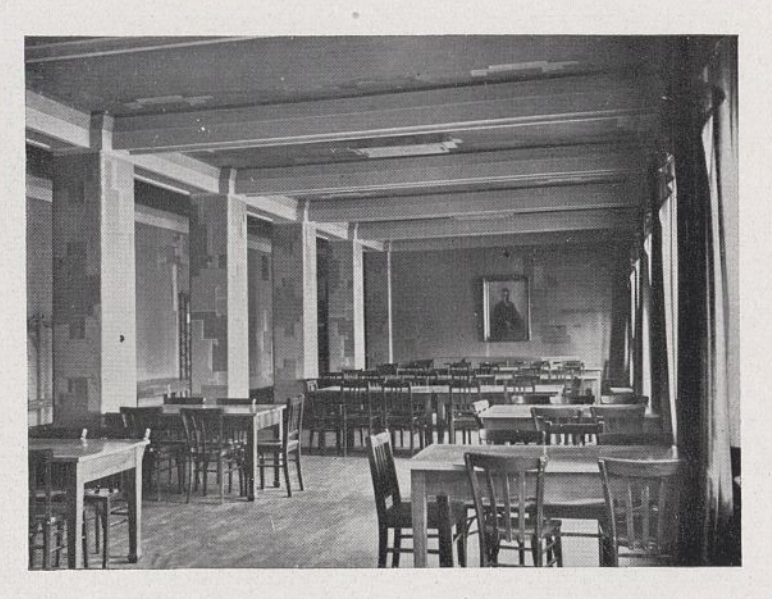


Abb. 22. Bochum. Speisesaal.

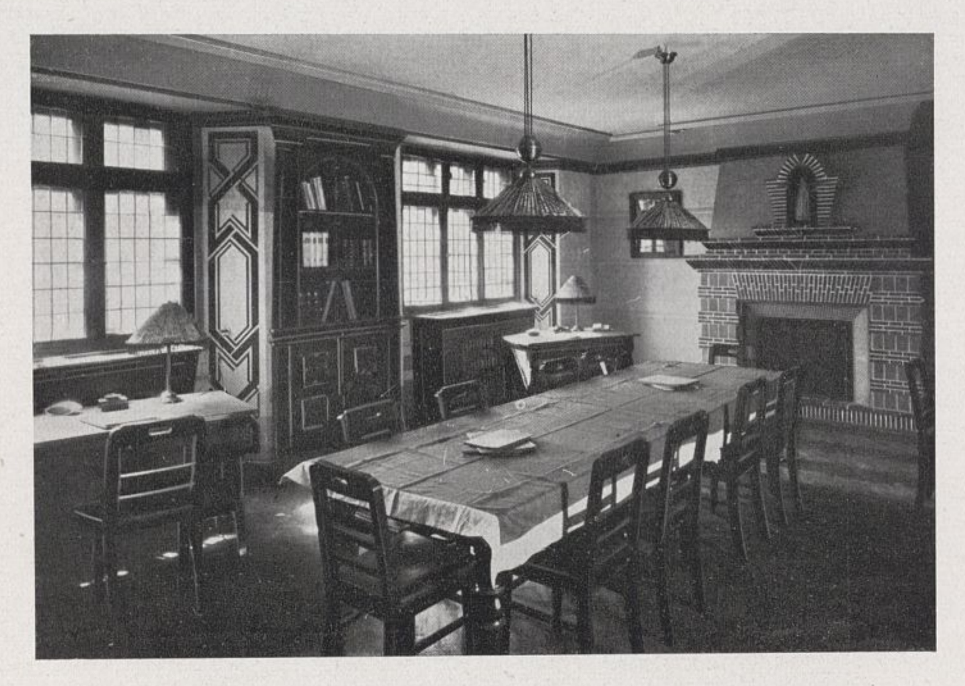


Abb. 23. Remscheid. Lesezimmer.



Abb. 24. Bochum. Kantine.

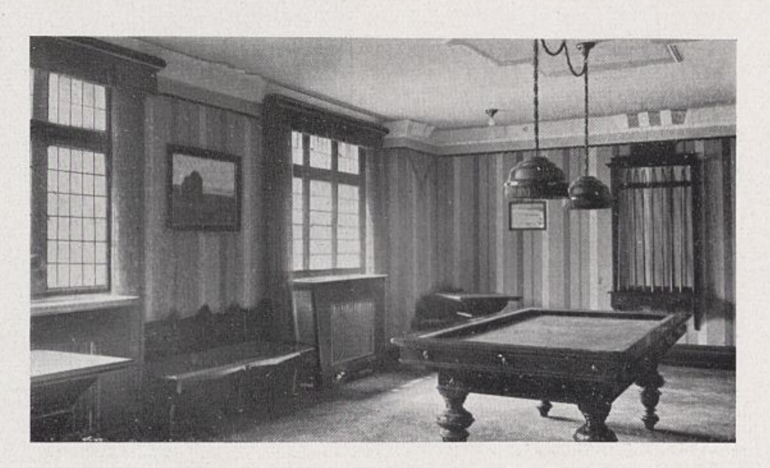


Abb. 25. Remscheid. Spielzimmer.

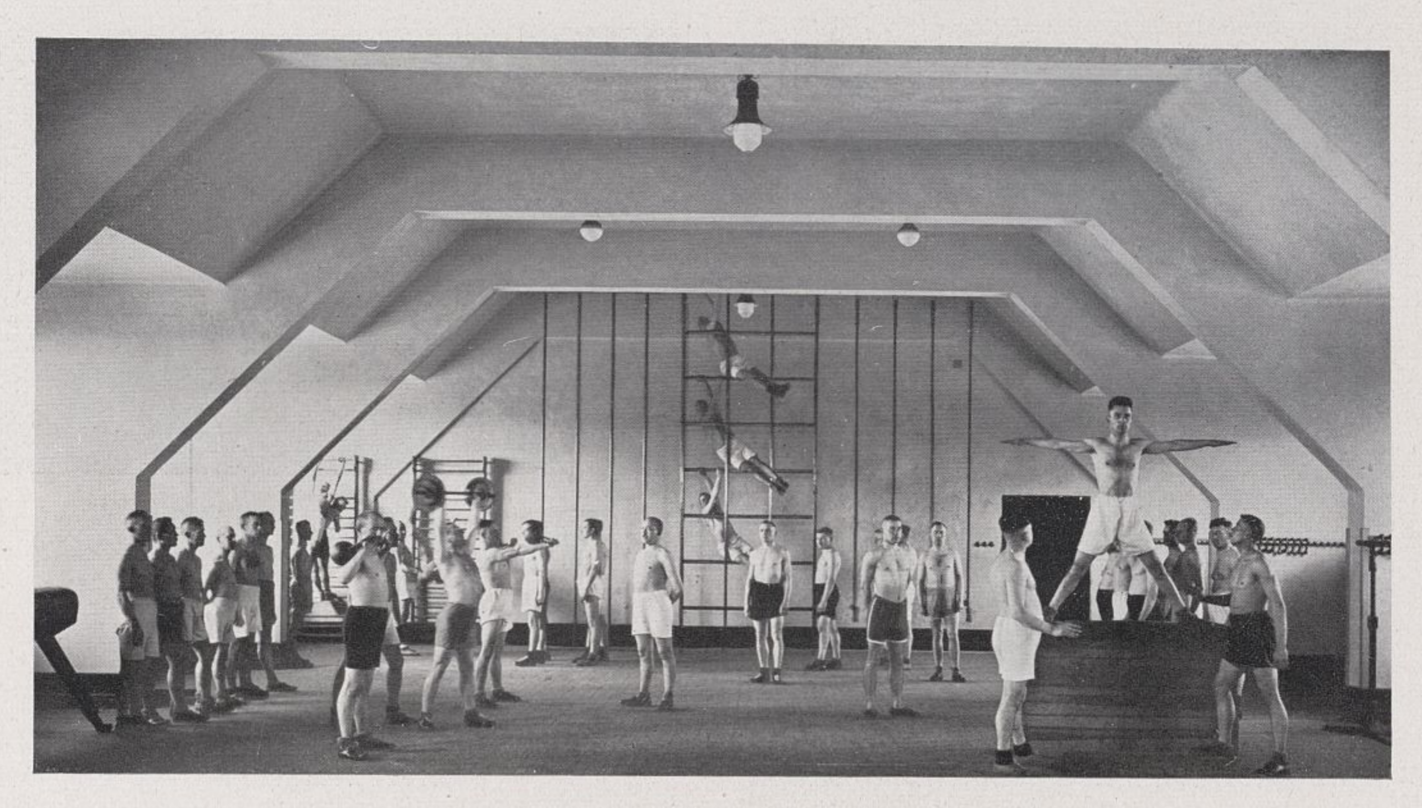


Abb. 26. Bochum. Turnhalle.



Abb. 27. Duisburg. Turnhalle.

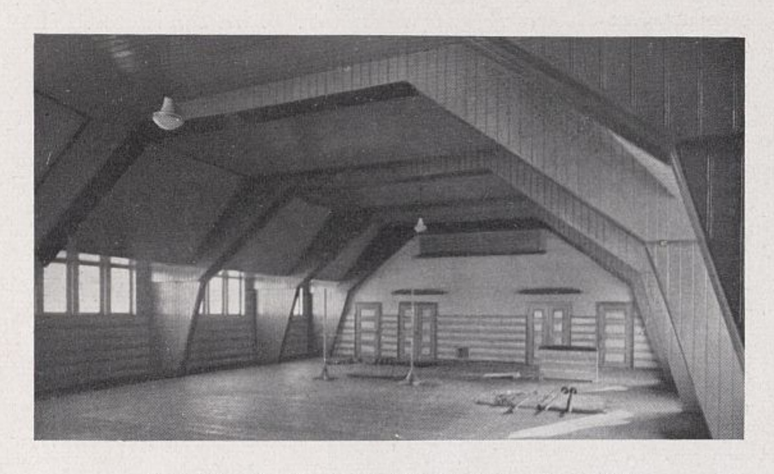


Abb. 28. Hindenburg (Oberschl.). Turnhalle.

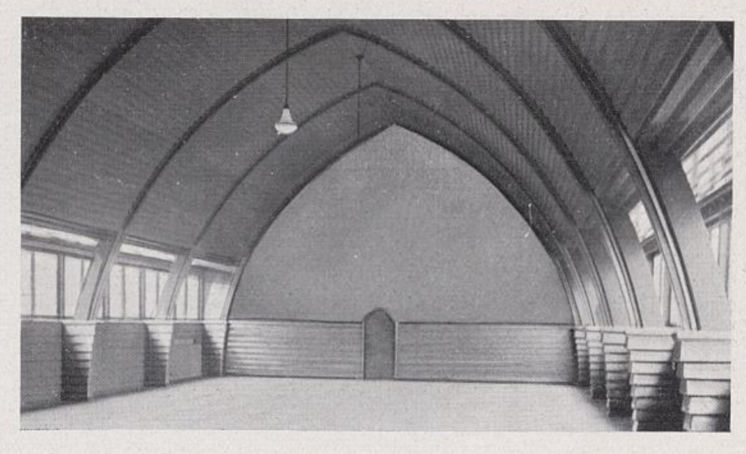


Abb. 29. Waldenburg. Turnhalle.



Abb. 30. Remscheid. Krankenstube.

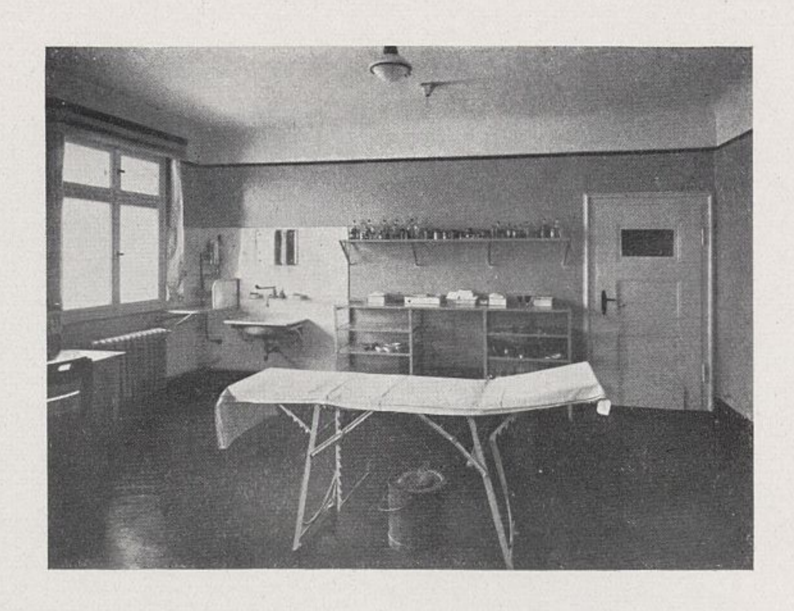
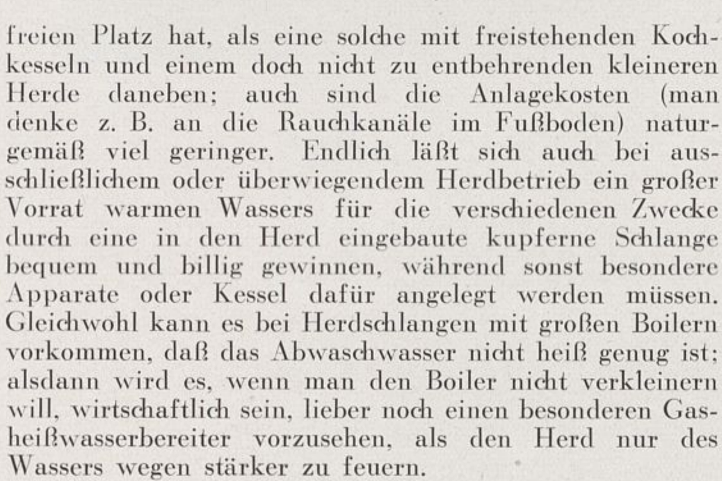


Abb. 31. Remscheid. Untersuchungszimmer.



freien Platz hat, als eine solche mit freistehenden Kochkesseln und einem doch nicht zu entbehrenden kleineren Herde daneben; auch sind die Anlagekosten (man denke z. B. an die Rauchkanäle im Fußboden) naturgemäß viel geringer. Endlich läßt sich auch bei ausschließlichem oder überwiegendem Herdbetrieb ein großer Vorrat warmen Wassers für die verschiedenen Zwecke durch eine in den Herd eingebaute kupferne Schlange bequem und billig gewinnen, während sonst besondere Apparate oder Kessel dafür angelegt werden müssen. Gleichwohl kann es bei Herdschlangen mit großen Boilern vorkommen, daß das Abwaschwasser nicht heiß genug ist; alsdann wird es, wenn man den Boiler nicht verkleinern will, wirtschaftlich sein, lieber noch einen besonderen Gasheißwasserbereiter vorzusehen, als den Herd nur des Wassers wegen stärker zu feuern.

Als sehr zweckmäßig hat sich in den Speiseräumen in Duisburg und Hamborn die Anordnung eines kleinen als Wandbrunnen ausgebildeten Spülbeckens mit Warmwasserauslaß erwiesen, in dem die Wachtmeister ihre Eßbestecke selber reinigen.

Als untere Wandbekleidung der Kochküchen sind glasierte Ziegel oder Fliesen, natürlich einfachster Art, einem Oelfarbenanstrich unbedingt vorzuziehen. Der Lüftung ist stets besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Grundrißverbindung von Küche, Speisesaal und Kantine ist bei sämtlichen Neubauanlagen im Grundsatz die gleiche, wie deren später beigebrachte Grundrisse erkennen lassen. Sie hat sich bewährt. Besondere Spülküchen wurden nur angelegt, wenn der Küchenraum durch Herd und mehrere freistehende Kochkessel allzusehr eingeengt war.

An Nebenräumen sind zuständig: Kleiderablage nebst Abort für Küchenpersonal, Kartoffelschälraum, Vorratsräume, dabei gegebenenfalls ein besonderer Fleischkeller mit motorischer Lüftung; hier und da wurde ein Eisschrank beschafft. Die Abb. 9 gibt die Innenansicht einer üblichen Unterkunftsküche mit einem freistehenden Kochkessel für Kaffee und einem Herde mit zwei Feuerungen für ein Drittel und zwei Drittel der Herdplatte.

Die weiteren Abb. 19 bis 22 zeigen einige Speisesäle. Als verhältnismäßig zweckmäßiger Fußboden sind Eichenriemen in Asphalt anzusehen; Buchenriemen sind dem häufigen nassen Aufwischen weniger gewachsen. Praktisch sind hölzerne Wandleisten zum Schutz gegen Bestoßen durch die Stuhllehnen, sofern die Mittel für ein Paneel nicht vorhanden.

4. Wohlfahrtsräume (Kantine, Spiel- und Lesezimmer).

Ihre Schaffung entsprang der Absicht, die Polizeibeamten an das Haus zu fesseln, sie vor unnötigem Geldausgeben zu bewahren und ihnen nach dem Dienst Erholung und gesellige Anregung zu bieten. Dementsprechend wurde eine bei aller Einfachheit behagliche Gestaltung angestrebt. Die Abb. 23 bis 25 geben je ein Beispiel einer Kantine, eines Spiel- und eines Lesezimmers, wobei bemerkt werden muß, daß Billards und auch etwaige Klaviere u. dgl. nicht zu den fiskalischen Einrichtungsstücken gehören. Das Spielzimmer ist fast stets neben den Speisesaal gelegt, mit ihm durch eine breite Tür verbunden und manchmal um einige Stufen erhöht, um als Bühne dienen zu können.

Die Kantine ist in der Regel verpachtet. Die dazugehörige Küche sollte nicht allzu klein sein, da hier außerhalb der Zeiten der dienstlichen Verpflegung durch die Unterkunftsküche nicht selten ein umfangreicher Kochbetrieb stattfindet.

5. Unterrichtsräume.

Sie sind etwa 6 bis 9 m lang und werden am besten mit etwa 50 cm breiten ebenen Tischen mit offenem Schubfach für je zwei bis drei Beamte und mit losen Stühlen ausgestattet. Die Tische und Stühle können dann auch anderweit verwendet werden, z. B. im Speisesaal bei größeren Veranstaltungen.

6. Räume für Leibesübungen.

Sie wurden erst 1925 zugestanden, als die meisten Unterkünfte schon im Bau waren. Man kam daher auf den Gedanken, den Bodenraum über den tiefen Kraftwagenhallen für diese Zwecke nutzbar zu machen. Die Beschränktheit der meisten Grundstücke hat dann dazu geführt, diese Anordnung auch bei den späteren Neubauten beizubehalten. Für die Wände und Decken der Turnhallen sind teils Holz-, teils Eisenbetonbauweisen zur Anwendung gekommen. Die beigefügten Abb. 26 bis 29 zeigen die Wirkung. Die Turnräume bekamen dadurch bei genügender Höhe von etwa 5 m den Flächeninhalt einer gewöhnlichen Schulturnhalle von etwa 200 qm, während der anschließende niedrigere Boxraum etwa 50 qm erhielt. Die den Fußboden tragende Massivdecke, auf 750 kg Nutzlast berechnet, wurde mit Holzfußboden auf Lagerhölzern, je nach Art der Dielung mit oder ohne



Abb. 32. Hamborn a. Rh. Offiziers-Speiseraum.

Blindboden, belegt, um die nötige Federung zu gewährleisten; nur in Remscheid kamen Buchenriemen in Asphalt zur Ausführung. Im Boxraum muß mindestens eine feste Wand zur sicheren Anbringung der viel beanspruchten Boxbirnen vorhanden sein. Nach der neuen Raum-B. O. sollen besondere Boxräume fortfallen, dafür die Turnhallen erheblich größer angelegt und mit Wasch- und Brauseeinrichtungen ausgestattet werden.

In Ermangelung anderer größerer Räume dienen die Turnhallen auch zu größeren dienstlichen Versammlungen der Beamten; bei einigen festlich begangenen Einweihungen neuer Unterkünfte haben sie gut wirkende Bankettsäle abgegeben.

7. Flickstuben.

Bieten baulich nichts Besonderes.

8. Die Krankenstuben

entsprechen den üblichen Anforderungen bei einem Luftraum von 25 bis 30 cbm je Bett. Sie wurden möglichst an die Sonnenseite, nahe einem Treppenhaus und so weit entfernt von geräuschvollen Unterkunftsbetrieben angelegt, wie es nach Lage der Dinge möglich war. Wenn das nicht überall restlos gelungen ist, so bleibt zu bedenken, daß es sich in der Regel nur um Leichtkranke handelt. Betten werden für etwa 3 v H der Etatsstärke vorgesehen. Die Abb. 30 und 31 zeigen eine Krankenstube und das zugehörige Untersuchungszimmer. Ferner gehören dazu die Schreibstube des Arztes, die zugleich Aufenthalts- und Schlafraum für den Sanitätsbeamten vom Dienst ist, ein Warteraum, ein bis zwei Wannenbäder und zwei Abortsitze. In einigen größeren Standorten sind sogenannte erweiterte Krankenstuben (Bezirkskrankenstuben) eingerichtet worden, um neben Schwerkranken auch die Geschlechtskranken eines ganzen Polizeipräsidialbezirks zu vereinigen und sie der kostspieligen und aus naheliegenden Gründen unerwünschten Behandlung in öffentlichen Krankenhäusern zu entziehen. Solche Anlagen sind z. B. in Dortmund, Düsseldorf, Recklinghausen eingerichtet.

9. Die Kammerräume

für Bekleidung, Waffen u. dergl. wurden meist durch Dachgeschoßausbau gewonnen und durch passende Wand-



Abb. 33. Duisburg. Offiziers-Speiseraum.



Abb. 34. Remscheid. Offiziers-Speisezimmer.



Abb. 33. Barmen. Offiziers-Speisezimmer.

oder Freiregale möglichst zweckmäßig und raumsparend eingerichtet. Sie müssen für die meisten Zwecke staubdicht sein und vom übrigen Dachraum feuersicher abgeschlossen werden, zumal alte Erfahrung lehrt, daß Kasernenbrände meist Kammerbrände waren. Daher ist auch auf schnelle Feuerlöschmöglichkeit durch Wasserauslässe nahe der Außenseite der Bodentür Wert zu legen.

10. Geschäftszimmer.

Ihre Zahl und Zweckbestimmung regelt die Raumbedarfsordnung. Sie bieten baulich nichts Bemerkenswertes.

11. Offiziersräume.

Es waren im Rahmen der Raum-B. O. Räume zu schaffen, in denen die oberen Beamten sich zu gemeinsamem Essen und zu dienstlichen Besprechungen vereinigen, sich kameradschaftlich näher treten und in unruhigen Zeiten alarmbereit aufhalten können. In der Regel wurden zwei Räume geschaffen, ein Speisezimmer und ein daneben liegendes Spiel- und Lesezimmer; dazu eine Kleiderablage nebst Abortraum. Die Abbildungen geben zwei Beispiele (Abb. 32 u. 33).

Um die wohnliche Ausstattung solcher Räume, wie auch der Wohlfahrtsräume der Wachtmeister, haben sich in mehreren Fällen die Stadtverwaltungen oder andere Stifter verdient gemacht. Auf die Wichtigkeit wirksamer Lüftungseinrichtungen in solchen vielbenutzten, meist nur 2,9 bis 3,0 m hohen Räumen sei besonders hingewiesen. Wenn diese Räume nicht im Erdgeschoß liegen, müssen sie so angeordnet werden, daß ihre Versorgung mit Speisen und Getränken durch einen in der Nähe der Beamtenküche oder Kantine mündenden, von Hand betriebenen Speiseaufzug möglich ist.

Neben diesen Offiziersräumen pflegen die zuständigen, aus zwei Stuben nebst Abort bestehenden Wohnungen der unverheirateten Polizeioffiziere zu liegen (je eine für jede Bereitschaft).

Als ein Unikum sei die sog. Bauernstube, eine gemütliche Offizierskantine der durch Um- und Ausbau eines ehemaligen Fliegerlagers entstandenen Polizeiunterkunft Gelsenkirchen gezeigt (Hochbauamt Dortmund, Regierungsbaurat Scheibner, Abb. 36). Zwei weitere aus dem Rahmen des Ueblichen etwas heraustretende Beispiele von Offiziersspeiseräumen (Abb. 33 u. 34) der Unterkünfte Duisburg und Remscheid werden späterhin noch kurz behandelt werden.

12. Räume der Kraftfahrbereitschaft.

Die Kraftfahrer gehören nicht zu den zu kasernierenden Beamten, wohnen also außerhalb der Unterkunft. Gleichwohl müssen bei Tag wie bei Nacht stets mehrere Beamte fahrbereit verfügbar und es muß außerdem noch Raum da sein, um in unruhigen Zeiten alle oder doch die meisten Kraftfahrer vorübergehend, wenn auch in gedrängter Form, in der Unterkunft vereinigen zu können. Der dafür erforderliche Aufenthaltsraum ist möglichst in Nähe der Kraftwagen zu beschaffen und mit den für die umfangreiche Berufskleidung der Kraftfahrer nötigen größeren Schränken auszustatten.



Abb. 36. Gelsenkirchen. Offiziers-Kantine.

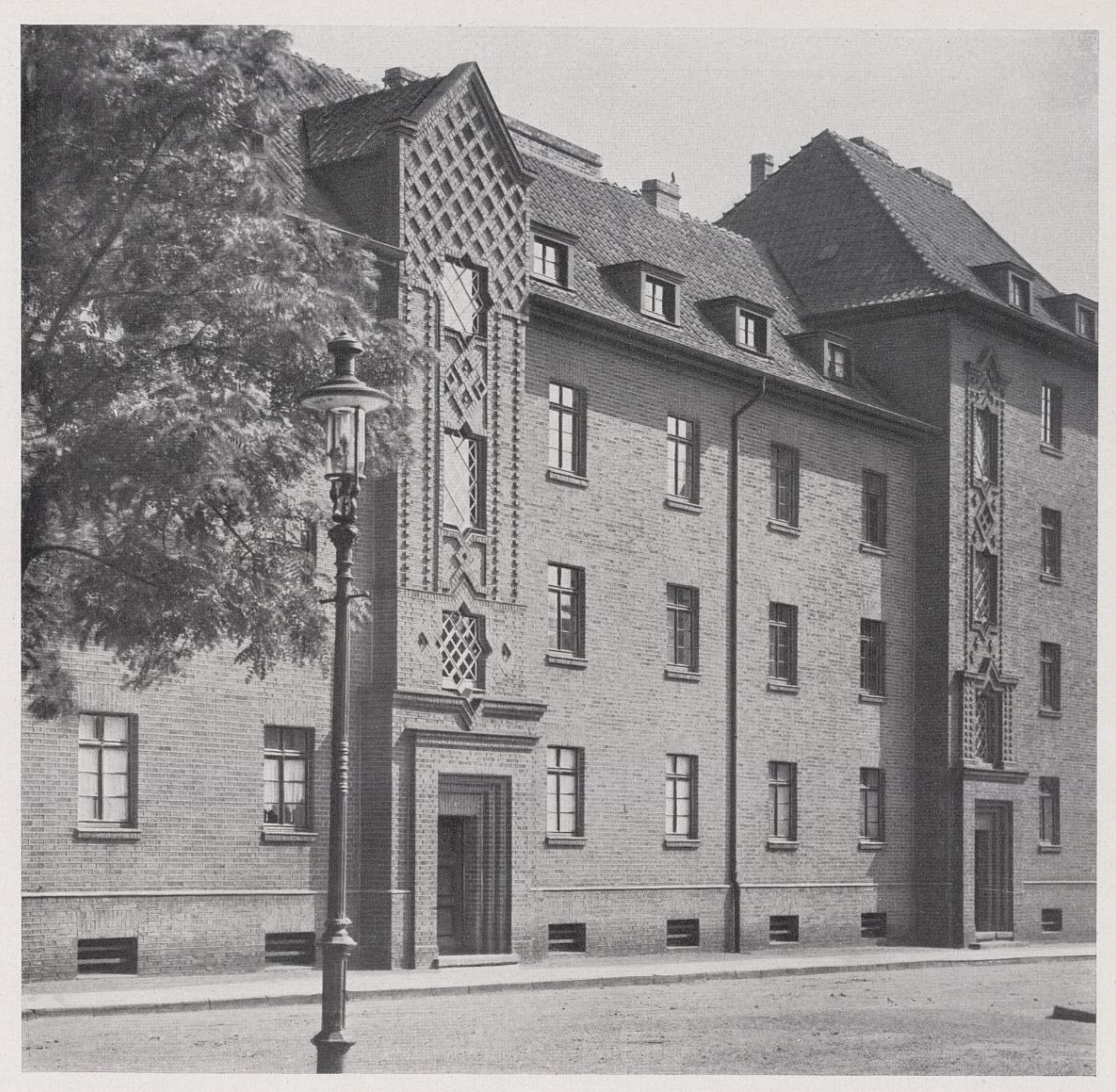


Abb. 37. Hamborn a. Rh. Miethaus für Polizeibeamte.

13. Räume für den Fernsprech- und Funkdienst.

Sie sind nur in besonderen Fällen in den Unterkünften, im Regelfalle in den Polizeipräsidien oder Polizeiämtern einzurichten. Im allgemeinen bevorzugte die Polizei für diese Räume die oberen Geschosse, da ihr eine Erdgeschoßlage nicht genügende Sicherheit gegen böswillige Zerstörungsversuche zu bieten schien. Besonders war auf eine zweckmäßige und möglichst wenig störende Anlage der Antennen und etwaigen hohen Funkmaste zu achten. Die aus fachlich verständlichen Gründen manchmal etwas weitgehenden Wünsche der Polizei hinsichtlich Höhenlage und Länge der Antennen mußten manchmal durch Anrufen höherer Entscheidungen bei dem zuständigen Ministerium des Innern auf das Notwendige herabgesetzt werden.

14. Fahrradräume.

Da die Anzahl der planmäßigen Fahrräder unter Umständen groß sein kann, ist an Bereitstellung genügender Räume zum Einstellen und Anschließen von vornherein zu denken. Sie können in einem trockenen und bequem zugänglichen Keller des Bereitschaftsgebäudes liegen oder sind im Anschluß an ein Nebengebäude vorzusehen. Zweckmäßig ist noch ein Schutzdach an geeigneter Stelle im Freien zum Unterstellen der Räder dienstlich anwesender auswärtiger Beamter.

15. Unterkunftswache.

Sie muß in der Nähe des Haupteingangs liegen und mindestens aus einer kleinen Schließerstube bestehen. Die übliche Unterkunftswache besteht aus einem Raum für den Wachhabenden, ferner einem Tagesraum, Schlafraum, Abort- und Waschraum. Sehr zweckmäßig ist ein besonderer Raum zum Trocknen nasser Kleidungsstücke und zum Unterstellen von Fahrrädern.

B. Familienwohnungen für verheiratete Beamte.

1. Für Wachtmeister (Sammelbegriff).

Die Raum-B. O. sieht vor:

Zu einem Drittel Wohnungen aus drei Stuben, von zusammen 50 qm,

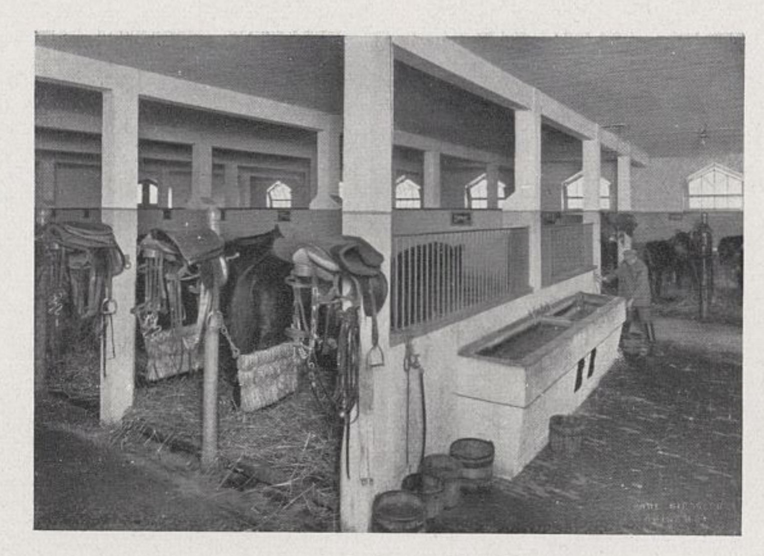


Abb. 38. Duisburg. Pferdestall.

Hamborn

17,4

Abb. 39.

Bochum

17,7

Abb. 40.

Duisburg

17,5

Abb. 41.

Dortmund

19,5

Abb. 42.

Recklinghausen

20,7

Abb. 43.

Abb. 39 bis 43. Binderkonstruktionen der Reithallen.

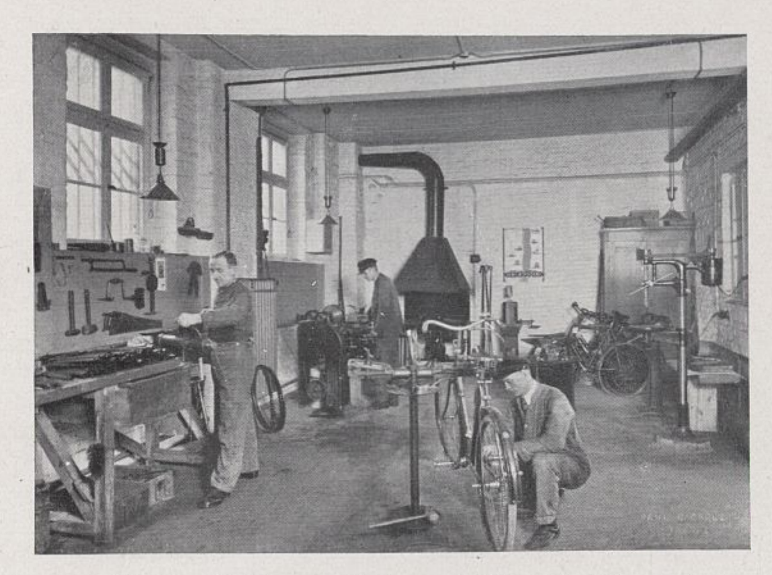


Abb. 44. Duisburg. Ausbesserei für Fahrräder und Wirtschaftsgegenstände.

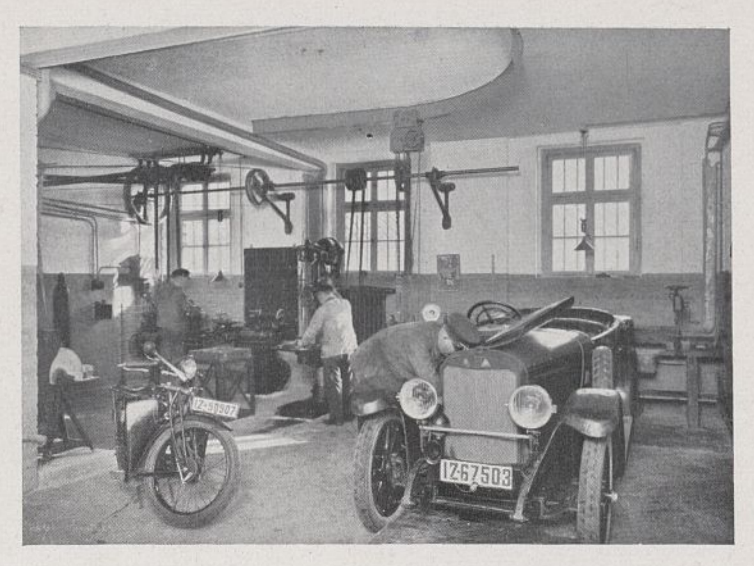


Abb. 45. Duisburg. Ausbesserei für Kraftfahrzeuge.

zu zwei Dritteln Wohnungen aus zwei Stuben von zusammen 37 qm,

dazu Küche von 10 qm, Abort, Speisekammer. Im Westen Preußens wurde mehrfach eine Vergrößerung der Küchen zu den dort üblichen Wohnküchen auf Kosten der anderen Zimmergrößen vorgenommen.

Derartige „Bereitschaftswohnungen", in der Regel 12 für jede Bereitschaft, wurden stets in besonderen, meist drei-, seltener zweigeschossigen Gebäuden vereinigt und mit Ofenheizung ausgestattet. Die späteren Lageplandarstellungen lassen die üblichen Grundrißformen erkennen. Im Keller oder Dachboden, manchmal in Vereinigung mit der Waschküche, wurde an jedem Treppenhause ein gemeinsames Bad, also im allgemeinen für sechs Familien, angelegt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Wohnungen trotz ihrer räumlichen Beschränktheit meist als ausreichend empfunden wurden, weil die Beamten gar nicht in der Lage zu sein pflegen, größere Räume zu möblieren. Für den Fall größerer Kinderzahl wurden ausgebaute, heizbare Bodenkammern bereitgestellt. Von eingebauten Schränken wurde durchweg abgesehen. Daß es wirtschaftlich ist, alle wasserbenetzten Wandstellen durch geeignete massive Wandbekleidung einfachster Art zu schützen, bleibe nicht unerwähnt.

2. Der Hauptwachtmeister der Bereitschaft bekommt eine Dienstwohnung von drei Stuben und Zubehör im Bereitschaftsgebäude.

3. Der leitende Verwaltungsbeamte der Polizeiunterkunft bekommt eine seiner Gehaltsstufe entsprechende größere Dienstwohnung mit Bad und Zubehör entweder im Bereitschaftsgebäude oder besser in einem der Verheiratetenwohnhäuser.

4. Der Heizer bekommt zweckmäßig eine Werkwohnung im Hauptgebäude.

5. In einzelnen Fällen wurden, der Wohnungsnot Rechnung tragend, einige Mietwohnungen für verheiratete Polizeioffiziere angelegt. Auch für den Kantinenpächter kann eine kleine Mietwohnung bereitgestellt werden; deren Lage neben der Kantine hat den Vorteil, daß dann eine besondere Kantinenküche gespart werden kann.

Es mag bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß der Staat in der Nachkriegszeit bis 1927 rd. 4000 staatseigene Familienwohnungen für Polizeibeamte aller Grade teils in und bei den Unterkünften, teils ohne örtlichen Zusammenhang mit Polizeidienstgebäuden geschaffen und so auch in diesem Verwaltungszweige einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot geleistet hat. Die Abb. 37 gibt die Ansicht eines solchen Miethauses in Hamborn. Von den Bereitschaftswohnungen unterscheiden sich solche Mietwohnungen im Grundsatz nur dadurch, daß der für ihre Ausstattung geltende Maßstab der Ortsüblichkeit sie über Bereitschaftswohnungen manchmal etwas hinaushebt; so finden sich z. B., besonders im Westen, Badeeinrichtungen für die einzelne Wohnung.

Außerdem sind noch über 2000 Wohnungen im Siedlungswege mit staatlicher Unterstützung geschaffen worden.

Soweit es die Platzverhältnisse erlaubten, wurde etwas Gartenland bereitgestellt; in keinem Falle aber wurden, abgesehen von den Siedlungsbauten, Kleinviehställe auf staatliche Kosten errichtet.

C.

1. Pferdestall, Krankenstall.

Außer den üblichen, 3,5 m hohen Pferdeställen mit zwei Längsreihen an den Außenwänden wurde, angeregt



Abb. 46. Duisburg. Ausbesserei für Waffen.

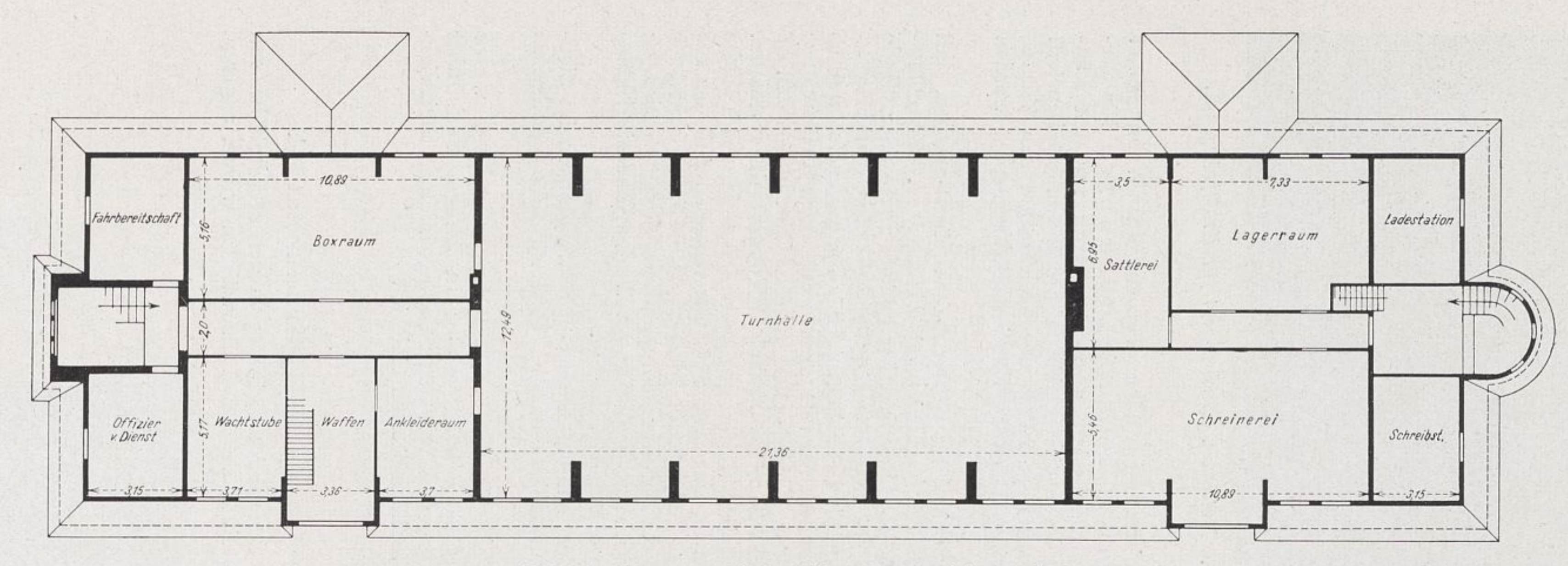


Abb. 47. Barmen. Werkstättengebäude, Obergeschoß.

1. Motor; 2. Transmissionen und Vorgelege; 3. Drehbank; 4. Schnellbohrmaschine; 5. Schmirgel- und Schleifmaschine; 6. Schleifstein; 7. Bohrmaschine; 8. Amboß; 9. Schmiedeesse; 10. Werkbank; 11. Hobelbank; 12. Laufrichtmaschine; 13. Blaubrenner; 14. Brünierkessel; 15. Emaillierofen; 16. Karabinerstände; 17. Werkbank mit Schraubstöcken; 18. Transportabler Motormontagebock; 19. Kran mit Laufkatze; 20. Kranbahn; 21. Kontakt für Handbohrmaschinen; 22. Gebläse; 23. Große Drehbank; 24. Kleine Drehbank; 25. Transportable Handbohrmaschine; 26. Bügelkaltsägemaschine; 27. Schleifmaschine.

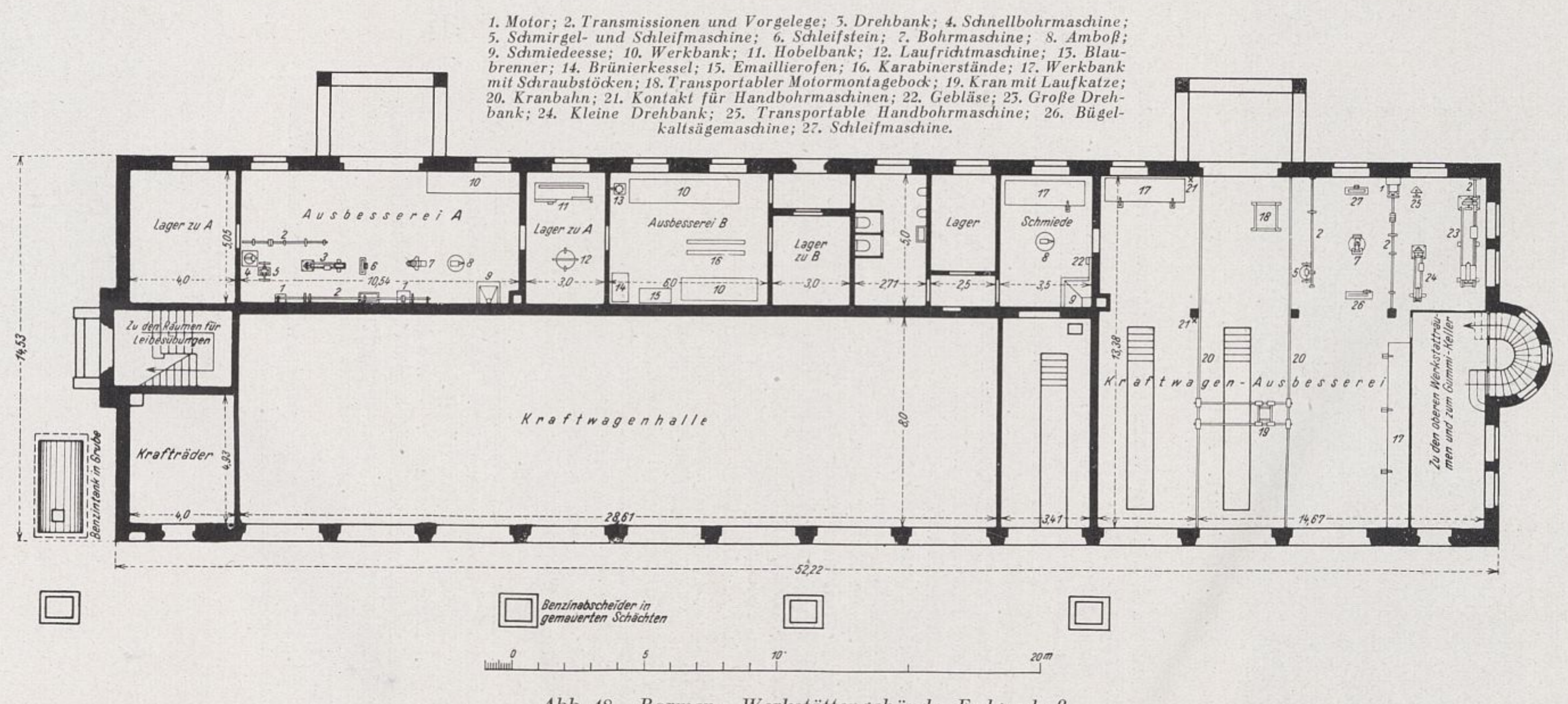


Abb. 48. Barmen. Werkstättengebäude, Erdgeschoß.

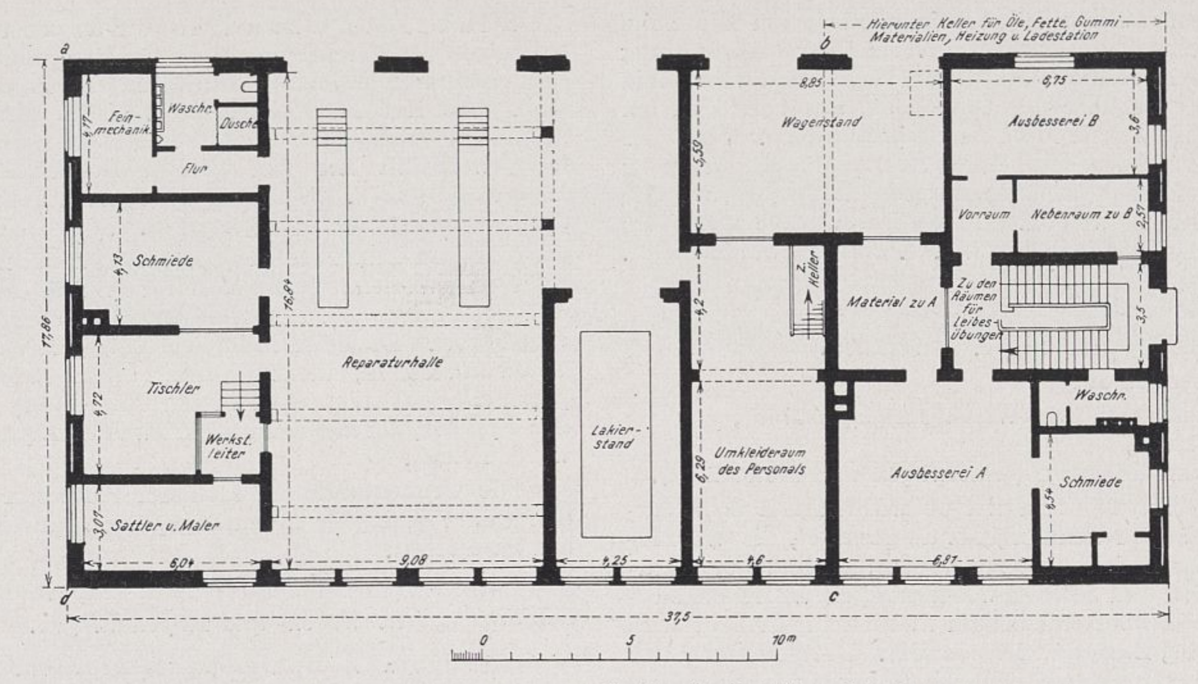


Abb. 49. *Recklinghausen. Großes Werkstättengebäude.*

durch französische Besatzungsbauten, ein neuer vierreihiger Typ eingeführt, den u. a. die Grundrisse von Bochum (Abb. 53) und Duisburg (Abb. 38 u. 73) zeigen. Er liefert warme und dabei ausreichend belichtete Ställe. Die mittlere halbhohe Langwand stößt nur mit einigen tragenden Pfeilern unter die Decke. Massive Stalldecken werden zweckmäßig aus porösem Material gemacht, weil normale Betondecken schwitzen. Eine wirksame Lüftung wird befördert, wenn die Deckenunterzüge senkrecht zu den Fensterwänden angeordnet werden. Im Stall der Unterkunft Bochum wurde ein Versuch mit einer Selbsttränkeeinrichtung an den Futterschalen gemacht. Raufen wurden nicht angebracht. Vertiefte Berieselungsstände werden neuerdings nicht mehr verlangt. Die manchmal etwas knapp bemessenen Stallgassen sollen künftig nicht unter 3 m, bei Ställen für einen ganzen Zug 3,5 m breit sein.

Für leichtkranke Pferde wurden einige etwas breitere Krankenstände, für ansteckend kranke Pferde etwa zwei Absonderungsstände mit besonderem Eingang von außen angelegt.

Für je einen Standort eines Polizeipräsidialbezirks ist eine größere Krankenstallanlage zuständig, sofern der Bezirk mindestens zwei Züge berittener Polizei hat. Solche Anlage besteht aus einer chirurgischen und einer Seuchenabteilung, jede mit mehreren Einzel- und Laufständen ausgestattet, dazu ein Operationsraum, eine Arzneistube und getrennte Wohnräume für die Pferdepfleger jeder Abteilung. Alle derartigen Krankenstallräume sind heizbar einzurichten und erhalten einen etwa 2,2 m hohen Oelfarbensockel. Grundrißbeispiele finden sich in den oben angezogenen Lageplänen von Bochum und Duisburg.

2. Beschlagschmiede.

Besteht aus dem eigentlichen Schmiederaum mit gemauertem Schmiedeherd und zementiertem Löschtrog, dem davor gelegenen Beschlagraum und kleinen Nebenräumen für Schmiedekohlen, Eisenteile u. dgl. Der Beschlagraum, früher schon wegen des Geruchs des verbrannten Horns mindestens an einer Seite offen, wird neuerdings durch Fenster verschließbar verlangt, weil ein sorgfältiges Arbeiten im offenen Raum während der kalten Jahreszeit schwer möglich sei. Dazu manchmal eine harte Vorführbahn von etwa 20 m Länge, 1,5 m Breite.

3. Pferdewagenschuppen

bieten baulich nichts Besonderes. Wagen mit Lackanstrich (z. B. Gefangenentransportwagen) müssen in allseitig geschlossenem Raum untergebracht werden.

4. Reithalle.

Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von denen des alten Heeres und hat die alten Abmessungen von etwa 17×37 m zwischen den Banden. Auf Kühlställe und erhöhte Zuschauerplätze wurde der Kosten wegen verzichtet. Ein größerer Spiegel wird stets gewünscht, ist dann aber von der Schutzpolizei selbst zu beschaffen (Düngerfonds). Die Abb. 39 bis 43 zeigen einige der verwendeten Binderkonstruktionen, wobei anzumerken ist, daß die Konstruktion in Dortmund einem französischen Entwurf entstammt und die Zollbaukonstruktion in Recklinghausen ebenfalls für die Franzosen errichtet wurde. Es wird im Auge zu behalten sein, wie weit sich die letztgenannte Bauweise bewähren wird. Abwalmungen an den Schmalseiten haben den Nachteil, die Klarheit der Binderanordnung zu beeinträchtigen.

D.

1. Kraftwagenhalle mit Zubehör.

Es wurden für die unterzubringenden Personen-, Schnellpatrouillen-, Last- und etwaigen Sonderwagen (Panzerwagen) zwei Typen verwendet, nämlich mit ein- oder zweireihiger Aufstellung, letztere bei größerer Wagenzahl die Regel, weil derartige Hallen weniger Tore haben, gedrängter angeordnet sind und sich dadurch auch leichter und billiger beheizen lassen. In der ersten Zeit und vor allem bei den zahlreichen, durch Umbau vorhandener Räume gewonnenen Wagenhallen wurde nur ein Teil des gesamten Wagenstandraums, nämlich der Raum der sog. ständigen Fahrbereitschaft, beheizt. Bei den letzten Neubauanlagen wurden aber sämtliche Standräume auf etwa 5 Grad temperiert, weil sich herausgestellt hat, daß die notwendige Pflege des teuren Kraftwagenmaterials in temperierten Räumen viel mehr gewährleistet ist als in unbeheizten. Bei geringer Wagenzahl (unter 5) wurden von außen zu bedienende große Kachelöfen verwendet, manchmal auch Luftheizung mit Zuluft von außen und unter der Decke einströmender Warmluft. In einigen wenigen Fällen war Anschluß an die Warmwasserheizung eines Nachbargebäudes das Gegebene, doch unterliegt eine solche der Einfriergefahr. Als Regel ist demgemäß die Niederdruckdampfheizung anzusehen.

Von einer Unterteilung der Hallen wurde aus Gründen der Uebersichtlichkeit und Kostenersparnis in der Regel abgesehen. Die Türen sind stets dicht schließend in Blendrahmen zu setzen. Es empfiehlt sich, in die großen Tore

kleine Personen-Schlupftüren einzubauen, um die beim Oeffnen der großen Torflügel unvermeidliche Auskühlung zu verhindern; solche Schlupftüren beginnen zweckmäßig erst etwa 30 cm über der Unterkante der Torflügel, um deren Standfestigkeit nicht zu beeinträchtigen. Statt der hölzernen Flügel wurden bei den Schutzpolizeien Duisburg und Hamborn fabrikmäßig hergestellte, doppelwandige Stahlblechtore verwendet. Zahlreiche weitere technische Einzelheiten sind in der Raum-B. O. ausführlich behandelt.

2. Ausbessereien.

Die bisherige Raum-B. O. unterschied:

Ausbessereien für

A) Fahrräder und Wirtschaftsgegenstände,
B) Waffen,
C) Kraftfahrzeuge (Kraftwagen und Motorräder).

Die Werkstätten zu A wurden mit Schlossergerät und einigem Tischlergerät ausgestattet, die Werkstätten zu B mit dem zur Instandhaltung der Karabiner, Pistolen und Seitengewehre nötigen Waffenmeistergerät. Jede Ausbesserei bekam zwei kleine Nebenräume für Ersatzteile, Bau- und Brennstoffe. Die demnächst zur Veröffentlichung kommende neue Raum-B. O. gibt etwas veränderte Raumvorschriften. Die bauliche Ausstattung bietet nichts Besonderes; es empfiehlt sich, wenigstens unter ständigen Arbeitsplätzen einen die Fußkälte abhaltenden Holzfußboden anzuordnen (Abb. 44 bis 46).

Ausbessereien für Kraftfahrgerät (C) bestehen aus dem eigentlichen Werkstattraum mit Platz für die instand zu setzenden Fahrgestelle nebst den zuständigen Werkbänken und Arbeitsmaschinen, ferner aus einem Schmiederaum, einem abgeschlossenen Platz für den Werkstattleiter, einem Lagerraum für Arbeitsgeräte und Ersatzteile und einem Kellerraum für Gummi, Oele, Fette und dgl. Bei größeren Ausbessereien treten besondere Räume für Tischler, Maler, Sattler, Mechaniker sowie Wasch- und Umkleideräume für die Beamten hinzu. Bei großen Werkstätten, etwa über 30 Wagen hinaus, wird noch ein staubsicher abgeschlossener Lackierraum in Größe eines Wagenstandes bewilligt. Der Werkstattleiter soll von seinem Arbeitsplatz aus den Arbeitsbetrieb möglichst übersehen können.

Für diese besonders wichtigen und wegen ihrer Ausstattung verhältnismäßig kostspieligen Werkstätten wurden ausführliche, in die Raum-B. O. übernommene Richtlinien ausgearbeitet, die auch nähere Anweisung für zahlreiche technische Einzelheiten geben. Dabei werden fünf Größenklassen unterschieden, nämlich IV: für 1 bis 10, III: für 11 bis 15, II: für 16 bis 20, I: für 21 bis 30 und Ia: über 30 Kraftwagen.

Bei den in der Regel massiven Fußböden (Zementestrich) wurde vor ständigen Arbeitsplätzen ein isolierender Holzfußboden angeordnet. Zu den beigegebenen Grundrissen ist erläuternd zu sagen:

Die beiden Grundrisse Barmen (Abb. 47 u. 48) zeigen die Vereinigung einer Kraftwagenhalle mit den drei Ausbessereien, deren Einrichtungsstücke eingezeichnet sind. Die auf zwei Geschosse verteilte Kraftfahrzeugausbesserei entspricht der Größenklasse I und dient als Hauptwerkstatt für den ganzen Polizeipräsidialbezirk Elberfeld-Barmen. Im Obergeschoß haben noch die Räume für Leibesübungen Platz gefunden.

Der Grundriß Recklinghausen (Abb. 49) zeigt ein Werkstattgebäude mit den drei Ausbessereien und oberen Räumen für Leibesübungen, aber ohne Kraftwagenhalle. Die Kraftfahrzeugausbesserei entspricht der Größenklasse Ia, dient ebenfalls dem ganzen Polizeipräsidialbezirk und stellt in der Anordnung der Räume den Typ dar, der zur Zeit als der zweckmäßigste angesehen werden kann.

Die Grundrißbildung kleinerer Ausbessereien ist aus den später gezeigten Gesamtlageplänen hinreichend deutlich zu ersehen.

E. Neben- und Außenanlagen.

Hierüber wäre etwa folgendes zu sagen:

Der Hof zum Antreten, zum Turnen und zur Waffenausbildung sei ein trockener, d. h. gut entwässerter, bekiester Platz.

Der Spiel- und Sportplatz muß eben und möglichst 60 × 100 m groß sein, um auf vier Spielfeldern Handball oder auch mal Fußball spielen zu können. Eine herumlaufende Aschenbahn für Laufübungen wurde vielfach gewünscht.

Ein offener Reitplatz muß genügend starke Sanddecke haben und vor allem trocken sein, muß also gegebenenfalls unterschottert und dräniert werden.

Die üblichen Tankanlagen von 2000 Litern aufwärts bestehen stets aus unterirdisch eingebauten, liegenden oder stehenden schmiedeeisernen Kesseln mit etwa 1 m Erdüberdeckung. Sie wurden in der ersten Zeit häufig nach dem bekannten System Martini und Hüneke verwendet, bei dem der Betriebsstoff ständig unter Kohlensäuredruck steht und durch diesen auch zur Zapfstelle befördert wird. Des öfteren wurde aber auch, um an den laufenden Ausgaben für das Druckgas zu sparen, von nur schutzgasüberlagerten, also drucklosen Anlagen mit Handpumpenförderung Gebrauch gemacht. Der neue Entwurf einer Polizeiverordnung des Ministers für Handel und Gewerbe über den Verkehr mit Mineralölen vom Jahre 1926 gestattet selbst für Privatbetriebe versenkte Tankanlagen ohne jede Schutzgassicherung, so daß jetzt auch für die Polizei nur noch solche in Frage kommen werden. Die Frage, ob Meßgefäße zur Anwendung kommen sollen, die die einmalige Entnahme oder auch den fortlaufenden Verbrauch anzeigen, war noch nicht geklärt. Im übrigen behandelt die Raum-B. O. auch die Frage der Aufbewahrung der Betriebsstoffe im einzelnen.



Abb. 50. Hamborn. Wachtlaube.



Abb. 51. Dortmund. Gesamtansicht.

Die Unterbringung der Munition hat viel Kopfzerbrechen gemacht. Den sehr weitgehenden Vorschriften der örtlichen Baupolizeiorgane hinsichtlich besonderer Schutzzonen und dgl. konnte oftmals aus Platzmangel beim besten Willen nicht entsprochen werden. Diese Vorschriften gingen auch tatsächlich insofern zu weit, als sie keinen genügenden Unterschied machten zwischen der verhältnismäßig harmlosen Karabiner- und Pistolenmunition und der gefährlichen Handgranaten- und Signalmunition. In der Raum-B. O. sind nunmehr genauere Vorschriften über die Unterbringung der Munition gegeben, die den Erfahrungen und Anforderungen der Praxis wie auch der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragen.

Hundezwinger waren zunächst nicht vorgesehen, weil der Polizeihundführer das Tier stets in der Nähe haben soll, damit sich der Hund an den Führer gewöhnt. Bei verheirateten Beamten kann das bei Krankheitsfällen in den räumlich beschränkten Wohnungen manchmal zu Unzuträglichkeiten führen, daher sind für solche Ausnahmefälle Hundezwinger nach einer in der neuen Raum-B. O. gegebenen Musterzeichnung zugestanden.

IV. Allgemeines über Bauplätze und Bauentwürfe der Neubauanlagen.

Für die Bauplatzwahl waren neben finanziellen Erwägungen in erster Linie polizeitaktische Gründe maßgebend, doch konnten hierbei zwei verschiedene Standpunkte eingenommen werden und sind auch eingenommen worden.

In den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung betrachtete die Polizeiverwaltung den Bauplatz sozusagen vom militärischen Standpunkt aus, sie wünschte ihn am Rande der Stadt, womöglich auf überragender Höhe mit freiem Schußfeld. Dieser Standpunkt ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die den Tagen des Kapputsches (März 1920) folgenden schweren Kommunistenaufstände im Industriegebiet und in Sachsen erst wenige Jahre zurücklagen; die Folge war aber eine Erschwerung des täglichen Verkehrs zwischen der abseits gelegenen Unterkunft und dem Stadtzentrum. Daher wurden einige neuere Unterkünfte näher an das Stadtzentrum herangerückt.

Die Grundstücksgrößen sind ganz verschieden und schwanken für eine Bereitschaft zwischen 11 000 und 13 000 qm, für zwei Bereitschaften zwischen 9400 (Remscheid) und 26 000 qm (Bochum). Man hatte im allgemeinen wenig Auswahl und mußte das Grundstück nehmen, das den polizeitaktischen, finanziellen und Programmforderungen einigermaßen entsprach. War der Platz klein, mußte auf einen besonderen Sport- und Spielplatz und auf Hausgärten für die Beamtenfamilien verzichtet werden.

Noch mehr schwanken die Grundstückskosten. Legte eine Stadt besonderen Wert auf staatliche Schutz-

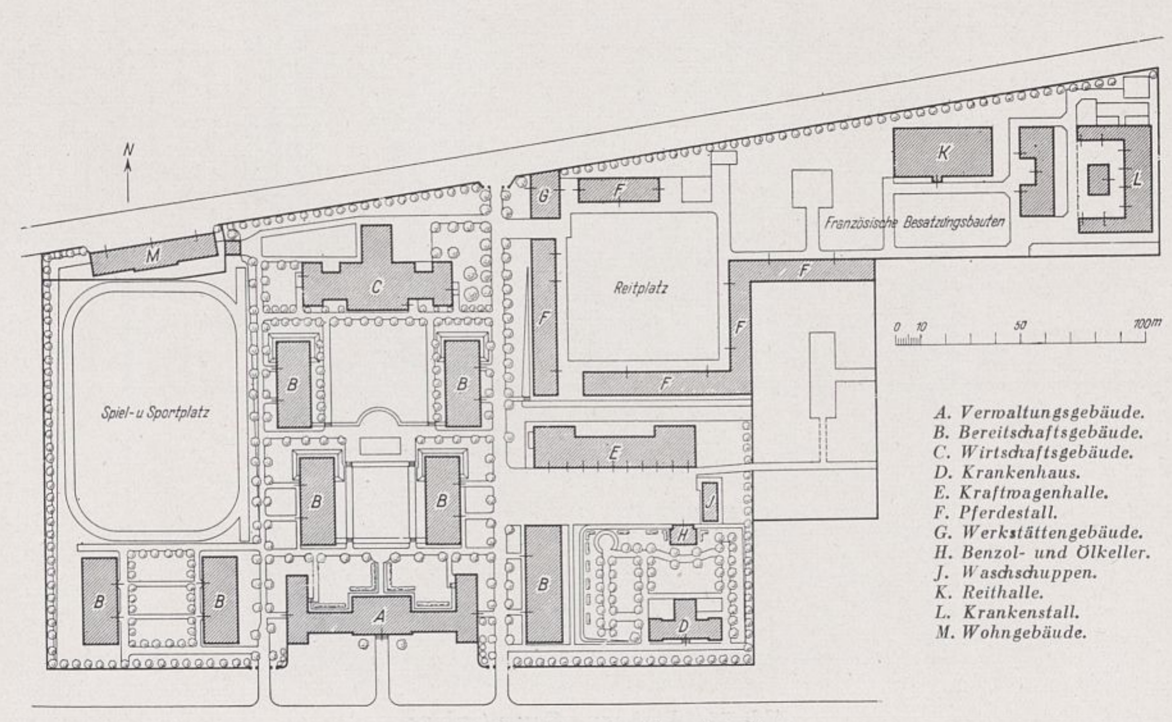


Abb. 52. Dortmund. Gesamtanlage.

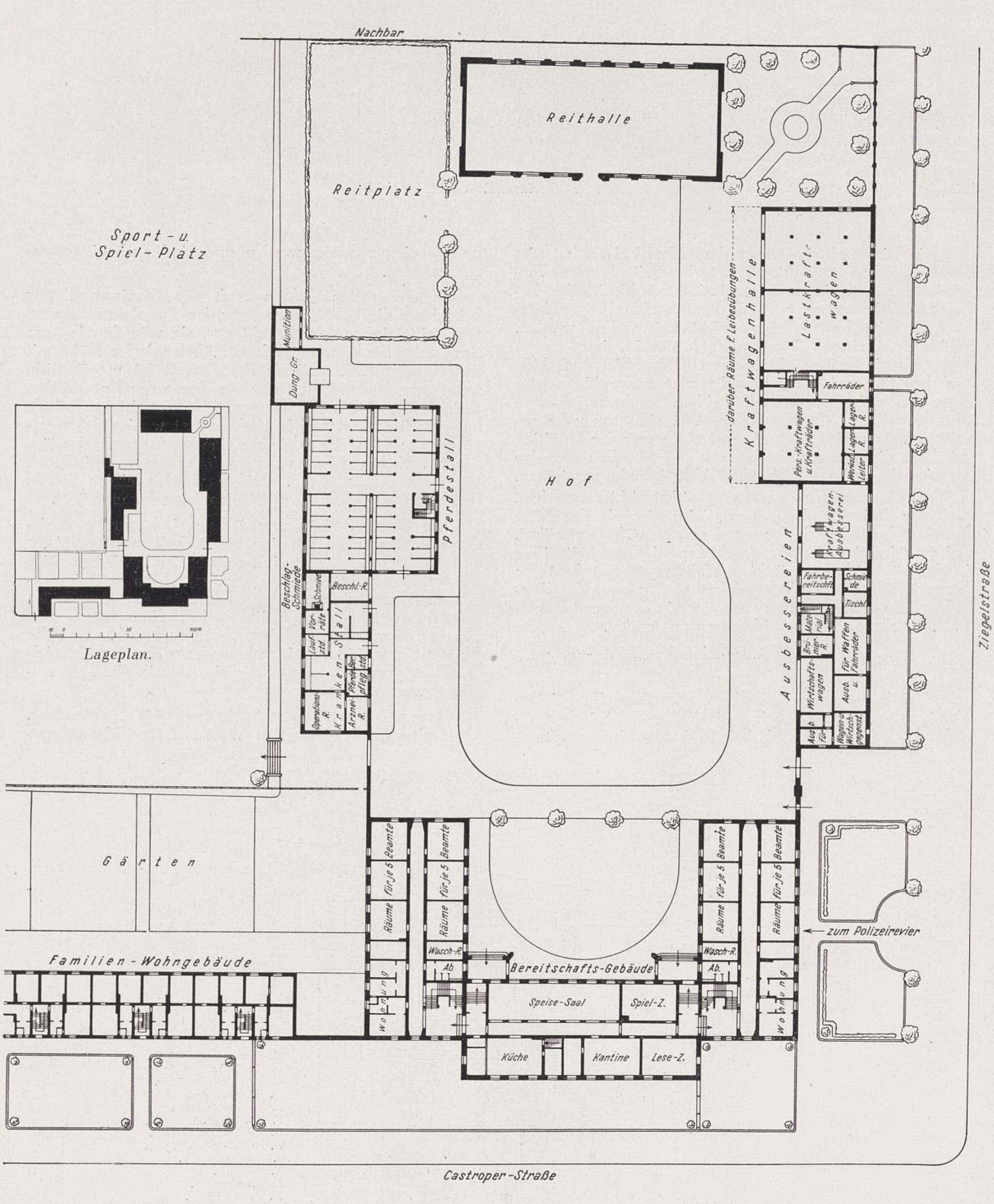


Abb. 53. Bochum. Gesamtanlage.

Abb. 54. Bochum. Bereitschaftsgebäude.

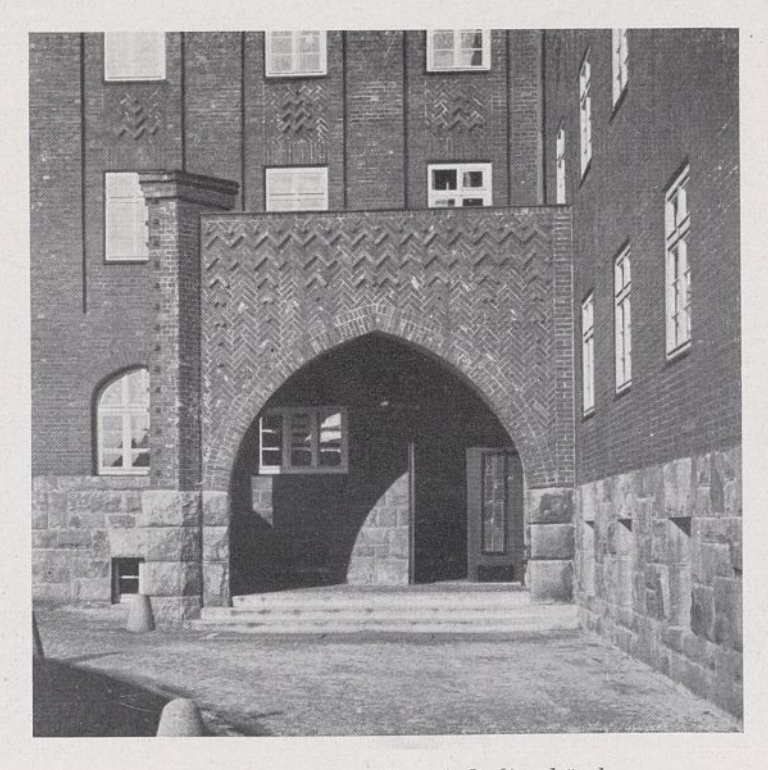


Abb. 55. Bochum. Bereitschaftsgebäude, Eingangshalle.

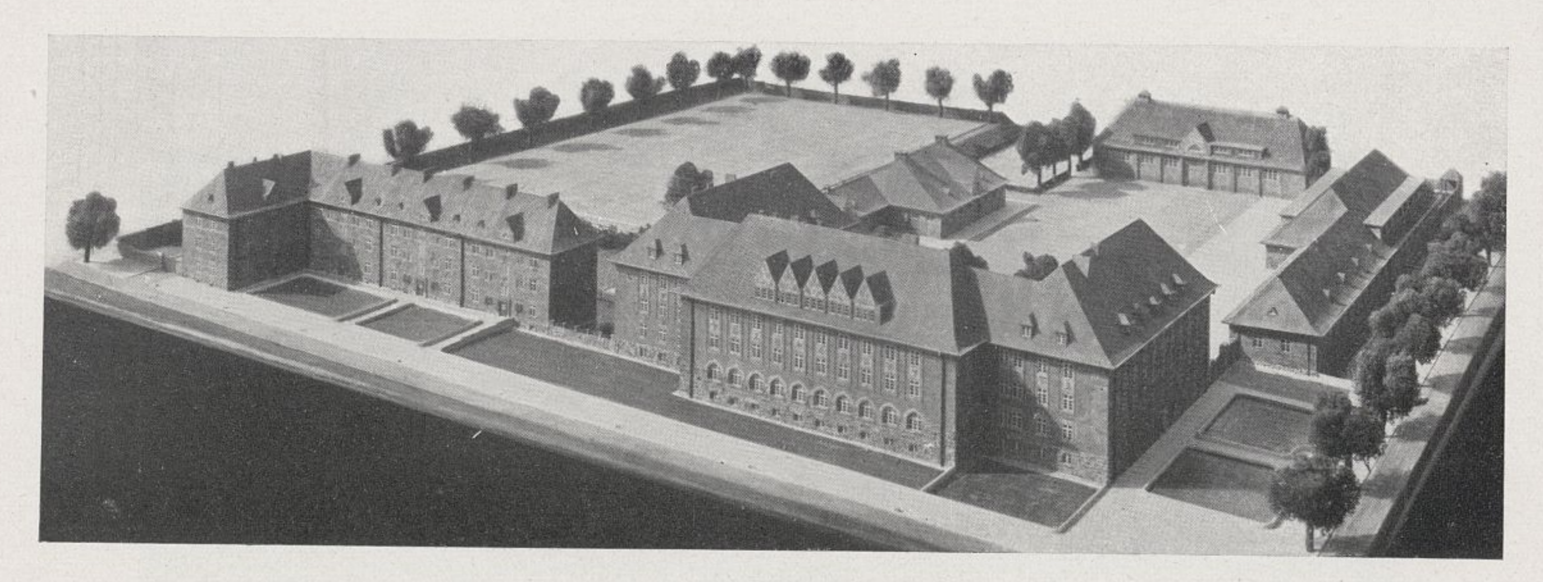


Abb. 56. Bochum. Modellübersicht.

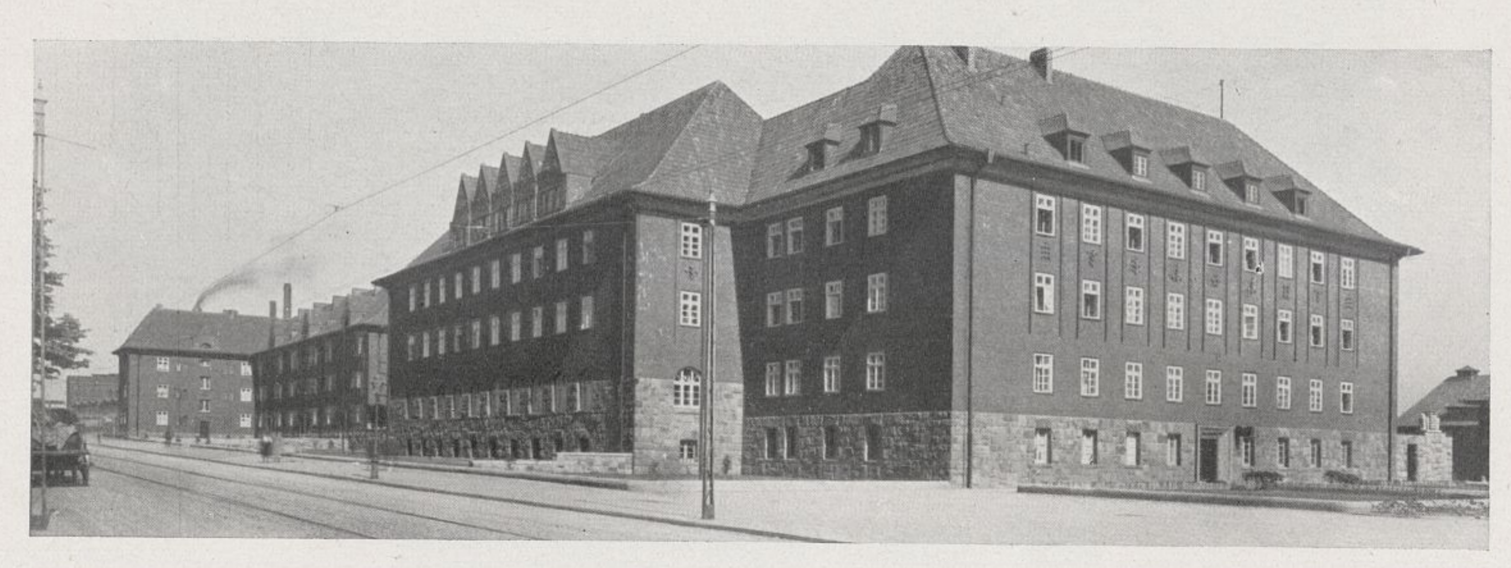


Abb. 57. Bochum. Gesamtansicht.



Abb. 58. Bochum. Bereitschaftsgebäude, Hofansicht.

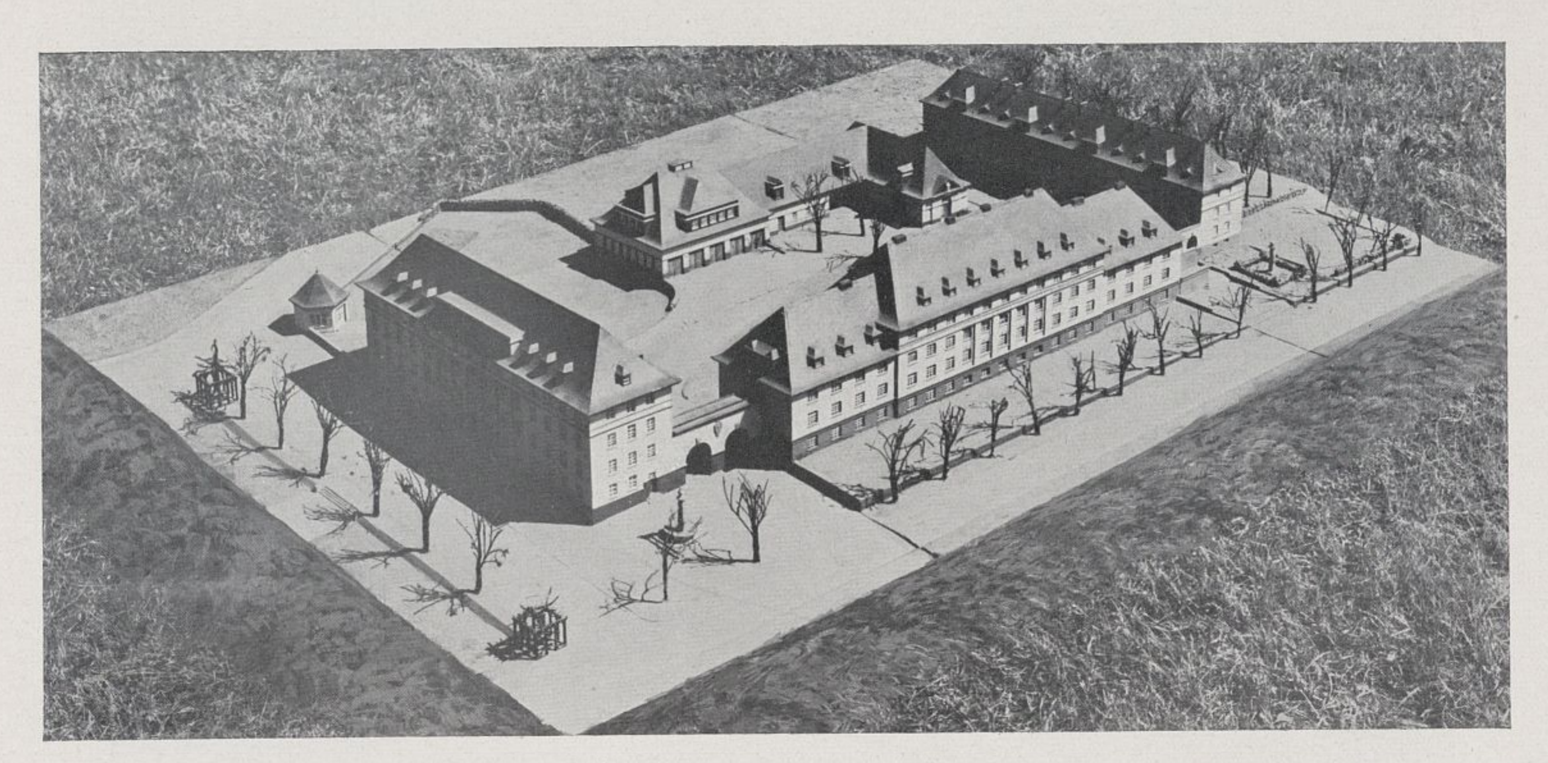


Abb. 59. Remscheid. Modellübersicht.

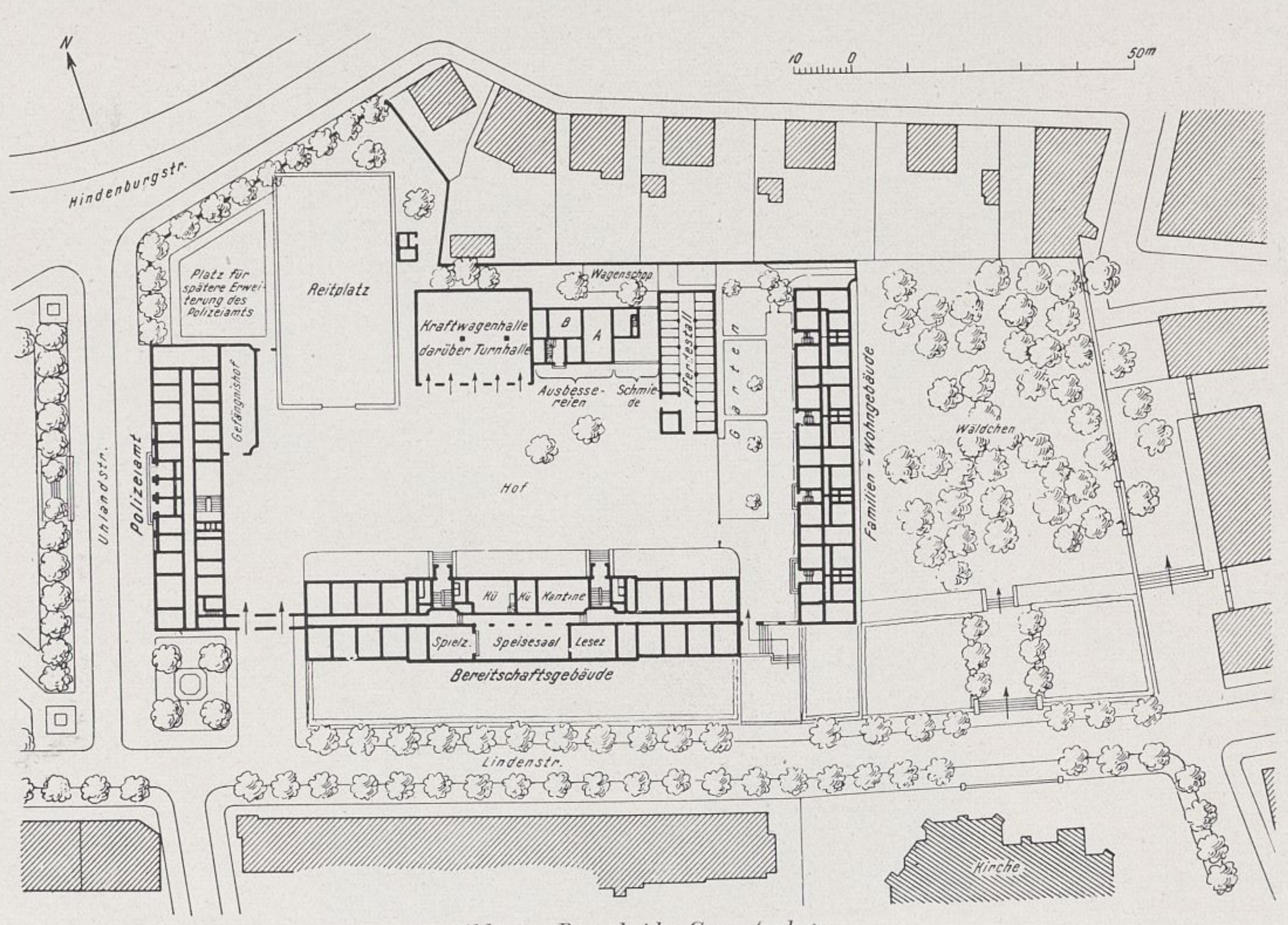


Abb. 60. Remscheid. Gesamtanlage.

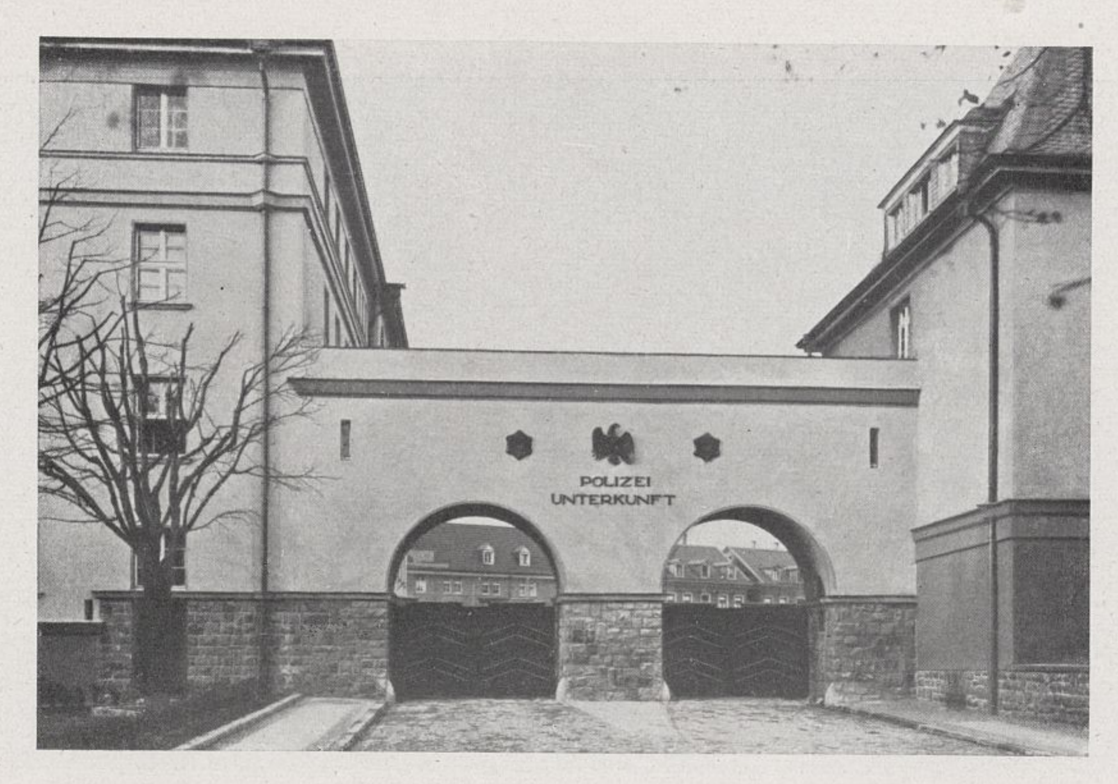


Abb. 61. Remscheid. Haupteingang.



Abb. 62. Remscheid. Bereitschaftsgebäude.



Abb. 63. Remscheid. Bereitschaftsgebäude, Hofansicht.

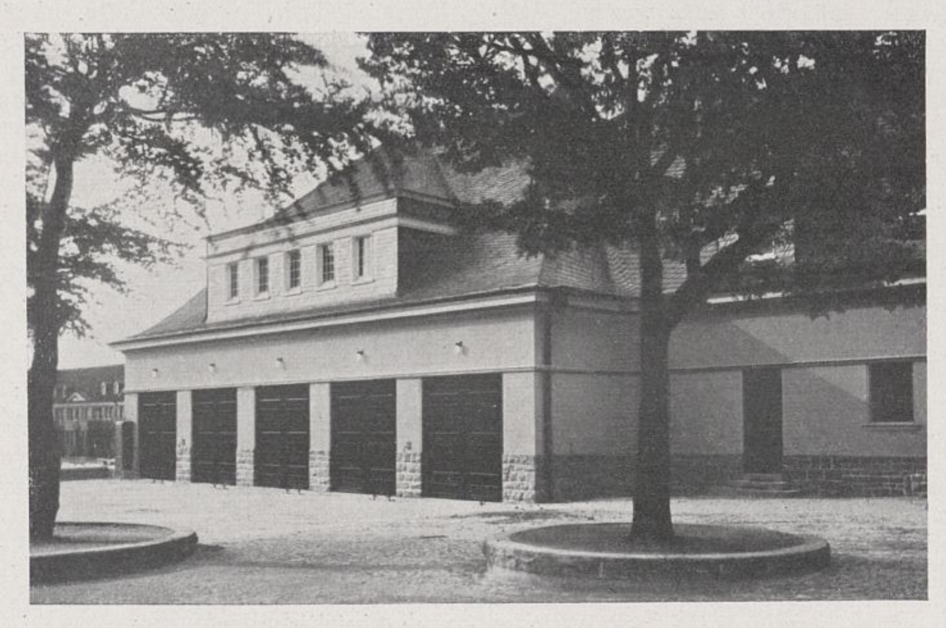


Abb. 64. Remscheid. Kraftwagenhalle.

polizei und auf deren Unterbringung an bestimmter Stelle der Stadt, so wurde der Platz mehr oder minder kostenlos hergegeben. In anderen Fällen mußte gekauft werden, etwa weil die Stadt es sich erlauben konnte, sich dem Fiskus gegenüber auf den rein geschäftlichen Standpunkt zu stellen, oder weil eine Stadt gemäß der damaligen politischen Einstellung ihrer Körperschaften auf die Schutzpolizei keinen Wert legte, oder auch weil ein zunächst kostenlos hergegebenes Grundstück erst durch Zukauf aus Privathand auf die unbedingt nötige Mindestgröße zu bringen war.

Bei der Aufteilung der Bauplätze wurden zunächst Straßenparzellen für ein oder zwei Familienwohngebäude und außerdem ein etwaiger Spiel- und Sportplatz abgetrennt.

Auf dem verbleibenden Grundstückskern wurden sodann die Bauten der eigentlichen Unterkunft, meist in Form der Randbebauung, angeordnet und durch Mauern verbunden, so daß eine nach außen geschlossene Bauanlage entstand, innen eine möglichst große Freifläche verblieb. Die äußere Geschlossenheit der Gesamtbauanlage, nur durch möglichst wenig Tore unterbrochen, und das Fehlen aller Hauseingänge an den Straßen ist für die Polizeiunterkünfte charakteristisch.

In die Nutzung der inneren Freifläche haben sich zu teilen:

Die Wachtmeister (fester, durchlässiger Platz zum Antreten, zur Waffenausbildung und, wenn groß genug, auch zu sportlicher Körperausbildung);

die Kraftwagen (Pflasterflächen für Ein- und Ausfahrt und zum Wagenwaschen);

die Pferde (befestigter Platz zum Putzen, Dungstätte, gegebenenfalls Reitplatz).



Abb. 65. Remscheid. Verbindung von Bereitschaftsgebäude und Wohngebäude.

Die Aufteilung hat so zu geschehen, daß der Platz für die Beamten möglichst groß bleibt, daß die teuren Zufahrten für die Kraftwagen möglichst kurz werden, daß die Plätze des Kraftwagen- und des Pferdebetriebs möglichst klar voneinander getrennt zu liegen kommen und daß die Verkehrslinien der drei Nutznießer sich möglichst nicht kreuzen.

Dieser Dreiteilung entsprechend, gestaltete sich die Gruppierung der Bauten der geschlossenen Unterkunft im allgemeinen wie folgt:

Ein meist dreigeschossiges, sogenanntes Bereitschaftsgebäude vereinigt alle Räume, in denen die Beamten wohnen, schlafen, verpflegt, unterrichtet, verwaltet werden.

Eine andere Bauanlage vereinigt in der Regel die Kraftwagenhalle mit den gesamten technischen Betriebsräumen, nämlich den Ausbessereien für Fahrräder und Wirtschaftsgegenstände, für Waffen und für Kraftfahrzeuge, und nimmt im ausgebauten Dachgeschoß die Räume für Leibesübungen (Turnhalle, Boxraum, Umkleideraum) auf. Da fast alle diese Räume mehr oder minder beheizt werden müssen, lag die Zusammenlegung schon im Interesse bequemer Anordnung einer gemeinschaftlichen Zentralheizung.

Eine dritte Baugruppe pflegt zu umfassen den Pferdestall, die Beschlagschmiede, einen etwaigen Krankenstall nebst Operationsraum und manchmal noch eine Reithalle.

Ließen sich die Familienwohnhäuser auf besonderen Parzellen von der eigentlichen Unterkunft klar abtrennen, so bekamen sie die Hauseingänge von der Straße her. War das wegen Beengtheit des Grundstücks nicht möglich oder lagen entsprechende Wünsche der Schutzpolizeit vor, dann wurden die Familienwohngebäude in die allgemeine Einfriedigung mit einbezogen und bekamen ihre Hauseingänge vom Hofe her, wodurch der bei Straßeneingängen unvermeidliche besondere Hofausgang gespart wurde.

Ueber die architektonische Gestaltung wäre etwa zu sagen:

Es handelt sich in der Mehrzahl um Putzbauten, nur die Unterkünfte Bochum, Duisburg, Hamborn und Bottrop sind in Ziegelrohbau ausgeführt.

Bei den scharf umrissenen und zugleich vielgestaltigen Bauprogrammforderungen und dem Zwange, bei der Gruppierung und Gestaltung der Bauten die praktischen Erfordernisse voranzustellen und zur Kostenersparnis auf größte Raumausnutzung zu halten, blieb für freies bauliches Gestalten wenig Raum. Auf streng durchgeführte Symmetrie der Gesamtanlage, wie sie z. B. noch bei älteren, sich eines sehr einfachen Raumprogramms erfreuenden Kasernenanlagen vorkommt, mußte verzichtet werden. Man mußte sich damit begnügen, bei dem Aufbau der Straßentrakte den städtebaulichen Gegebenheiten gerecht zu werden, die Massen möglichst gut zueinander abzustimmen und die Nebengebäude im wesentlichen nach den praktischen Anforderungen anzuordnen.

Dem Nutzcharakter der Bauten entsprechend wurde Einfachheit der Flächengliederung erstrebt und bei den Putzbauten von architektonischen Formen im Sinne der Ueberlieferung nur sparsamer, die Einzelheiten möglichst vereinfachender Gebrauch gemacht; bei den reinen Backsteinbauten wurden die gliedernden und belebenden Formen nur aus dem Ziegelmaterial selbst entwickelt; von Formsteinen und anderen keramischen Erzeugnissen wurde grundsätzlich abgesehen.

Bei der Grundrißgestaltung der Hauptgebäude wurde auf jede praktisch nicht begründete Raumentfaltung verzichtet; es finden sich weder größere Flurerweiterungen noch Eintrittshallen.

Jede Unterkunft trägt an sichtbarer Stelle in Bronzeausführung:

einen preußischen Adler, etwa 1,0 × 0,90 m groß, modelliert vom Bildhauer Schmidt-Kestner, jetzt Professor in Königsberg.

ferner die Aufschrift „Polizeiunterkunft" in klarer Antiqua und

zwei „Polizeisterne", erstmalig für die große Polizeiausstellung Berlin 1926 von Professor Böhm, Charlottenburg, geschaffen und seitdem als besonderes Wahrzeichen der preußischen Polizei allgemein eingeführt.

Die Bauverwaltung hat Wert darauf gelegt, mit den betreffenden Stadtverwaltungen wegen der städtebaulichen Gestaltung der vielfach an hervorragender Stelle stehenden Bauanlagen von vornherein Fühlung zu nehmen mit dem Erfolge, daß die maßgebenden städtischen Instanzen es im Bedarfsfalle an Entgegenkommen nicht fehlen ließen und die Neubauten als erwünschte Bereicherung ihres Stadtbildes betrachteten.

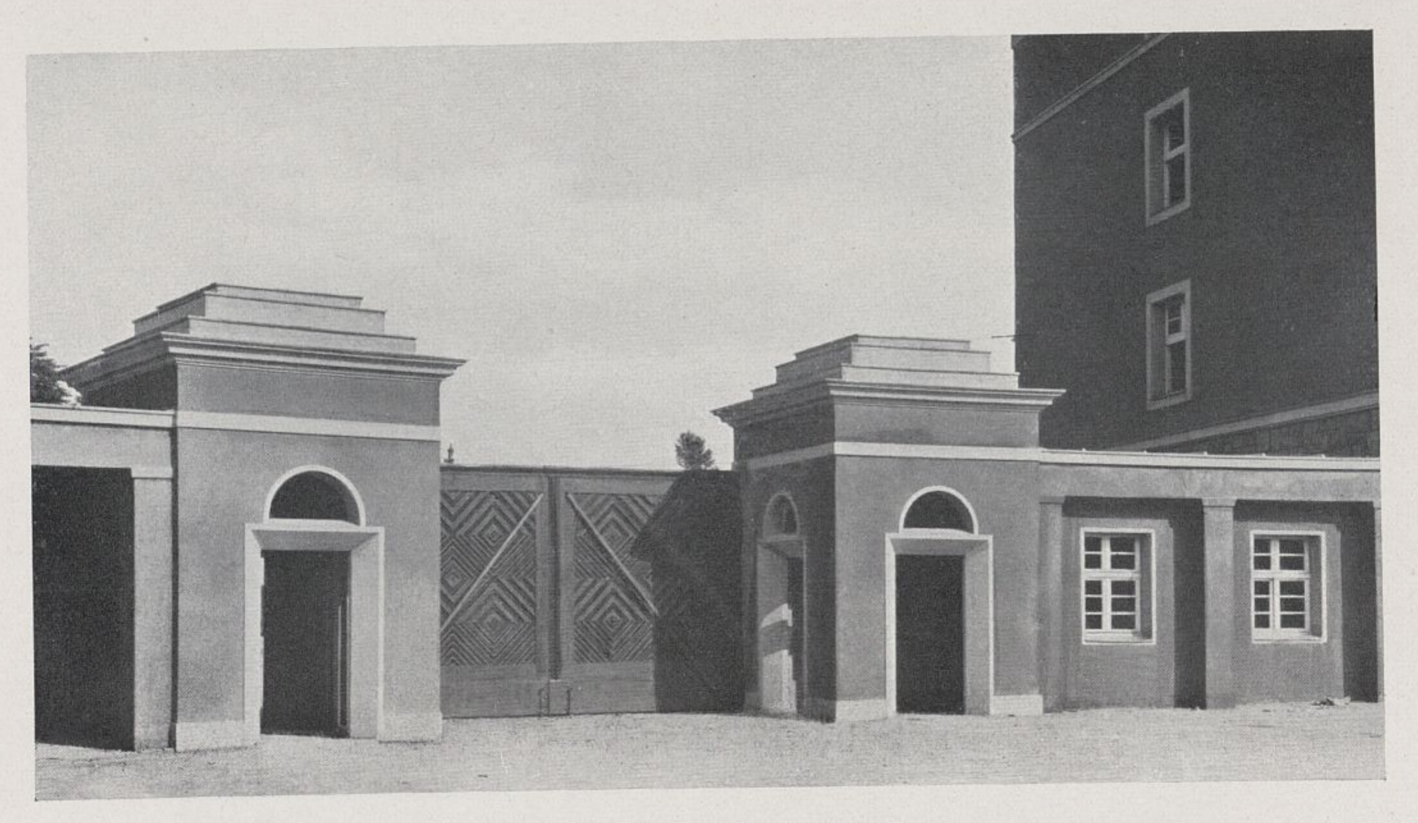


Abb. 66. Barmen. Haupteingang.

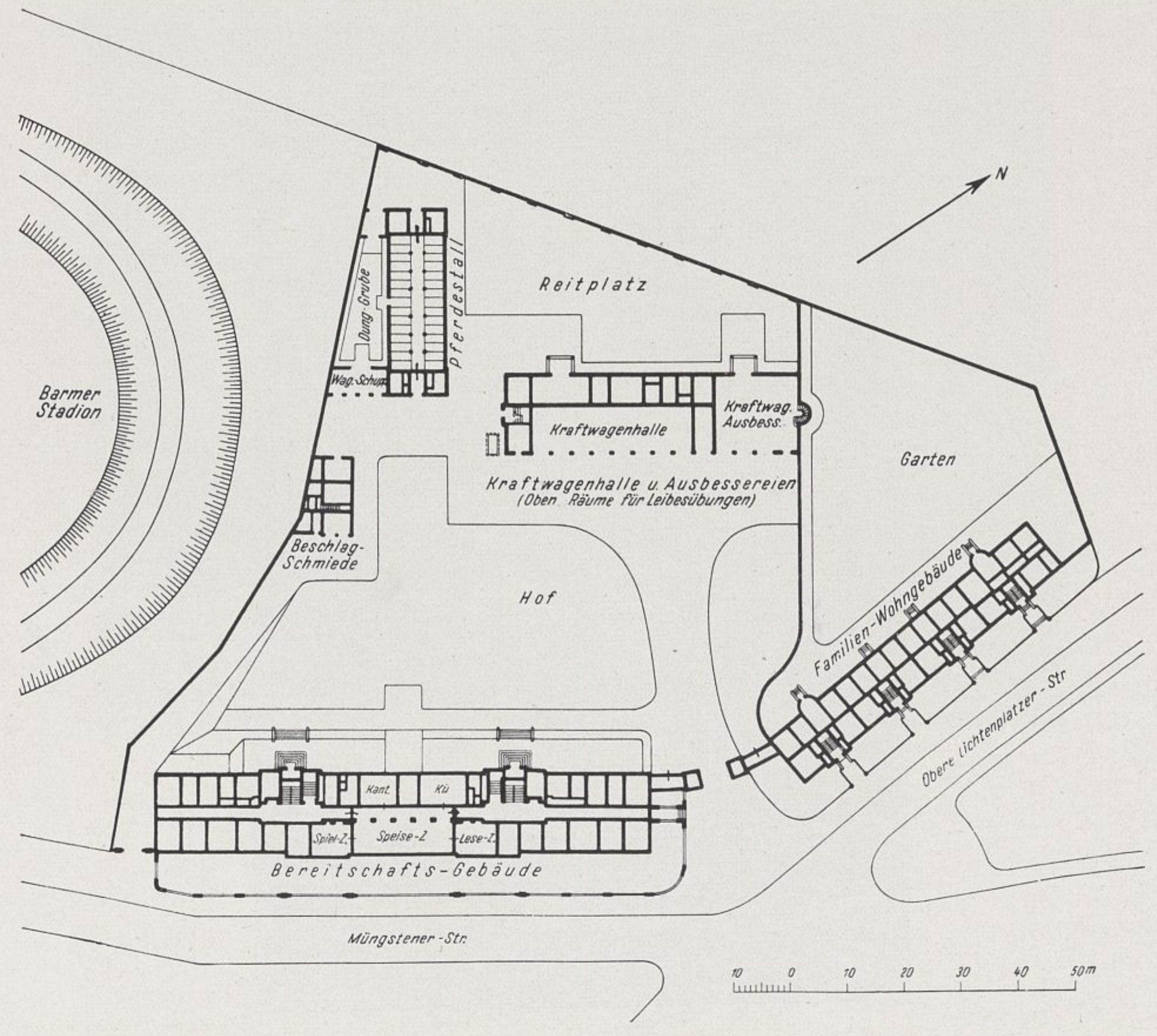


Abb. 67. Barmen. Gesamtanlage.



Abb. 68. Barmen. Werkstättengebäude.

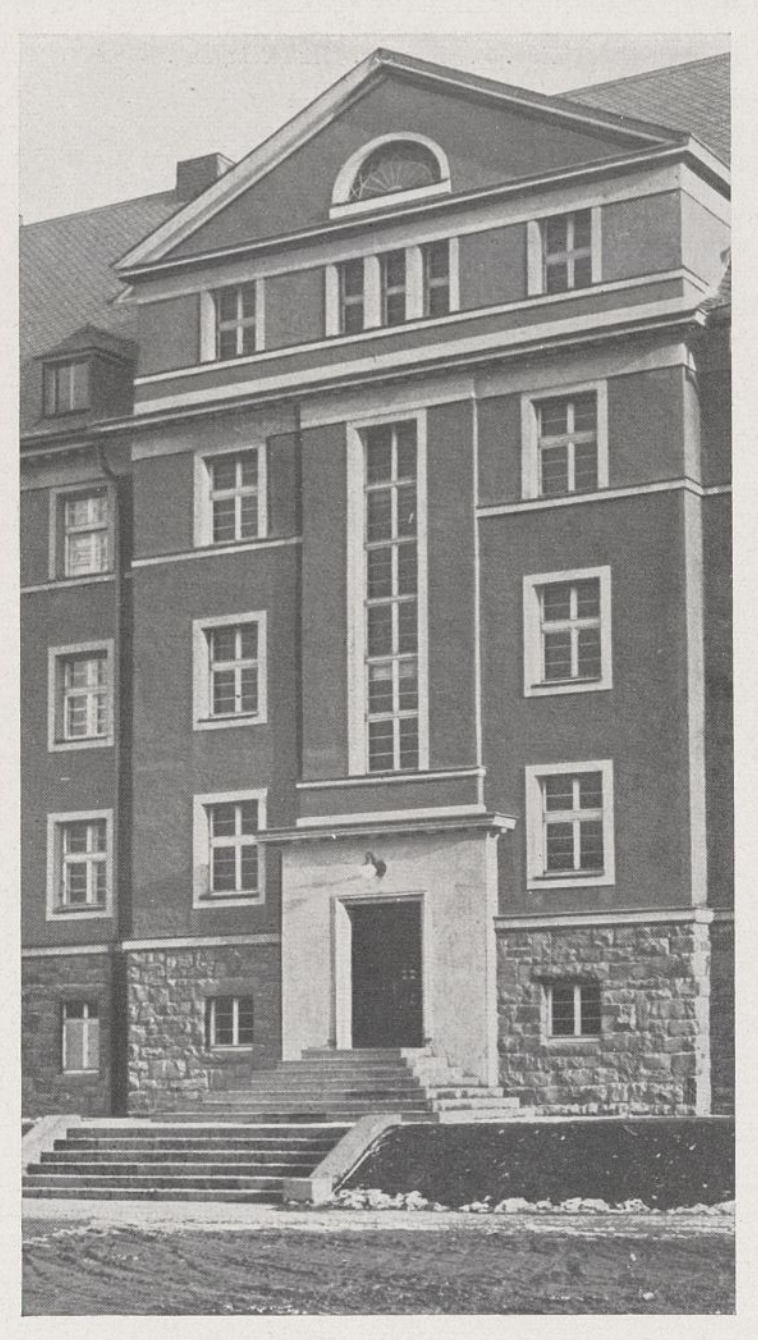


Abb. 69. Barmen. Bereitschaftsgebäude, Hofansicht.

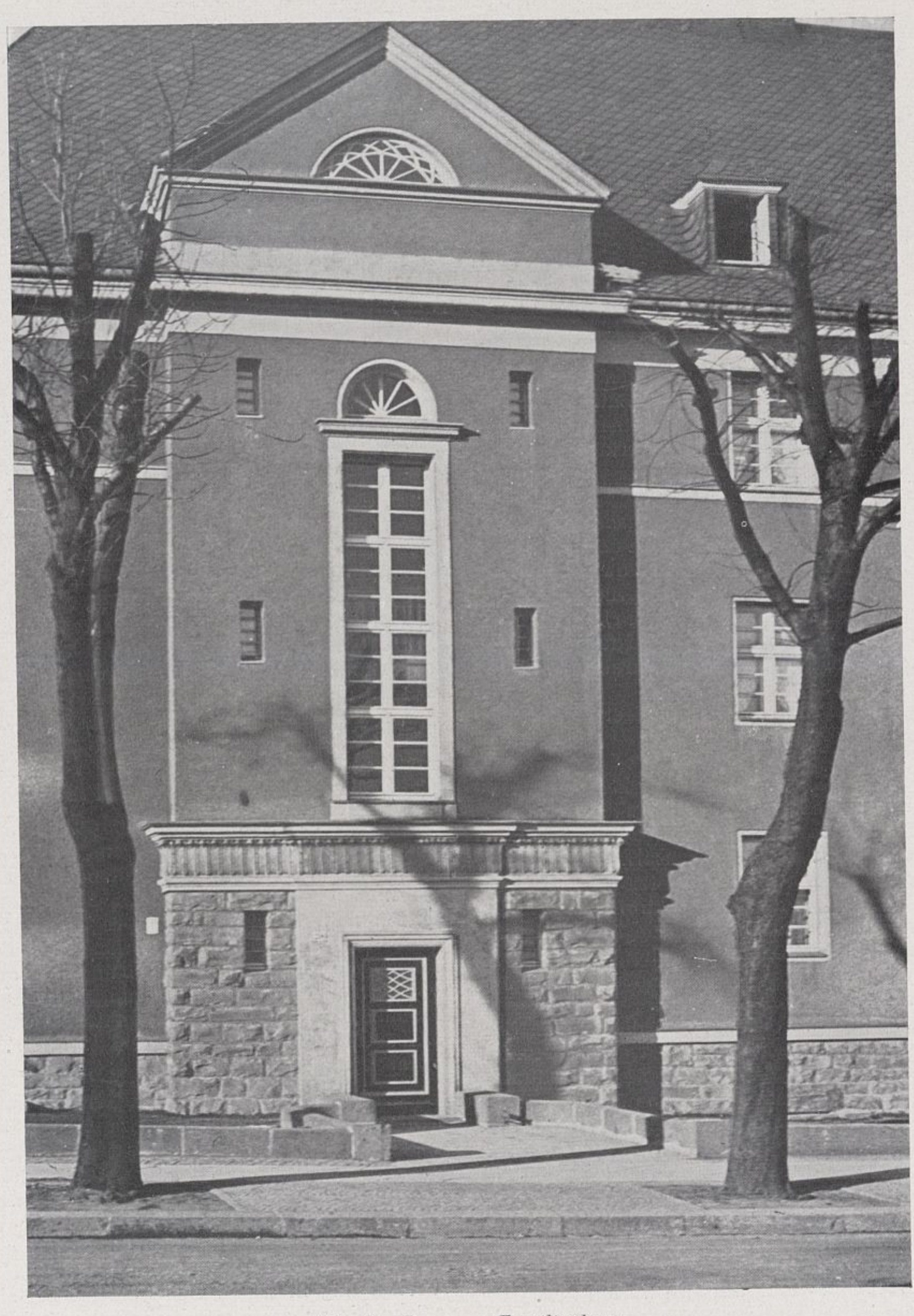


Abb. 70. Barmen. Familienhaus.

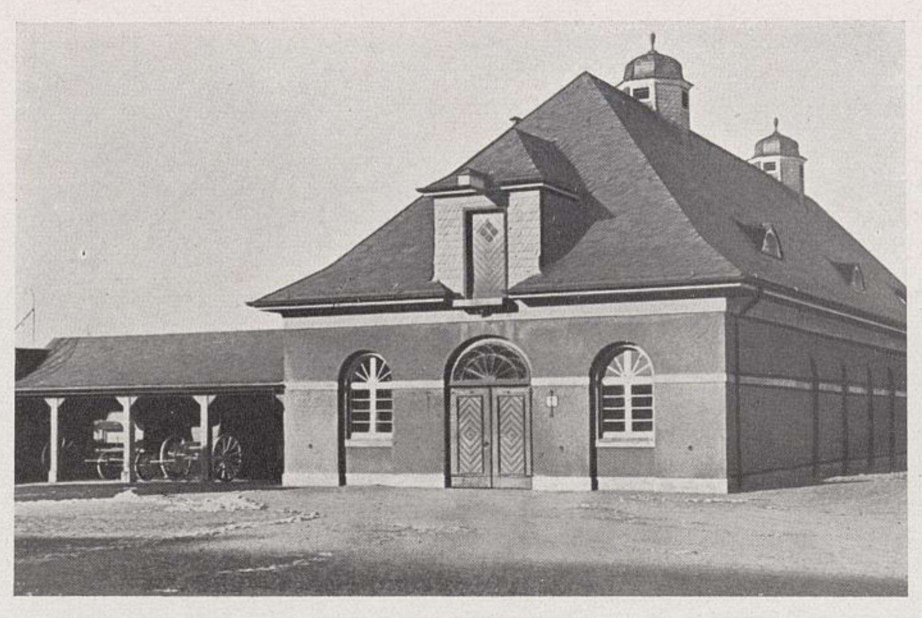


Abb. 71. Barmen. Pferdestall.

V. Ausgeführte Neubauanlagen.

Die folgenden Einzeldarstellungen geben die Anordnung der Bauten auf den verschiedenen Baustellen und sollen das Typische wie die Besonderheiten der jedesmaligen Lösung zeigen. Neue Polizeiunterkünfte haben bis jetzt erhalten:

Im Westen:

Dortmund, Bochum (Regierungsbezirk Arnsberg, Dezernent Regierungs- und Baurat Steffen).

Remscheid, Barmen, Duisburg, Hamborn (Regierungsbezirk Düsseldorf, Dezernent der damalige Regierungs- und Baurat Schräder).

Im Bau: Bottrop und Buer (Regierungsbezirk Münster, Dezernent Oberregierungs- u.-baurat Borchers).

In Mitteldeutschland:

Suhl (Regierungsbezirk Erfurt, Dezernent Regierungs- und Baurat Maier).

Im Osten:

Waldenburg N. S. (Regierungsbezirk Breslau, Dezernenten Regierungs- und Baurat Bernstein, später Regierungs- und Baurat Künzel).

Hindenburg O. S. (Regierungsbezirk Oppeln, Dezernent der damalige Regierungsbaumeister Krimmer).

Die 1924/25 errichtete Polizeiunterkunft Lauenburg i. P. unweit des polnischen Korridors (Regierungsbaurat Fritzel, Regierungs- und Baurat Goehrts) mußte infolge der Umgestaltung der Polizei wieder aufgegeben und anderen Zwecken zugeführt werden.

Wenn früher gesagt worden ist, daß der Beginn der Bauausführungen oftmals beschleunigt werden mußte, so kann bei manchen der folgenden Bauten die verhältnismäßig lange Bauzeit auffallen. Sie hat dann ihren Grund nicht nur in der mehr oder minder langen Stillegung der Bauten bei Einführung der festen Währung nach dem November 1923, sondern vor allem darin, daß die Entscheidung über wesentliche Organisationsfragen und die damit zusammenhängende endgültige Verteilung der berittenen Schutzpolizei und der Kraftwagen infolge der schwebenden Verhandlungen mit der interalliierten Militärkontrollkommission vielfach monatelang auf sich warten ließ.

Bei Würdigung der Neubauanlagen wolle auch bedacht werden, daß die unter dem Zwang der Umstände beschafften Bauplätze nach Größe und Form nicht immer allen Anforderungen entsprachen und daß nachträgliche Bauprogrammänderungen infolge von Ententeforderungen oder veränderten Anschauungen der maßgebenden Behörden manchmal recht störend in die Bauausführung eingriffen und die ursprüngliche Planabsicht trübten. Daher können die folgenden Baudarstellungen nicht den Anspruch erheben, Musterbeispiele abzugeben; sie sollen nur zeigen, was geleistet worden ist, und Anregung geben für künftige Bauten ähnlicher Art.

DORTMUND.

Diese größte und älteste aller Neubauanlagen, im Vorort Wambel gelegen, wurde 1921 für sechs „Hundertschaften" begonnen, und zwar nach Plänen und unter Leitung der Stadt Dortmund (Stadtbaurat Kullrich), die sie dem Fiskus zu vermieten beabsichtigte. Als die Inflation kam, trat die Stadt von der Vereinbarung zurück, so daß der Staat die weitere Finanzierung übernehmen mußte. Die Bauleitung wurde der Stadt belassen, aber unter der Oberaufsicht des Preußischen Hochbauamts Dortmund (Regierungsbaurat Scheibner), das sich auch sonst um die Unterbringung der Schutzpolizei im Regierungsbezirk Arnsberg besonders verdient gemacht hat. Die eben fertige Unterkunft besetzten im Januar 1923 die Franzosen, die alsbald auf Reichskosten und zum Teil nach eigenen Angaben eine Reihe umfangreicher Ergänzungsbauten für ihre Kavallerie ausführen ließen, darunter die bisher fehlende Reithalle. Bis Mitte 1925 war mit dem übrigen Ruhrgebiet auch diese Unterkunft in fremden Händen.

Es ist vom baulichen Standpunkt zu bedauern, daß diese weitaus größte aller Neubauanlagen zugleich die erste war, daß sie zu einer Zeit begonnen werden mußte, als weder über die endgültige Organisation der Schutzpolizei noch über das Raumprogramm einer Unterkunft volle Klarheit herrschte und herrschen konnte, daß Erfahrungen aus kleineren Neubauausführungen noch nicht vorlagen und daß die Ergänzungsbauten aus der Zeit der Feindbesatzung sich nicht organischer eingliedern ließen. Diese Unterkunft entspricht daher nur z. T. den in den vorangegangenen Abschnitten entwickelten Richtlinien.

Die Stadtbauverwaltung Dortmund hat damals im Benehmen mit der Staatsbauverwaltung gleichwohl geleistet, was nach Lage der Verhältnisse zu leisten war (Abb. 51 u. 52). Der kleine Lageplan erläutert die Gesamtanlage. Hierzu sei noch bemerkt: Für die Verwaltung, die unverheirateten Beamten, die Verpflegungs- und Erholungszwecke sowie für die Krankenstuben sind getrennte Bauten errichtet, ein auch heute noch richtiger Gedanke, da die Vereinigung in einem Gebäude nur bei einer Belegungsstärke bis zu zwei Bereitschaften möglich und praktisch ist. Das Verwaltungsgebäude hat seinen Eingang unmittelbar von der Straße. Bemerkenswert ist im Wirtschaftsgebäude die große Kochküche mit zentral im Raum stehendem Schornstein und ringsum gruppierten freistehenden Kochkesseln. Für einen Teil der verheirateten Beamten ist nachträglich am hinteren Rande des Sportplatzes ein besonderes Wohngebäude errichtet worden, während die Mehrzahl der Familien in den einzelnen Blocks mituntergebracht ist.

Die Unterkunft hat kürzlich die Bezeichnung „Polizeiunterkunft Staatssekretär Dr. Abegg" erhalten.



Abb. 72. Duisburg. Straßenansicht.

Abb. 73. Duisburg. Gesamtanlage.

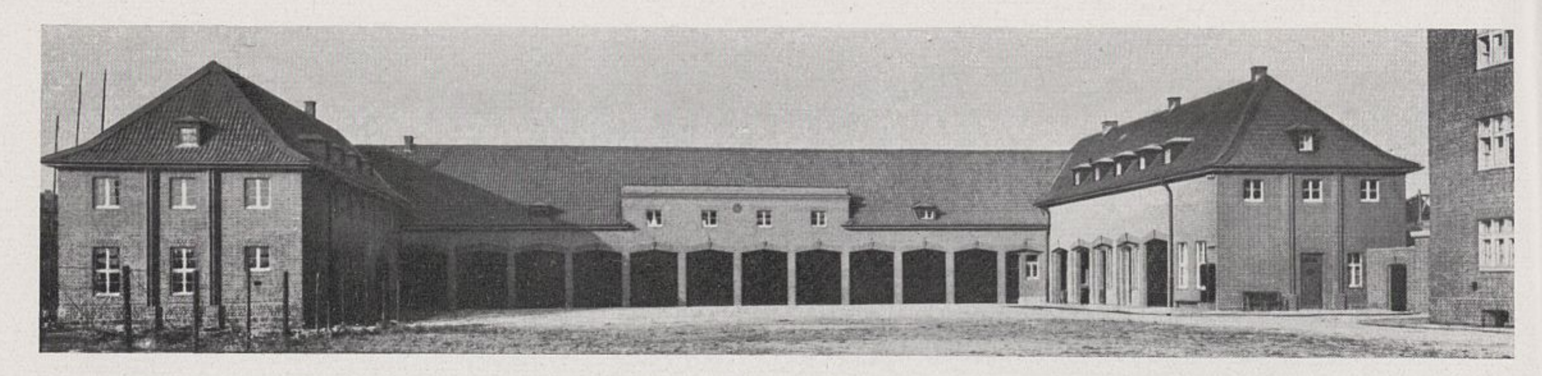


Abb. 74. Duisburg. Nebengebäude.

BOCHUM.

Erbaut in der Hauptsache 1925 bis 1926 für 173 Wachtmeister, 46 Pferde und 18 Kraftwagen. Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaumeister M e y e r.

Diese Unterkunft, am Rande des bebauten Stadtgebiets belegen, verfügt über eine besonders große Grundfläche von zusammen 26 500 qm einschließlich der Vorgärten. Die Anordnung der Gebäude und aller erwünschten Freiflächen begegnete hier ausnahmsweise keinen Schwierigkeiten. Wohl wegen dieses bevorzugten Charakters erhielt die Unterkunft bei der Einweihung durch den jetzigen Minister des Innern, Herrn G r z e s i n s k i, die Bezeichnung „Polizeiunterkunft Staatsminister Severing" zur Erinnerung an den Minister, der zugleich mit dem damaligen Ministerialdirektor Dr. A b e g g als der Schöpfer der preußischen Schutzpolizei zu gelten hat.

Die Größe des an zwei Hauptverkehrsstraßen liegenden quadratischen Eckgrundstücks von etwa 163 × 163 m gestattete, die Straßenfronten mit bewußter Berechnung auf den Anblick von der Stadt her hinter großen Grünstreifen kräftig zu staffeln. Wie der ausführliche Lageplan (Abb. 53) zeigt, umschließen das Hauptgebäude, die Kraftwagenhalle mit Ausbessereien, die Stallanlagen und die Reithalle nebst Reitplatz einen großen Hof, von dem aus sämtliche Gebäude zugänglich sind. Die straßenseitigen Zwischenräume der einzelnen Gebäude sind in üblicher Weise durch Mauern geschlossen und nur eine Einfahrt führt auf das Unterkunftsgrundstück (Abb. 54, 56 u. 57).

Weiter hinten an der Castroper Straße liegt die mit Gartenland ausgestattete Wohnhausgruppe für die verheirateten Beamten, klar getrennt von der eigentlichen Unterkunft. Das Hinterland nimmt ein besonderer, etwa 68 × 112 m großer Spiel- und Sportplatz ein.

Das Hauptgebäude gliedert sich, wie der Erdgeschoßgrundriß zeigt, in den Mittelbau mit den Gemeinschaftsräumen und die beiden Flügel mit den Räumen der unverheirateten Wachtmeister. Die aus grundrißtechnischen Gründen sich ergebende, architektonisch an sich ungünstige Lage der Hofeingänge in den einspringenden Ecken gab Anlaß, aus der Not eine Tugend zu machen und diese Eingänge durch kräftige Vorhallen besonders zu betonen. (Abb. 55 u. 58.) Im Untergeschoß an der Ziegelstraße wurde ein Polizeirevier mit unmittelbarem Eingang von der Straße untergebracht. Die Wachtmeisterstuben sind nach dem zweifenstrigen Typ, also für fünf Beamte angelegt. Der Gebäudesockel ist mit dem verhältnismäßig billigen Ruhrkohlensandstein verblendet.

In dem Nebengebäude an der Ziegelstraße enthält der tiefere Teil die Kraftwagenhallen für zweireihige Wagenaufstellung und darüber die Turnhalle, der schmale Bauteil die drei Ausbessereien.

In dem gegenüberliegenden Nebengebäude enthält der tiefere Teil einen vierreihigen Pferdestall für 46 Einzelstände und drei größere Laufstände, der schmale Bauteil die Beschlagschmiede, einen kleinen Absonderungsstall und einen chirurgischen Krankenstall mit Operationsraum und Zubehör.

Die Reithalle als Abschluß des Hofes hat die üblichen inneren Bandenlichtmaße von 17 × 37 m.

Die Familienwohnhausgruppe enthält im Langflügel dreiräumige, im kürzeren Querflügel vierräumige Wohnungen in den vorschriftsmäßigen Abmessungen. Zwei

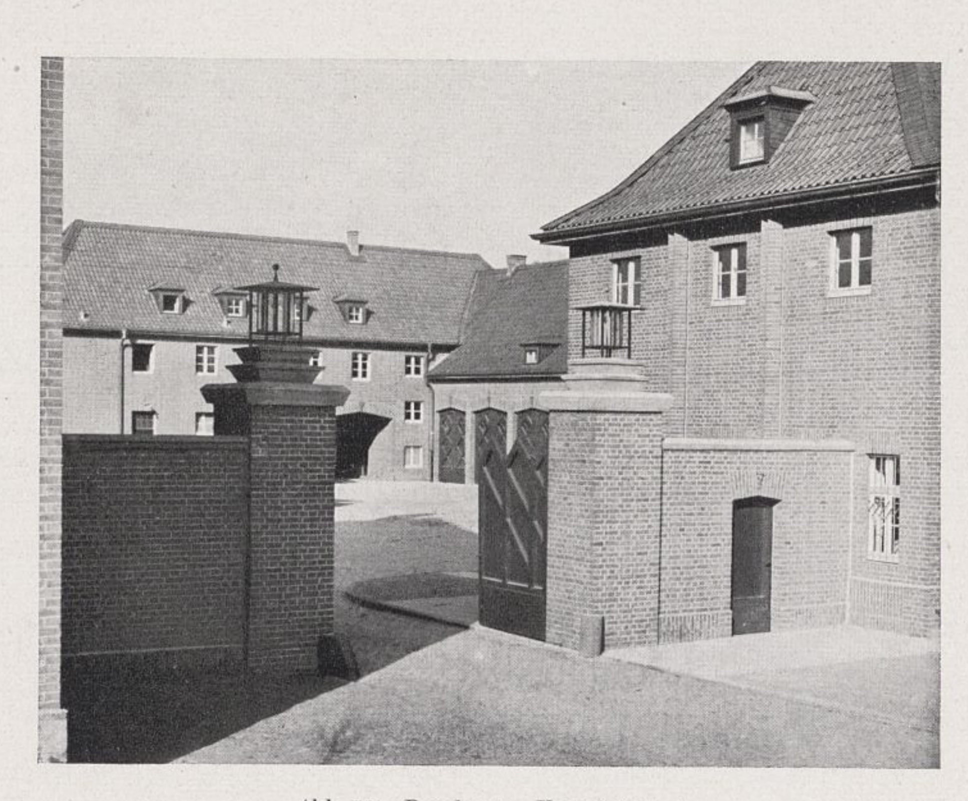


Abb. 75. Duisburg. Haupteingang.

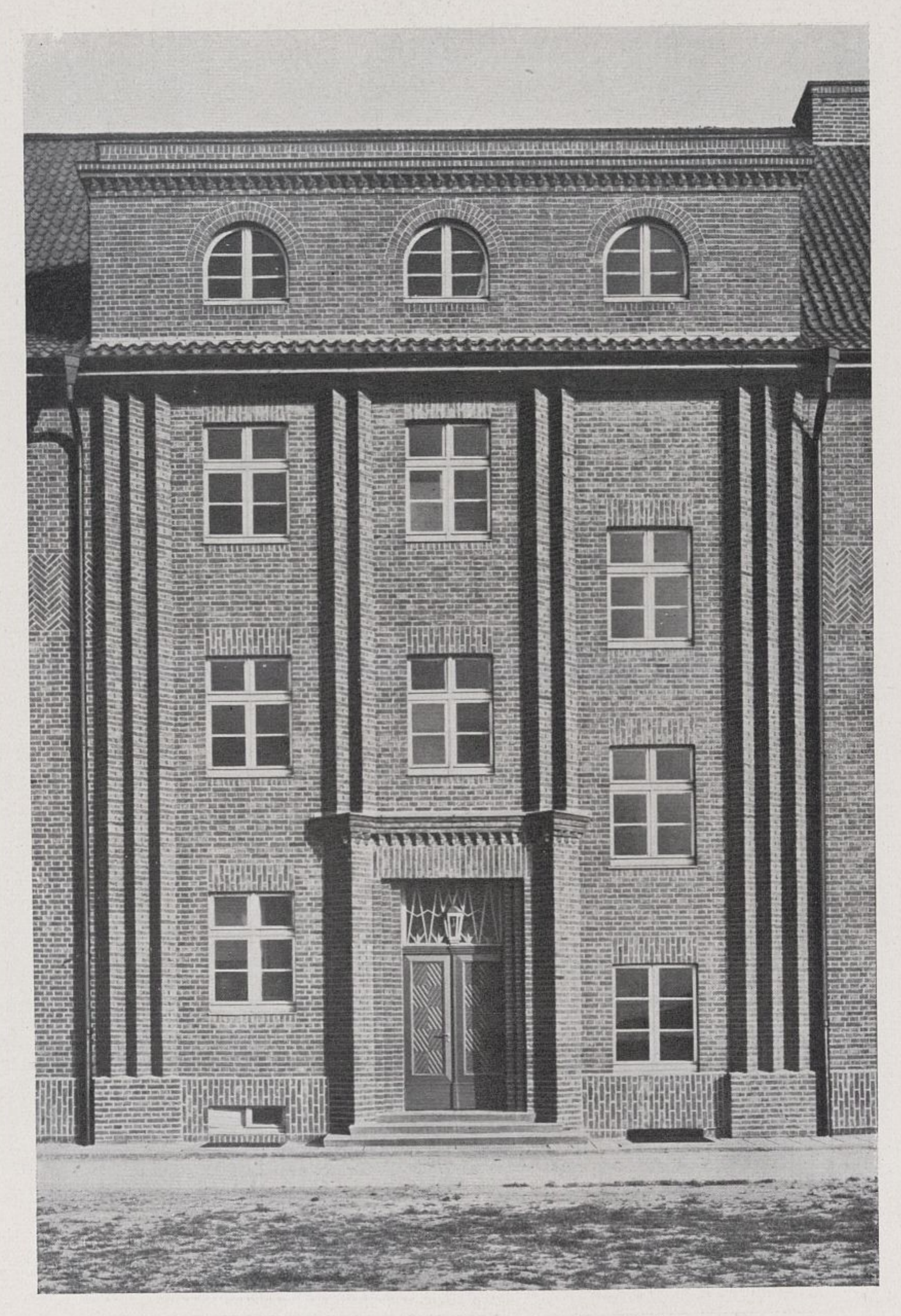


Abb. 76. Duisburg. Bereitschaftsgebäude, Hoffront.



Abb. 77. Hamborn a. Rh. Haupteingang.

Offener Reitplatz
Wirtschafts Gärten
Bleiche
Hof
Familienwohnhaus II
Vorführungsbahn
N
Bereitschaftshof
Bereitschaftsgebäude
Inspektor
Speisesaal
Spielz.
Wohnung
Kü
Kant.
Lesez.
Fahnenmasten
Pferdestall
Krankenstall
Dungr.
Pferdehof
Reithalle
Beschlagschmiede
B
A
Wagen
Ausbessereien
Arbeitshof
C
Kraftwagenhof
Kraftwagenhalle
Wirtschafts Gärten
Hof
Familienwohnhaus I
nach Holten
Straßenbahnkörper
nach Hamborn
Private Kleinwohnungen des öffentlichen Baumarktes
10 5 0 40m

Abb. 78. Hamborn a. Rh. Gesamtanlage.

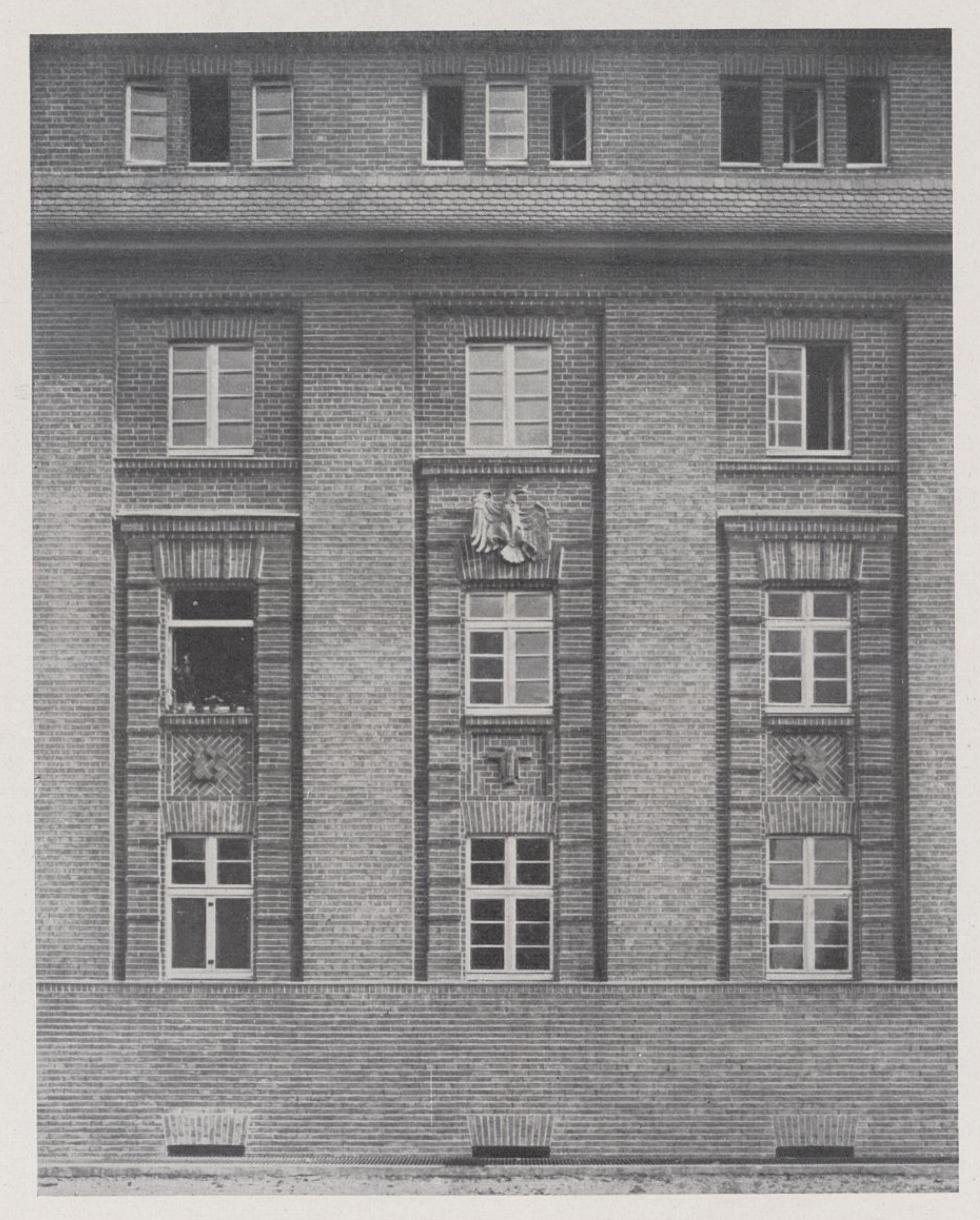


Abb. 79. Hamborn a. Rh. Bereitschaftsgebäude.



Abb. 80. Hamborn a. Rh. Bereitschaftsgebäude, Hofseite.

von den 24 Wohnungen sind zu einer größeren Dienstwohnung für den Verwaltungsbeamten der Unterkunft zusammengefaßt.

REMSCHEID.

Erbaut in der Hauptsache 1924 bis 1926 für 190 Wachtmeister, 26 Pferde und 10 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaumeister Schäfer.

Der Lageplan (Abb. 60) zeigt als Besonderheit die Anlage eines Polizeiamts und einer Polizeiunterkunft auf demselben Grundstück. Die Stadt hatte einen ihrer besten Bauplätze von rd. 124 m größter Länge bei 11 500 qm Gesamtgröße mitten in der Stadt zu einem Papiermarkpreise zur Verfügung gestellt mit dem Wunsche, daß die neue Bauanlage dieser bevorzugten Lage Rechnung tragen möge. Die Abbildungen zeigen das Ergebnis (Abb. 59 bis 65 und Tafelblatt).

Bei der Aufteilung des Grundstücks wurde links das Polizeiamt, in der Mitte die Polizeiunterkunft und rechts die Familienwohnhausgruppe mit Eingängen von der Hofseite angeordnet. Vor dem Polizeiamt liegt ein freier Platz, vor der Wohnhausgruppe ein kleines Wäldchen. Die bevorzugte Lage gab Anlaß, die Einfahrt in das Grundstück zwischen Polizeiamt und Unterkunft als zweitorigen Verbindungsbau stattlich auszubilden (Abb. 61) und die Lücke zwischen Unterkunft und Familienwohnhaus unter architektonischer Auswertung des Geländeunterschiedes mit drei Bogenstellungen zu schließen (Abb. 65). Die Putzarchitektur ist zweifarbig behandelt (Flächen grünlich, Gliederungen gelbbraun) und dem regenreichen Klima entsprechend besonders sorgfältig ausgeführt (2 cm starker Zementgrundputz mit „Biber"-Zusatz, darüber 1 bis 1,5 cm starker Edelputz).

In städtebaulich wohlüberlegter Fortführung dieser Bebauung setzte die Stadt an die andere Seite des Wäldchens eine passende Wohnhausgruppe und gestaltete den Aufgang zu diesem Baumplatz durch Böschungen mit breiter Freitreppe stattlich aus.

Für die eigentliche Unterkunft standen nur etwa 9400 qm Grundstücksfläche zur Verfügung, daher müssen die Beamten ihre sportlichen Uebungen auf einem Platze außerhalb der Unterkunft vornehmen. Die gedrängte Bauanlage hat aber den künstlerischen Vorteil gezeitigt, daß der verbleibende innere Freiraum in einem architektonisch günstigeren Verhältnis zu den umgebenden Bauten steht, als es sonst der Fall zu sein pflegt. Einige alte Bäume konnten erhalten werden.

Die Bauausführung wurde verteuert durch die Notwendigkeit, die Fundamente und Keller aus dem anstehenden Felsen auszusprengen, weshalb auch nur ein Viertel des Bereitschaftsgebäudes unterkellert wurde. Im übrigen ist zu den in üblicher Weise angelegten Gebäuden für die beiden Bereitschaften und die 24 Familien nichts Besonderes zu sagen; das Polizeiamt wird später an anderer Stelle besprochen werden. Auf eine besondere Kraftfahrzeugausbesserei wurde verzichtet, weil die betreffenden Arbeiten in Barmen vorgenommen werden sollen.

Als das Haupt- und das Stallgebäude im Rohbau und Innenputz fertig waren, wurden sie für eine kleine städtische Gewerbeausstellung zur Verfügung gestellt. Der Bauleiter hat die Gelegenheit benutzt, um für die Innenausstattung seiner Bauten über das sonst Uebliche und Mögliche hinaus Vorteil zu ziehen; so wurden u. a. zwei Kamine für die Wohlfahrtsräume der Beamten und die Wandverkleidung des Offizierspeiseraumes gestiftet (Abb. 23 u. 34).

Die Abbildung des „Richtpfostens" (Abb. 98) erinnert an einen hübschen, hier wiederbelebten alten Zimmermannsbrauch. Es wird einer der Hauptdachstiele handwerksgerecht verziert und in ihn schlagen beim Richtfest Poliere, Meister und Gäste unter passenden Sprüchen je einen Holznagel ein.

Auch dieser Bau, wie der folgende (Barmen) wurde vom damaligen Minister des Innern, Herrn Severing, persönlich eingeweiht.



Abb. 81. Hamborn a. Rh. Eingangshalle.

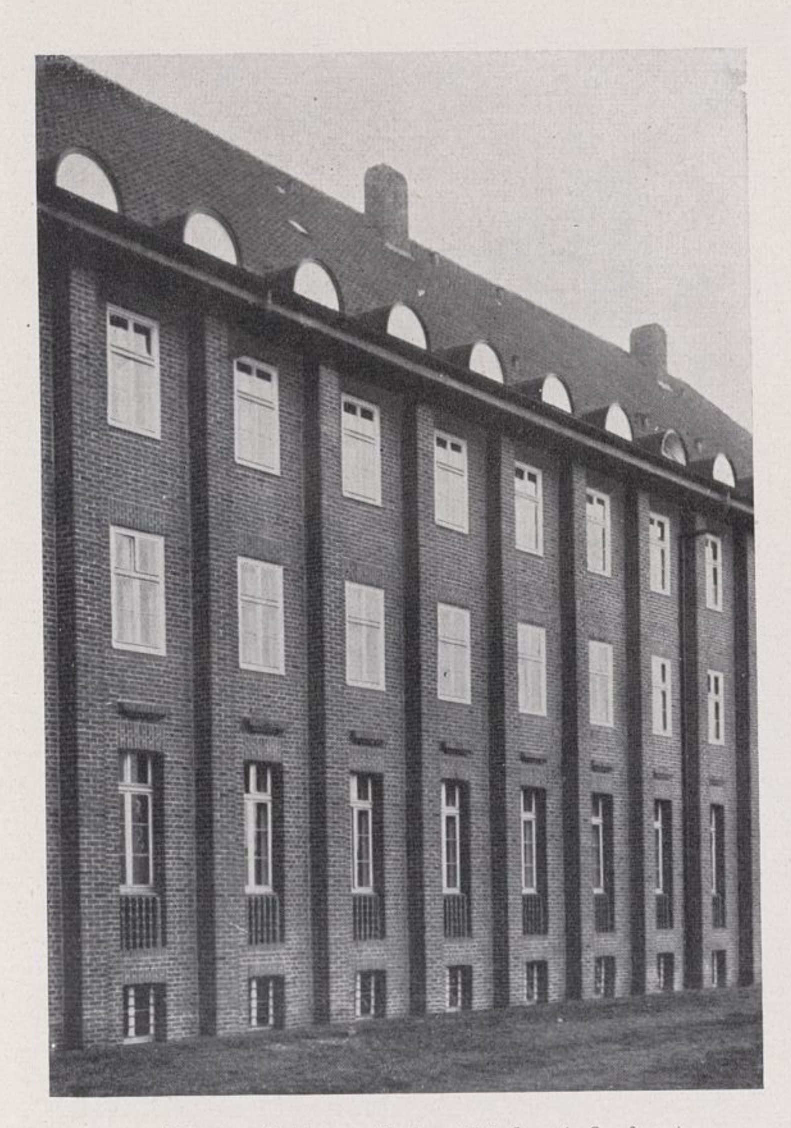


Abb. 82. Bottrop. Teilansicht der Außenfront.



Abb. 83. Bottrop. Hoffront.



Abb. 84. Bottrop. Bereitschaftsgebäude.

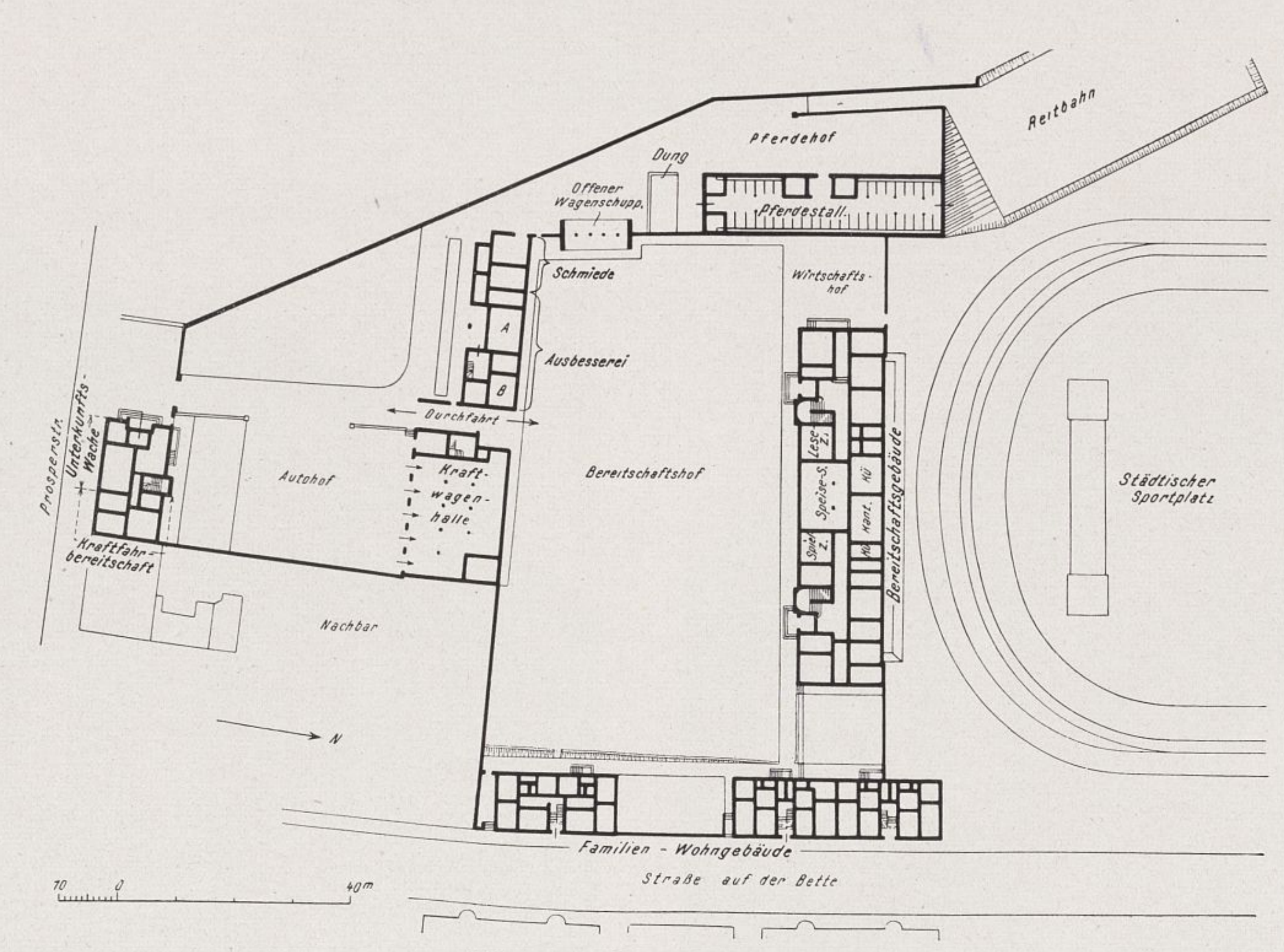


Abb. 85. Bottrop. Gesamtanlage.



Abb. 86. Buer. Bereitschaftsgebäude, Hofansicht.

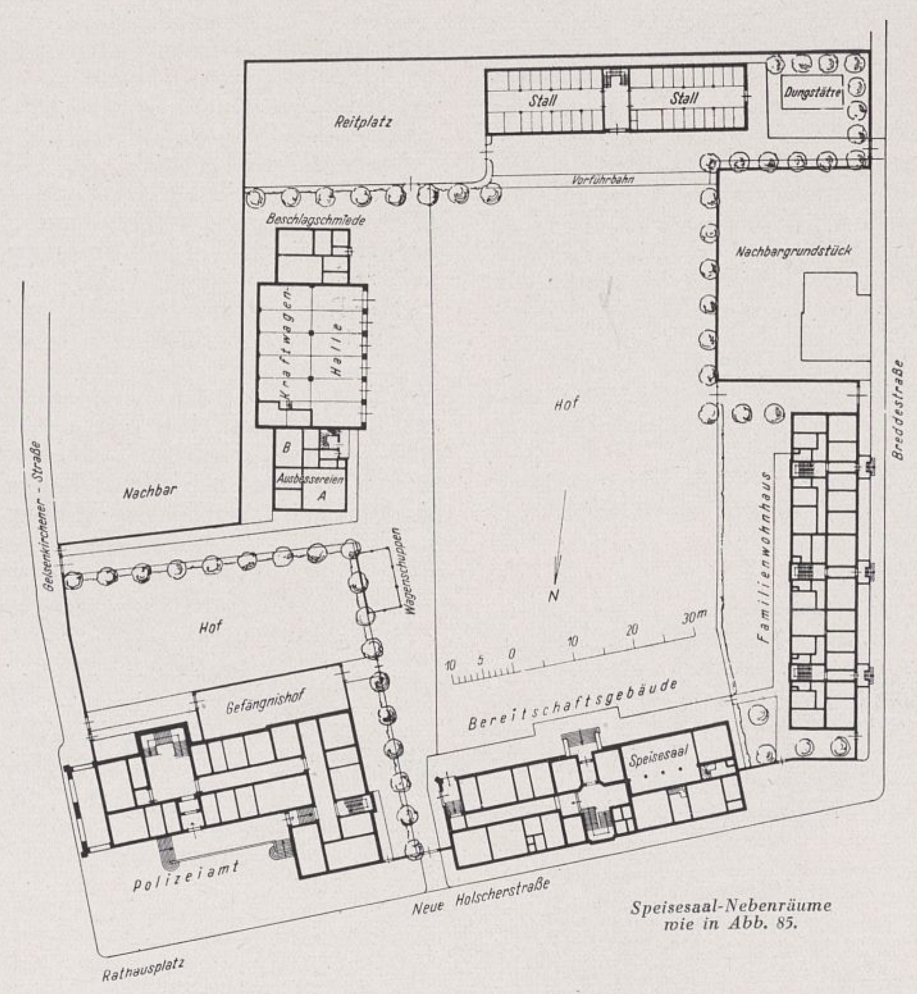


Abb 87. Buer. Gesamtanlage.



Abb. 88. Suhl i. Thür. Aufgang zur Unterkunft.

BARMEN.

Erbaut in der Hauptsache 1924 bis 1926 für etwa 190 Wachtmeister, 29 Pferde und 9 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaumeister Boos.

Der zur Papiermarkzeit, also billig erworbene Bauplatz von 14 800 qm Grundfläche liegt am hochgelegenen Südrande der Stadt mit Ausblick auf diese, also günstig in hygienischer Beziehung, aber nicht gerade bequem für den Verkehr zur Stadt, daher denn auch die schwierige Anfuhr die Anlagekosten merkbar verteuert hat.

An der 190 m langen Straßenfront wurden das Bereitschaftsgebäude und das Familienwohnhaus errichtet, an der stumpfen Knickstelle zusammengefaßt durch einen niedrigen Verbindungsbau mit zwei kräftigen Portalpylonen. Die Putzarchitektur ist zweifarbig behandelt, Flächen stumpf rot, Gliederungen grau. Der Putz wurde bei der freien Lage des Gebäudes besonders sorgfältig behandelt: 2 cm starker Unterputz aus Zementmörtel mit Zusatz von Bitumenemulsion, darüber 1 cm starker Rauhputz aus naturfarbigem Kupferdreher Material (Abb. 66 bis 71).

Der Lageplan (Abb. 67) zeigt, wie die Nebengebäude dem unregelmäßigen Bauplatz so gut als möglich eingepaßt sind. Eine geschlossene Hofwirkung ließ sich bei der Eigenart der Baustelle nicht erzielen.

Abbildungen der sämtlichen Grundrisse des Bereitschaftsgebäudes wurden bereits unter Abschnitt III gegeben (Abb. 2 bis 5).

Von den Nebenbaulichkeiten, die hier aus Bauplatzgründen in drei Einzelbauten zerlegt sind, werden zwei Ansichten gegeben (Abb. 68 u. 71). Die Grundrisse des Werkstättengebäudes wurden bereits früher im Abschnitt „Ausbessereien" abgebildet (Abb. 47 u. 48). Die Zentralheizanlage dieses Gebäudes (Niederdruckdampf mit Kesseln im Bereitschaftsgebäude) ist, wie stets in solchen Fällen, in mehrere Rohrsysteme zerlegt, da die Wärmebedürfnisse der einzelnen Raumgruppen nach Menge und Zeit recht verschieden sind.

Die Reihenhausanlage der Familienwohnungen enthält 18 der üblichen Kleinwohnungen zu zwei und drei Stuben mit Küche, dazu drei größere Wohnungen für zwei Offiziere und den Verwaltungsbeamten der Unterkunft zu fünf Zimmern, einer Kammer, Küche, Bad und Klosett nebst Mädchenkammern im Dachgeschoß (Abb. 70).

Als Besonderheit dieser Bauanlage sei erwähnt, daß die Kessel der Warmwasserheizung für das Bereitschafts-

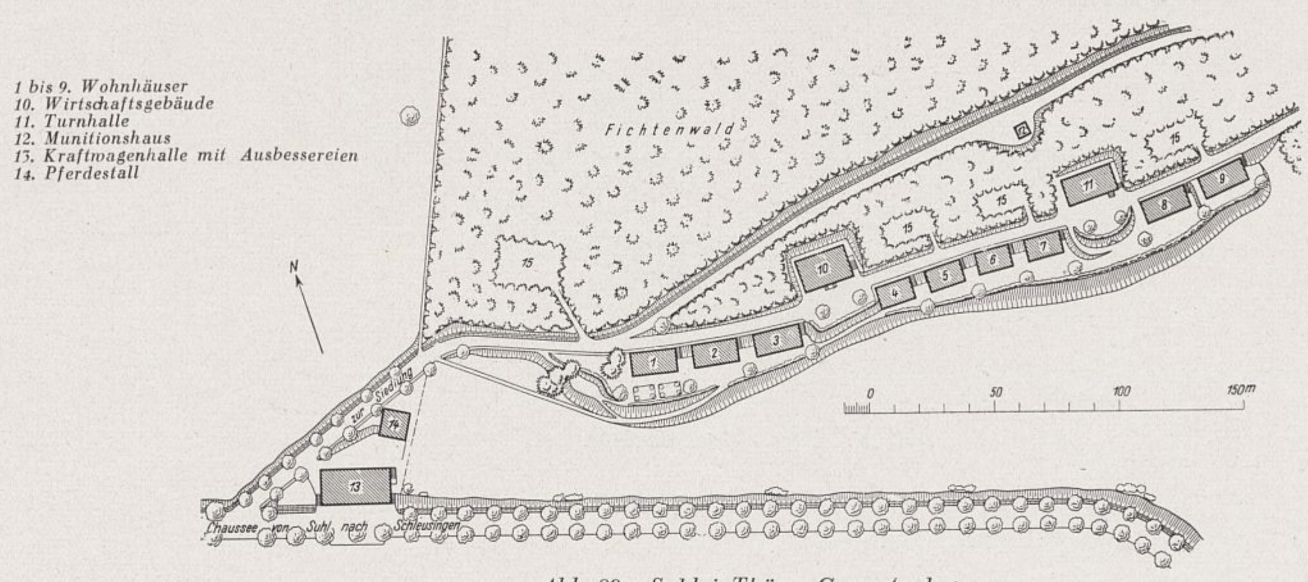


Abb. 89. Suhl i. Thür. Gesamtanlage.



Abb. 90. Suhl i. Thür. Straße der Unterkunft.

gebäude wie der Niederdruckdampfheizung für das Werkstattgebäude durch Ferngas beheizt werden. Den Anlaß gab die weite Entfernung von den Bahnhöfen und die Steilheit der Straßen, welche die Kosten der Brennstoffanfuhr und Schlackenabfuhr sehr verteuert hätten, sowie die Tatsache, daß das Fernheizwerk der Stadt Barmen sich bereit erklärte, Leuchtgas für 6,1 Rpf je cbm abzugeben. Als Vorteile der Gasheizung gelten bekanntlich: Schnelles Hochheizen, gegebenenfalls stoßweises Heizen, weitgehende Regulierfähigkeit, Fortfall der Brennstoffanfuhr, der zugehörigen Lagerräume sowie der Schlackenabfuhr, also einfacher und sauberer Betrieb. Das Urteil über den hier gemachten Versuch muß noch zurückgestellt werden, bis einwandfreie Betriebsergebnisse vorliegen, doch wurde u. a. folgende interessante Erfahrung gemacht: man hatte, da das Barmer Leitungswasser kesselsteinbildend ist, es besonders gut zu machen geglaubt und Regenwasser zur Kesselspeisung verwendet. Da hat sich nun herausgestellt, daß dieses Regenwasser aus der Rauchluft des Industriegebiets soviel Kohlensäure und freien Sauerstoff aufgenommen hat, daß der Beton der Zisterne und die Siederöhren der Niederdruckdampfkessel in sehr erheblichem Maße angegriffen worden sind. Man wird nun die Zisterne asphaltieren und das Regenwasser entsprechend chemisch behandeln. Näheres würde hier zu weit führen.

Die Unterkunft hat inzwischen die Bezeichnung: „Polizeiunterkunft Ministerpräsident Dr. Braun" erhalten.

DUISBURG.

Erbaut 1925 bis 1927 für 96 Wachtmeister, 44 Pferde, 13 Kraftwagen.

Oertliche Bauleitung: Preußisches Hochbauamt Duisburg (Regierungsbaurat Schalkenbach, Regierungsbaumeister Schaurte).

Das Hauptgebäude (Abb. 72) enthält nur eine Bereitschaft, weil die zweite Bereitschaft aus polizeitaktischen Gründen an anderer Stelle des durch die großen Hafenanlagen sehr auseinandergezogenen Stadtgebiets belassen worden ist.

Die Bebauung des von drei Straßen umgebenen Bauplatzes von rd. 12 900 qm Größe bei rd. 140 m Hauptfrontlänge zeigt der ausführliche Lageplan (Abb. 73). Danach wird das in der Achse der Hauptzugangsstraße errichtete Hauptgebäude der Unterkunft links flankiert durch das Familienwohngebäude mit 24 Kleinwohnungen mit Eingängen vom Hof, rechts durch das Werkstättengebäude, beide durch Mauern mit Toren an das Hauptgebäude angeschlossen. An das Werkstattgebäude schließt sich die Kraftwagenhalle und an diese ein Stallhof mit besonderem Ausgang nach der Straße. An der hinteren Grundstücksgrenze liegen Reitplatz und Reithalle. Die Abb. 72 bis 76 und Abb. 1 zeigen, wie mit einfacher Maurerkunst ohne jeden Formstein architektonische Wirkungen erzielt worden sind.

Die Küche hat, wie schon früher erwähnt, reinen Herdbetrieb ohne freistehende Kochkessel. Ein mittels Herdschlange erwärmter Boiler von 250 Liter liefert das erforderliche heiße Spülwasser. Man ist damit bisher sehr zufrieden (Abb. 10).

Da die Besorgung der inneren Einrichtung in die Zeit der Räumung der sogenannten ersten Zone durch den Feindbund fiel, gelang es der Bauleitung, sich mehrere gute Stücke aus dem Mobiliar der bisherigen Besatzungswohnungen zu billigen Preisen zu sichern, so daß z. B. den Offiziersräumen eine über den sonst üblichen Rahmen hinausgehende Ausstattung gegeben werden konnte (Abb. 33).

HAMBORN.

Erbaut in der Hauptsache 1925 bis 1927 für 184 Wachtmeister, 42 Pferde, 10 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaurat Schultze.

Das 20 900 qm große, am Rande der Stadt belegene Grundstück, mit der stadtseitigen, rechten Schmalseite an das Vorgelände des Emscherkanals stoßend, wurde so bebaut, daß das Hauptgebäude und zwei Familienwohngebäude einen breiten Vorplatz an der Straße einrahmen, der, wie der Lageplan andeutet, durch Rasenflächen, Baumpflanzung, zwei Fahnenmasten und zwei Laternen auf gemauerten Pfeilern gegliedert ist (Abb. 78).

Das Programm der Nebengebäude erweiterte sich während der Bauausführung. Es kamen hinzu die Turnhalle nebst Boxraum, eine Vergrößerung des Pferdestalles auf einen ganzen berittenen Zug und eine Reithalle. So reichte die Schmalfront an der Emscherseite für die geplante bloße Randbebauung nicht mehr aus, und es mußte an dieser Seite ein geschlossener Pferdehof in Verbindung mit der Reithalle angelegt werden. Die Räume für Leibesübungen wurden in der üblichen und bewährten



Abb. 91. Waldenburg. Hauptansicht.



Abb. 92. Waldenburg. Bereitschaftsgebäude, Haupteingang.

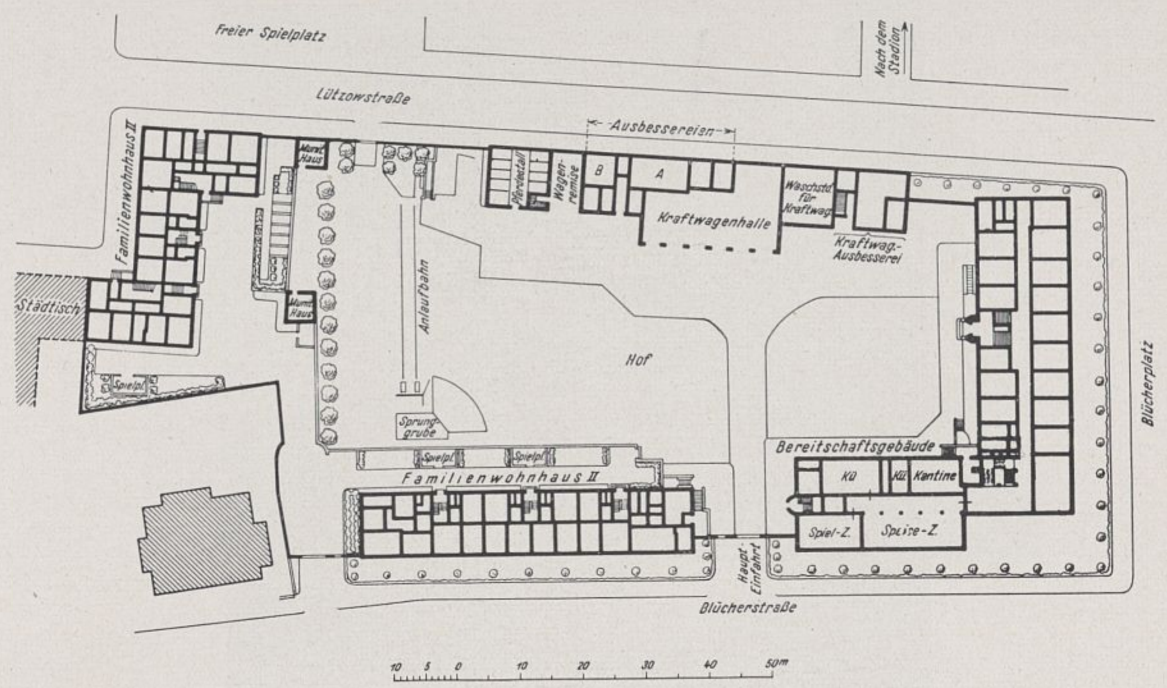


Abb. 93. Waldenburg. Gesamtanlage.

platzsparenden Weise in das Dachgeschoß der Kraftwagenhalle gelegt.

Zum Erdgeschoßgrundriß des Bereitschaftsgebäudes wäre zu bemerken, daß das Lesezimmer, um drei Stufen über den Speisesaal erhöht, als Bühne zum Saal hinzugenommen werden kann, während das Spielzimmer mit der Kantine vereinigt ist.

Die beiden Wohnhäuser enthalten je 12 Familienwohnungen und konnten mit verhältnismäßig reichlichem Gartenland ausgestattet werden, eine Annehmlichkeit, die den Beamten in der unerfreulichen Rauchluft des vegetationsarmen Industriegebiets besonders zu gönnen ist.

Die Abbildungen zeigen, daß auch hier mit einfacher Maurerkunst gearbeitet worden ist (Abb. 77 bis 81).

Die andere Seite der Hauptstraße ist zurzeit noch mit unbedeutenden Vorstadthäusern besetzt. Der Lageplan zeigt, wie hier nach einem Vorschlag des örtlichen Bauleiters durch einheitliche Neubebauung in Beziehung zur Unterkunft eine städtebaulich klare Anlage geschaffen werden könnte.

BOTTROP.

Im Bau seit Ende 1926 für 108 Wachtmeister, 36 Pferde, 8 Kraftwagen.

Die Bauausführung untersteht dem Preußischen Hochbauamt Recklinghausen (Regierungsbaurat Kiss) und dem Regierungsbaumeister Radtke als örtlichem Bauleiter.

Das 12 900 qm große Grundstück, nahe dem Stadtkern gelegen, hat eine eigenartige Form und grenzt hinten an einen städtischen Sportplatz, während die Front an der Prosperstraße, der Hauptzugangsstraße, nur schmal ist. Wie die Bebauung gelöst wurde, zeigt der Lageplan (Abb. 83). Die Höfe für den Kraftwagen- und den Pferdebetrieb sowie die Familiengrundstücke (12 Familien) wurden auch hier möglichst klar voneinander geschieden.

Der architektonische Schwerpunkt liegt in der rückseitigen Front der Bauanlage, die für den städtischen Sportplatz, der auch den Beamten zur Verfügung steht, einen architektonischen Abschluß zu bilden hatte. Der Ausdehnung dieses Platzes entsprechend wurde für das Hauptgebäude ein besonders großes Fassadenmotiv gewählt, nämlich das einer durch kein Risalit geteilten Wand unter kräftig ausladendem Dach mit einer Gliederung von 25 cm vortretenden, von oben bis unten durchgehenden Pfeilern (Abb. 82 u. 84). Die Hoffront wird durch die beiden Treppenausbauten gegliedert (Abb. 83).

BUER.

Im Bau seit 1926 für 113 Wachtmeister, 34 Pferde, 10 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaumeister Fehmer.

Es handelt sich hier, ähnlich wie in Remscheid, um den Bau eines Polizeiamtes und einer Polizeiunterkunft auf demselben Grundstück. Für die Unterkunft blieben rund 11 000 qm verfügbar. Die Anlage ist noch nicht fertig, doch kann die Gesamtanordnung schon jetzt gegeben werden. Die klare Trennung von Polizeiamt, Polizeiunterkunft und Familienwohnhaus (18 Familien) ist auch hier erkennbar. Die bei viergeschossiger Anlage geringe Grundfläche des Bereitschaftsgebäudes gab Anlaß, die Gemeinschaftsräume nicht, wie sonst üblich, in die Mitte, sondern in die eine Gebäudehälfte zu legen.

Das bereits fertige Polizeiamtsgebäude bildet eine städtebaulich wichtige Ecke des im Werden begriffenen Rathausplatzes; es wird später in anderem Zusammenhang besprochen und dann wird auch auf die Bauten der Polizeiunterkunft etwas näher eingegangen werden (Abbildungen 86 u. 87).

SUHL.

Erbaut in der Hauptsache 1923 bis 1924 für 191 Wachtmeister, 4 Pferde, 9 Kraftwagen, 29 Familien.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaurat Dr.-Ing. Thum.

An diesem Mittelpunkt der Waffenfabrikation sollte mit großer Beschleunigung eine Unterkunft für die Schutzpolizei errichtet werden. Ein passendes ebenes Baugelände war in dieser Bergstadt nicht zu haben. Man bot dem Staat einige im Bau begriffene Vierfamilienwohnhäuser an einem Berghange außerhalb der Stadt zum Kauf an. Das Angebot wurde unter dem Druck der Verhältnisse vom Ministerium des Innern angenommen und die Siedlung von der preußischen Bauverwaltung weiter ausgebaut. Der Lageplan (Abb. 89) zeigt demgemäß die Aneinanderreihung von neun freistehenden Wohnhäusern, in denen die unverheirateten und die verheirateten Beamten untergebracht sind. An der andern Seite der Straße, in den Berghang hineingebaut, wurde ein Gebäude für die Verwaltung und die Verpflegung und ein anderes für Turnhalle, Boxraum usw. errichtet.

Die Bauanlage für die Kraftwagen und die Werkstätten wurde unten an der Chaussee errichtet, um die befestigte Straße für den Kraftwagenverkehr zur Verfügung zu haben. Die eine Abbildung (Abb. 90) zeigt die

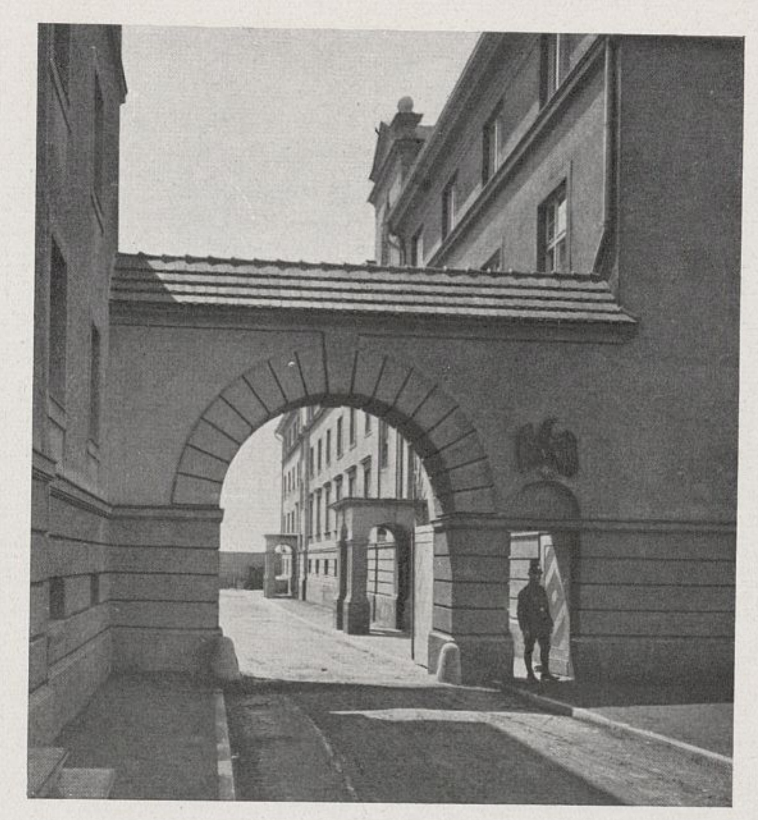


Abb. 94. Hindenburg O.-S. Haupteingang.

obere Straße etwa im Charakter einer behaglichen Dorfstraße, die andere (Abb. 88) die Abzweigung dieser Straße von der Chaussee mit dem Kraftwagengebäude im Hintergrunde und einem Obelisken im Vordergrunde (auf der Kläranlage stehend), der durch seine Aufschrift mit dem Polizeistern den öffentlichen Charakter der Bauanlage zu erkennen gibt.

WALDENBURG N.-S.

Erbaut in der Hauptsache 1925 bis 1927 für 170 Wachtmeister, 8 Pferde, 8 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaurat Dr.-Ing. Francke.

Das 9750 qm große Grundstück liegt in der hochgelegenen Oberstadt mit schönem Ausblick auf die Berglandschaft. Die etwa 50 m lange Hauptfront beherrscht den Blücherplatz, die Blücherstraße bildet den Hauptzugang. Jenseits der parallel laufenden Lützowstraße fällt das Gelände stark ab zu einem städtischen Sportplatz, der auch den Polizeibeamten zur Verfügung steht.

Der Lageplan (Abb. 95) zeigt, daß das Bereitschaftsgebäude unter dem Einfluß der Grundstücksform eine Winkelgestalt mit den Gemeinschaftsräumen im Straßenflügel bekommen hat. Das Nebengebäude enthält die Kraftwagenhalle, die drei Ausbessereien, den kleinen Pferdestall und eine offene Wagenremise, im Obergeschoß die Räume für Leibesübungen. Die Familienwohnungen verteilen sich auf zwei Gebäudegruppen: Das Wohnhaus an der Blücherstraße hat 15 Kleinwohnungen und außerdem im Erdgeschoß neben der Grundstückseinfahrt eine

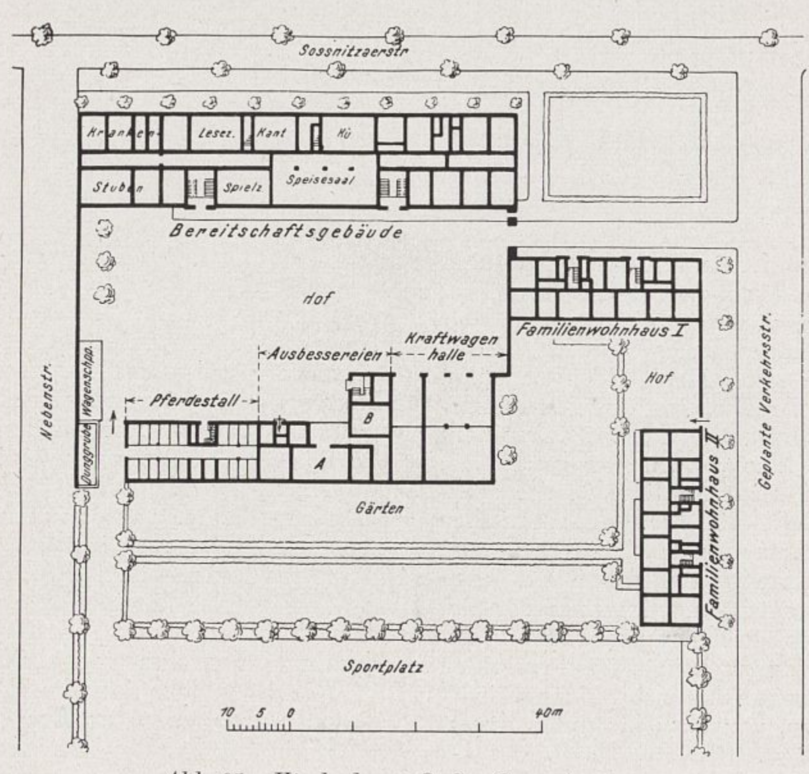


Abb. 95. Hindenburg O.-S. Gesamtanlage.

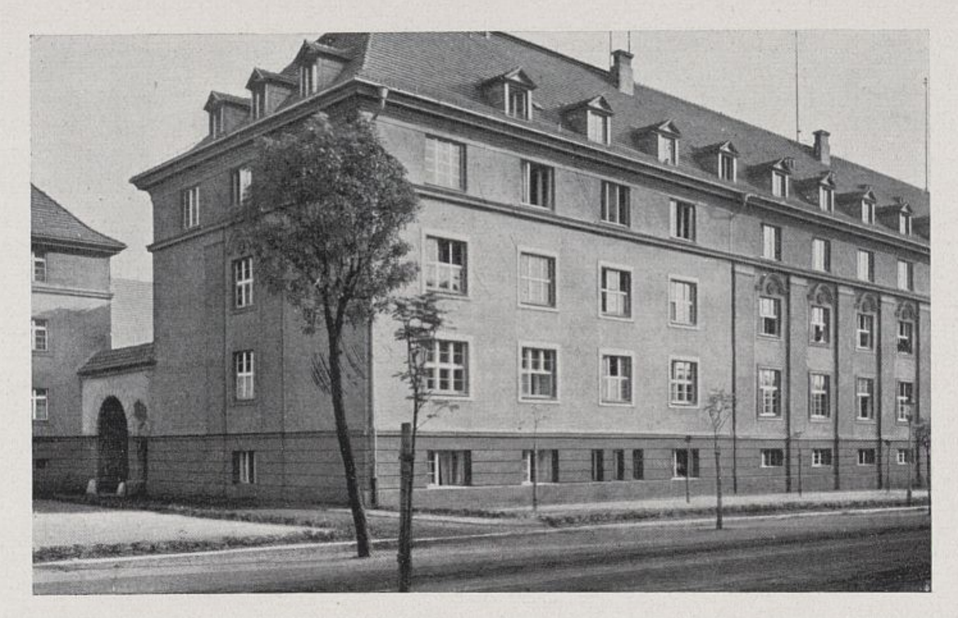


Abb. 96. Hindenburg O.-S. Hauptgebäude.

hier gewünschte große Unterkunftswache mit Tages- und Schlafraum, einem Raum für den Wachhabenden und zwei Haftzellen. Das andere Wohngebäude verdankt seine Z-förmige Gestalt den städtebaulichen Absichten der Stadt und enthält in zweigeschossiger Bauweise weitere 12 Kleinwohnungen.

Die bei den anderen Unterkunftsneubauten erreichte klare Absonderung der Familiengebäude scheiterte hier an den örtlichen Verhältnissen und so wurde auch die Zerschneidung des Hofes durch die Pflasterstraße zum Nebengebäude bewußt, wenn auch ungern, in Kauf genommen.

Die Abbildungen 91 u. 92 lassen den Aufbau erkennen. Der Außenputz wurde, der freien Lage Rechnung tragend, in Terranova auf 1,5 cm starkem Zementgrundputz ausgeführt.

HINDENBURG O.-S.

Erbaut 1924 bis 1926 für 191 Wachtmeister, 20 Pferde, 8 Kraftwagen.

Oertlicher Bauleiter: Regierungsbaumeister Batt.

Der 13 300 qm große Baublock, unweit der polnischen Grenze gelegen, erlaubte eine klare Bebauung, wie sie der Lageplan zeigt. Auch hier, wie in manchen ähnlichen Fällen, wurde das Motiv des Haupttores besonders betont.

Das Grundstück hat aus städtebaulichen Gründen eine Ausklinkung am Zusammenschnitt der beiden Hauptstraßen erhalten. Die eigentliche Unterkunft bildet ein Rechteck von rd. 70×60 m, zweiseitig umfaßt von den Familienwohngebäuden und ihren Gärten. Auf dem angrenzenden Hinterlande ließ sich ein Spiel- und Sportplatz in den normalen Abmessungen von 100×60 m gewinnen.

Das Hauptgebäude (Abb. 96) zeigt die übliche Grundrißbildung in den üblichen drei Hauptgeschossen. Die Nebenbaulichkeiten wurden in einem Nebengebäude zusammengefaßt (Abb. 97); eine besondere Kraftwagenausbesserei fehlt, weil in Gleiwitz eine Zentralwerkstätte für den ganzen Polizeipräsidialbezirk eingerichtet ist. Die beiden Familienwohnhäuser enthalten 24 Wohnungen.

⁂

Ueber Baukosten zu sprechen, hat wenig praktischen Wert bei Bauten, deren Anfänge zum Teil noch in die Inflationszeit hineinragen, deren Ausführung zum Teil während der wirtschaftlichen Zerrüttung durch den Ruhreinbruch erfolgte und die jedenfalls sämtlich einer Zeit entstammen, in der die Baupreise die Ausgeglichenheit der Vorkriegszeit noch nicht erreicht haben. Während in einem Orte die Beschäftigungslosigkeit Angebote hervorrief, die kaum die Selbstkosten deckten, mußten an anderer Stelle noch die bekannten hohen Zuschläge der Nachkriegszeit gezahlt werden. Verteuernd haben fast in allen Fällen die Baustillegungen und Bauverzögerungen gewirkt, deren bereits früher Erwähnung getan ist.

Um aber überhaupt eine Vorstellung von den Kosten einer nach Beendigung der Inflation entstandenen Bau-

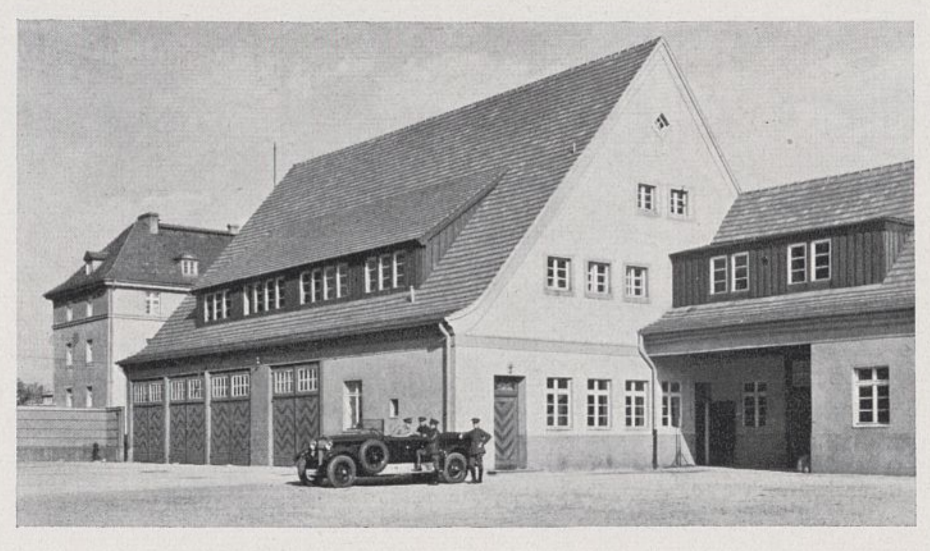


Abb. 97. Hindenburg O.-S. Nebengebäude.

anlage zu geben, sei mitgeteilt, daß die Gesamtkosten einer Unterkunft für zwei Bereitschaften mit etwa 20 bis 40 Pferden und 10 bis 20 Kraftwagen einschließlich aller Neben- und Außenanlagen, der inneren Einrichtung und örtlichen Bauleitung, aber ohne Grund und Boden, sich zwischen 780 000 RM (Hindenburg) und 1 400 000 RM (Bochum) bewegt haben. Dieser erhebliche Unterschied beruht natürlich in erster Linie auf der Verschiedenheit der Baupreise im östlichen und westlichen Deutschland, aber auch darin, daß Hindenburg weniger Pferde, weder Reithalle noch Reitplatz und auch weniger Kraftwagen und keine Kraftwagenausbesserei besitzt. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die Neben- und Außenanlagen aller Unterkünfte hohe Kosten erfordern infolge der großen Flächen der Höfe, Reitplätze, Sport- und Spielplätze, die alle der Einebnung und sonstigen Herrichtung durch Befestigung, Pflasterung, Entwässerung u. dgl. bedürfen und zum Teil sehr lange unterirdische Leitungen aller Art bedingen. Man muß daher allein für diesen Zweck einschl. der Einfriedigungen, Tankanlagen, Dungstätten, etwaiger Munitionshäuschen usw. je nach Umfang 80- bis 150 000 RM ansetzen.

Nähere statistische Angaben werden später in der üblichen Weise im „Zentralblatt der Bauverwaltung" veröffentlicht werden.

Bei der Neuartigkeit der Bauaufgaben, die ein ständiges enges Zusammenarbeiten mit dem Ministerium des Innern nötig machte, mußten die ersten Entwurfskizzen für alle Bauanlagen, abgesehen von Dortmund, in der Zentralinstanz, der Hochbauabteilung des Preußischen Finanzministeriums, aufgestellt werden. Bei dem gebotenen schnellen Beginn der Bauausführungen war es meist nicht möglich, die vorschriftsmäßige Fertigstellung und Prüfung der ausführlichen Entwürfe und Kostenanschläge abzuwarten. Der Entwurf reifte erst während der Bauausführung aus, und der ausführliche Kostenanschlag wurde meist erst festgestellt, wenn der Rohbau schon fertig war. Unter solchen außergewöhnlichen, für die Sache und die beteiligten Baubeamten erschwerenden Umständen konnte sich die Ministerialinstanz nicht immer mit einfacher Ueberwachung der Ausführung begnügen, sondern mußte manchmal zu tätiger Mitarbeit schreiten.

Der Namen der bauleitenden Beamten und der beteiligten Regierungsdezernenten wurde schon früher gedacht. In der Ministerialinstanz bearbeitete bis Ende 1921 der Geheime Baurat Eggert die Polizeibausachen, ihm folgte der Verfasser dieser Zeilen. Als wertvolle Mitarbeiter sind zu nennen bis 1922 der damalige Regierungsbaumeister Lüttich, dann der damalige Regierungsbaumeister Borrmann und vor allem der Regierungsbaumeister Lüdtke.

Die Belange des Preußischen Ministeriums des Innern als des Bauherrn wurden von der dortigen Polizeiabteilung unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Abegg und seines Nachfolgers, des Ministerialdirektors Dr. Klausener wahrgenommen und in erster Linie durch die dortigen Unterkunftsreferenten vertreten. Diese übten auf die Grundstücksfragen sowie die Vorbereitung und Durchführung aller Baumaßnahmen entscheidenden Einfluß aus. Es waren in den ersten Jahren die Oberregierungsräte Fiehn (für den Westen) und Scheidel (für den Osten). Der letztere, seit 1924 alleiniger Unterkunftsreferent, hat sich dann um die Förderung der meisten hier behandelten Neubauausführungen in regster Anteilnahme an allen, auch architektonischen Fragen besonders verdient gemacht und die nötige Fühlung zwischen dem Polizei- und dem Bauressort zu vertrauensvoller, reibungsloser Zusammenarbeit gesteigert.





Abb. 98. Remscheid. Richtpfosten.

